

341

Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Herausgeber und verantw. Redakteur Franz Michew,
Wien, I., Neues Rathaus.

27. Jahrg. Wien, Montag, 1. Oktober 1917. Nr. 341.

Oesterreichische Wasserstraßen.

Bei dem im Juni d. J. in Wien abgehaltenen Wasserstraßentag wurde eine Entschliessung gefasst, in der auf die Notwendigkeit der Herstellung eines einheitlichen oesterreichischen Wasserstraßennetzes und dessen Verbindung mit den Wasserstraßen des Deutschen Reiches hingewiesen und einerseits die rascheste Ausführung des von Wien ausgehenden Donau-Oder-Kanales mit den Anschlüssen zur Elbe und Weichsel, andererseits die Regulierung des ganzen Laufes der Donau entsprechend den Beschlüssen der Budapester Donaukonferenz vom Jahre 1916 verlangt wurde. Außerdem wurden verschiedene Maßnahmen zur Förderung der Binnenschifffahrt angeregt. Die Entschliessung wurde bereits von Exzellenz Dr. v. Wittek dem Herrenhause, von Reichsrats-Abgeordneten Dr. Dinghofer dem Abgeordnetenhaus überreicht, nunmehr, da die Regierung stabilisiert erscheint, hat sie Bgm. Dr. Weiskirchner such der Regierung vorgelegt. In der begleitenden Denkschrift wird folgendes ausgeführt:

Seit der Regierungsvorlage vom Jahre 1872 wegen Konzessionierung eines Donau-Oder-Kanales ist die Bewegung zur Erbauung oesterreichischer Wasserstraßen nicht zum Stillstande gekommen. Von zahlreichen und bedeutsamen Interessentenkreisen wurde ihre Herstellung immer von neuem gefordert, bis endlich im Jahre 1901 die Regierung wieder eine Vorlage betreffend den Bau von Wasserstraßen einbrachte.

In der Begründung erklärte sich die Regierung dessen bewußt, daß damit eine neue Epoche der Verkehrsentwicklung in Oesterreich inauguriert werden sollte und im Berichte des Wasserstraßenausschusses des Abgeordnetenhauses wurde die große volkswirtschaftliche Bedeutung des Gesetzentwurfes gebührend hervorgehoben. Mit großer Freude hat die Bevölkerung das Gesetz vom 11. Juni 1901 begrüßt, da sie von der Herstellung der Wasserstraßen einen großen Aufschwung des Verkehrs, eine mächtige Entwicklung der Industrie, des Gewerbes, des Handels und der Landwirtschaft sowie nicht zuletzt eine Erleichterung der Approvisionnement der Großstädte ^{inzwischen} und gewiß mit Recht erwarten konnte. Leider haben sich diese Erwartungen nicht erfüllt. Bis auf geringe Teilarbeiten ist bis heute nichts geschehen, um das gesetzliche Programm der Verwirklichung zuzuführen.

Nun drängt aber die Frage der Herstellung eines mitteleuropäischen Wasserstraßennetzes aus Gründen der Staats- und Volkswirtschaft gebieterisch auf eine baldige Lösung. Die Erfahrungen des Weltkrieges haben gezeigt, welchen großen Wert die Wasserstraßen besitzen. Abgesehen von den strategischen Gründen muß für den ehesten Ausbau der oesterreichischen Wasserstraßen schon deshalb vorgesorgt werden, weil die Wasserstraßen in hervorragendem Maße geeignet sind, Industrie, Gewerbe und Handel der Monarchie zu fördern und zu heben sowie die Monarchie gegen künftige wiederholte Aushungerungspläne ihrer Feinde zu sichern.

Der Krieg hat die Bewegung für die Schaffung geeigneter Wasserstraßen mächtig angefaßt; im Deutschen Reiche, in Oesterreich und in Ungarn haben sich gewichtige Stimmen zu ihren Gunsten erhoben. Die Stadt Wien hat die hohe Wichtigkeit der Wasserstraßen seit langem erfaßt; ihre Vertretung hat sich an allen Kundgebungen in dieser Hinsicht beteiligt und wiederholte Entschliessungen und Bittschriften der hohen Regierung sowie dem Reichsrate unter-

breitet. Gestützt auf die Lehren des Krieges und aus Vorsorge für die Zukunft hat sich der Wiener Gemeinderat bereits im April 1916 mit der Frage der Herstellung entsprechender Wasserverbindungen von der Nord- und Ostsee bis zum schwarzen Meere beschäftigt; auf Grund des einmütigen Beschlusses des Wiener Gemeinderates vom 14. April 1916 wurde der Regierung eine Denkschrift überreicht, in der sie ersucht wurde, im Einvernehmen mit ^{der} königlich ungarischen Regierung sowie mit den Regierungen des Deutschen Reiches und der Staaten am Unterlaufe der Donau die Durchführung entsprechender Wasserstraßenverbindungen zwischen Donau und Oder, Elbe und Rhein sicherzustellen. Im Verlaufe des letzten Jahres haben in verschiedenen Orten der Monarchie wie des Deutschen Reiches weitere bedeutsame Kundgebungen in der Wasserstraßenfrage stattgefunden; es sei nur auf die Donaukonferenz in Budapest vom September 1916 und auf den Donau-Oder-Elbe-Kanaltag in Breslau vom März d. J. hingewiesen. Die bedeutendste Veranstaltung in dieser Hinsicht stellt wohl der Oesterreichische Wasserstraßentag in Wien vom 20. und 21. Juni 1917 dar, der vom Bürgermeister und Gemeinderat der Stadt Wien einberufen wurde. Dieser Tag war von zahlreichen Behörden, Städten und Körperschaften Oesterreichs, Ungarns und des Deutschen Reiches beschickt und bildete eine mächtige Kundgebung zu Gunsten des ehesten Ausbaues der oesterreichischen Wasserstraßen.

Die Stadt Wien legt der Regierung den Bericht über den Verlauf des Oesterreichischen Wasserstraßentages vor und weist hierbei insbesondere auf die Entschliessung hin, die bei der Tagung mit voller Einmütigkeit angenommen wurde. Es wird weiters betont, daß vom Standpunkte der Stadt Wien wie vom Standpunkte der oesterreichischen Reichshälfte die Inangriffnahme des Donau-Oder-Kanales nicht wieder verzögert werden darf. Der Donau-Oder-Kanal ist eine wirtschaftliche Notwendigkeit für Wien und für Oesterreich. Er verbindet die großen mährisch-schlesischen Kohlenbecken und wichtige landwirtschaftliche Gebiete mit der Hauptstadt des Reiches, seine Fortsetzung zur Weichsel erschließt die reichen Steinkohlenfelder und die Oelgruben Galiziens, seine Verbindung zur Elbe erleichtert den Transport der böhmischen Braunkohlen und der industriellen und landwirtschaftlichen Erzeugnisse Böhmens und Mährens. Durch den Donau-Oder-Kanal und seine Fortsetzung zur Elbe und Weichsel wird nicht nur die Versorgung der Reichshauptstadt, ihrer Industrie und ihrer Bevölkerung mit Kohle, Baustoffen, Lebensmitteln u. s. w. erleichtert und verbilligt, sondern es werden auch die Vorteile des billigen und leichten Transportes befruchtend und belebend auf Industrie, Gewerbe, Handel und Landwirtschaft der ganzen im Kanalbereiche gelegenen Gebiete einwirken, wodurch die Steuerkraft gehoben, der Wohlstand gefördert wird. Diese Wasserstraßenverbindungen wichtiger Bergbau- und Industriegebiete werden aber weiters noch die Ausfuhr oesterreichischer Produkte nach dem Balkan und darüber hinaus, die Verbindung mit der Ost- und Nordsee die Ausfuhr nach den überseeischen Ländern des Westens ermöglichen und erleichtern. Es ist dies ein sehr gewichtiger Faktor, da die möglichste Förderung des Exportes im Interesse der oesterreichischen Industrie, des oesterreichischen Handels gelegen und in hervorragender Weise geeignet ist, die oesterreichische Valuta ganz wesentlich zu verbessern.

In der Denkschrift wird darauf verwiesen, daß in Ungarn das Bestreben reger verfochten wird, den Donau-Oder-Kanal nicht als Parallelkanal zur March herzustellen sondern vielmehr die March selbst zu kanalisieren und den Kanal bei Theben in die Donau ausmünden zu lassen. Es wird der zuversichtlichen Erwartung Ausdruck gegeben, daß die Regierung einem solchen Projekte niemals zustimmen wird. Bei Durchführung des ungarischen Projektes würde Wien, die Hauptstadt und der Handels- und Industriemittelpunkt des Reiches, aus dem Durchgangs- und Umschlagsverkehr vollständig ausgeschaltet werden, der Verkehr, der durch Vermittlung des Kanales für Wien und für andere oesterreichische Industriezentren zu erwarten ist, umständlicher und schwieriger, daher auch teurer gestaltet, sodaß jedenfalls die aus der Kanalarstellung erhofften

und sonst sicher zutreffenden Vorteile zum großen Teile wieder aufgehoben würden. Daß die Kanalisierung der March weder technisch noch finanziell dem bisher in Aussicht genommenen Parallelkanal vorzuziehen ist, haben berufene Fachmänner bereits eingehend nachgewiesen. Da die ungarischen Interessenten an ihrer Forderung festhalten, wie dies verschiedene in der letzten Zeit erschienene Broschüren und Zeitungsaufsätze sowie der Beschlusantrag zeigen, der auf der Tagung der mitteleuropäischen Wirtschaftsvereine in Nürnberg am 3. September 1. J. seitens der ungarischen Donaukommission vorgelegt wurde, erscheint es unbedingt und dringend nötig, daß seitens der Regierung derartigen Bestrebungen von vorneherein entgegengetreten werde.

Endlich kommt die Denkschrift auch auf die Vorarbeiten für den Großschiffahrtsweg Rhein-~~Donau~~^{Mosel} zu sprechen; wenn selbstverständlich auch die oesterreichische Donau diesen Flüssen entsprechend ausgestaltet werden muß, so darf im wirtschaftlichen Interesse der Monarchie darüber nicht etwa der Donau-Oder-Kanal zurückgestellt werden.

Die Denkschrift kommt zu dem Schluß, die Regierung möge diese Ausführungen sowie die Entschliessung des Wasserstraßentages einer entsprechenden Würdigung unterziehen.

Errichtung eines städtischen Amtes für Forstwirtschaft. Bgm. Dr. Weiskirchner hat in Fortsetzung der von ihm im August d. J. durch Ueberweisung der bis dort, hin vom Magistrate geführten Angelegenheiten der städtischen Straßenpflege und des städtischen Fuhrwerksbetriebes an das Stadtbauamt eingeleiteten Verwaltungsreform nunmehr eine Magistrats-Abteilung für Forstwirtschaft geschaffen und den städtischen Forstrat Julius Klus, der bisher bloß die beratende Stellung eines Sachverständigen einnahm, zum Vorstande der neuen Abteilung bestellt. Durch diese Neuorganisation werden sämtliche forstwirtschaftliche Angelegenheiten der Gemeinde Wien, deren Verwaltung bisher in mehreren städtischen Aemtern zerstreut war, in einer Magistrats-Abteilung vereinigt und unter die Leitung eines Fachmannes gestellt. Das neue Amt, das im Hause I. Doblhoffgasse Nr. 6 untergebracht sein wird und bereits in den nächsten Tagen seine Tätigkeit aufnimmt, führt die Bezeichnung „Magistratsabteilung VIIIa“.

Erste Oesterreichische Sparkassa. Im Monate September wurden bei der ersten Oesterreichischen Sparkassa von 16.230 Parteien K 20.622.615 eingelegt und an 19.421 Parteien K 13.309.773 rückgezahlt. Der Einlagenstand belief sich Ende des Monats auf K 670.532.026. Hypothekar-Darlehen wurden zur Zeichnung von Kriegsanleihe K 18.612 zugezählt, dagegen K 957.496 rückgezahlt; der Stand der Hypothekendarlehen stellte sich am 30. September auf K 327.055.088. Die Pfandbriefdarlehen beliefen sich Ende des Monats auf K 18.364.957 und an 60 jährigen Pfandbriefen waren im Umlaufe K 18.663.200. Wechsel wurden K 6.416.542 eskomptiert und K 4.178.830 einkassiert; der Stand des Wechsel- und Salinen-Portefeuilles betrug am 30. September K 45.039.906.

Bürgerklub. Der gemeinderätliche Bürgerklub hielt heute unter dem Vorsitze seines Obmannes Oberkurator Leopold von Steiner eine Sitzung ab. Zu Beginn derselben gelangten die von Seite des tschechischen Abgeordneten Kalina in der Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 28. September vorgebrachten Bemerkungen, dassunter anderem die „Herren vom Wiener Rathause“ den Krieg wollten, zur Sprache und gelangte folgende Erklärung zur einmütigen Annahme.

Kalina übersieht dabei mit Absicht, dass die christlich-soziale Partei niemals eine aggressive Politik verfolgt hat und jederzeit für eine Versöhnung der Völker eingetreten ist. Es darf darauf hingewiesen werden, dass gerade unter Führung des Wiener Bürgermeisters zu wiederholten Malen dem verewigten Kaiser durch die Wiener Bevölkerung herzliche Ovationen dafür dargebracht worden sind, dass er den Krieg, als er schon früher des Oeffteren auszubrechen drohte, zu vermeiden wusste.

Tatsache ~~ist~~ freilich ist, dass die Wiener Bevölkerung von dem Augenblicke an, als der Krieg durch die Eroberungslust unserer Feinde ins Land getragen worden war, ohne Ausnahme zur Verteidigung des Vaterlandes bereit war und dass sowohl jene, welche ins Feld zogen, als jene, welche daheim zurückgeblieben sind, hellenmütig ausharrten, um in ehrenvoller Weise den uns aufgezwungenen Kampf zu bestehen.

Es ist daher eine grobe Unwahrheit, dass der Krieg von den Führern der Wiener Bevölkerung gewollt worden ist, ebenso wahr ist es aber auch, dass wir dem Vaterlande wie im Frieden, so auch im Kriege stets die Treue bewahrt haben.

Mit Entrüstung weist der Bürgerklub die Aeußerung des Abgeordneten Kalina zurück und gibt bei dieser Gelegenheit der Hoffnung Ausdruck, dass alle Völker unseres Vaterlandes demselben die Treue bewahren, damit die Eroberungslust d. des feindlichen Auslandes in Zukunft nicht durch die Hoffnung auf den Abfall von Teilen unserer Monarchie genährt werde.

Hierauf wurden die Beratungsgegenstände der nächsten Gemeinderatssitzung, darunter eine Subventionserhöhung für die Wiener Urania und die von der Regierung geforderten weitergelenden Steuererhöhungen nach eingehender Erörterung zur Beschlussfassung gebracht.

27. Jahrgang, Dienstag, 2. Oktober 1917, Nr. 343.

Bezug der Kohlenkarten. Von Donnerstag den 4. Oktober angefangen haben sämtliche Wohnungsinhaber Wiens sie mit Kohle (Koks, Anthrazit, Briketts) oder Brennholz heizen, ohne Ausnahme, ob sie Vorräte besitzen oder nicht, bei der zuständigen Brot- und Mehlkommission zu erscheinen und eine Erklärung über die Brennstoffvorräte und Heizungsverhältnisse ihrer Wohnung abzugeben. Falls die Vorräte des zulässigen Maß (200 kg Steinkohle oder 250 kg Braunkohle oder 5 m Brennholz) nicht übersteigen, erhalten die Parteien die entsprechenden Kohlenkarten. Mitzubringen ist der polizeiliche Meldesettel und eine Personaldokument (Tauf- oder Geburtschein, Heimatschein, Arbeitsbuch, amtliche Legitimation, Steuerbogen und dgl.). An Stelle des Wohnungsinhabers kann auch ein durch dessen Dokumente legitimiertes Mitglied des Haushaltes, für dessen Angaben der Wohnungsinhaber verantwortlich ist, erscheinen. Als Abgabetermine sind bestimmt für die Anfangsbuchstaben des Familiennamens: A-C am 4. Oktober, D-F am 5. Oktober, G-H am 6. Oktober, I-K am 8. Oktober, L-N am 9. Oktober, O-R am 10. Oktober, Sch, St am 11. Oktober, S-V am 12. Oktober, W-Z am 13. Oktober 1917, in der Zeit von 8 Uhr früh bis 11 Uhr vormittags und von 2 bis 5 Uhr nachmittags.

Zwirn für Modistinnen. Die Genossenschaft der Modistinnen gibt bekannt, dass sie von der Baumwollzentrale für ihre Mitglieder Zwirn erhielt, der Donnerstag, den 4. und Freitag, den 5. d. M. zwischen 4 und 5 Uhr in der Genossenschaftskanzlei zur Abgabe gelangt. Bei der Übernahme ist der Nachweis der Mitgliedschaft zu erbringen.

Die Gesundheitsverhältnisse Wiens. In der letzten Sitzung der städtischen Amts- und Anstaltsärzte berichtete Oberstadtphysikus Dr. Böhm über die Gesundheitsverhältnisse der Stadt Wien im August l. J. Der Krankenstand war infolge starker Vermehrung von infektiösen und nichtinfektiösen Darmerkrankungen gestiegen. In die armenärztl. Behandlung sind 11.278 Fälle gegen 10.308 im Vormonat und 8464 im August des Vorjahres zugewachsen. Auf die entzündlichen Krankheiten der Atmungsorgane entfielen 1170 Fälle, auf jene der Verdauungsorgane 4152, auf Lungentuberkulose und Skrophulose 674 Fälle. Die Infektionskrankheiten haben infolge der Zunahme der Ruhr eine höhere Ziffer erreicht. Aus der Zivilbevölkerung liefen 1021 Anzeigen ein, hiervon entfielen 88 auf Scharlach, 145 auf Diphtherie, 62 auf Abdominaltyphus, 672 auf Ruhr, 1 auf Blattern, 31 auf Varizellen. Ueber Infektionskrankheiten bei Militärpersonen wurden 137 Anzeigen erstattet. Die Sterblichkeit war niedriger als im Vormonat, immerhin aber höher als in den Vorjahren. Insgesamt starben 3184 Zivil- und 454 Militärpersonen, 6638 Personen gegen 3675 im Vormonat und 2626 im August des Vorjahres. Die größte Zahl der Todesfälle entfiel auf Tuberkulose und Skrophulose mit 671 Fällen. An der Sterblichkeit war das männliche Geschlecht mit 54.70%, das weibliche mit 43.30% beteiligt. Im Berichtsmonte wurden 30 gerichtliche und 138 sanitätspolizeiliche Obduktionen vorgenommen. Von den städt. Sanitätsstationen wurden 4702 Transporte darunter 721 Leichentransporte durchgeführt. Der Vorsitzende erörterte sodann das gehäufte Vorkommen von Ruhrerkrankungen in Oesterreich und Deutschland, die Art der Ausbreitung dieser Krankheit, sowie die Maßnahmen zu ihrer

Eindämmung und gab bekannt, dass bereits eine Abnahme der Ruhr in Wien festgestellt werden konnte. Für die nächste Zeit dürfte wohl mit einem weiteren Rückgang der Krankheit gerechnet werden können.

Die Geschäftsstunden der Leinwandhändler. Der Verband der Wiener Leinwandhändler gibt bekannt, dass infolge Warenmangels und gesetzlicher Verkaufsbeschränkungen die Geschäftsstunden der dem Verbands angehörigen Firmen von 9 Uhr vormittags bis 1 Uhr nachmittags festgesetzt werden.

Gemeinde-Vermittlungsämter. Die Sühneverhandlungen bei den Gemeinde-Vermittlungsämtern Mariahilf, Neubau und Josefstadt finden im Monate Oktober am 3., 10., 17., 24. und 31. statt.

Vierte Bürgerschulklassen. Im Stadtrate beantragte StR. Tomola die Eröffnung von einjährigen Lehrkursen (vierte Bürgerschulklasse) an den Knabenbürgerschulen 3. Bezirk, Sechskrügelgasse 11, 7. Bezirk, Zieglergasse 49, 10. Bezirk, Eugengasse 30, 13. Bezirk, Hietzinger Hauptstr. 168, 17. Bezirk, Geblergasse 31 und 20. Bezirk, Jägerstr. 54 sowie an den Mädchenbürgerschulen 1. Bezirk, Ledblitzgasse 9, 4. Bezirk, Starhenberggasse 8, 13. Bezirk, Hochsatzengasse 22-24, 8. Bezirk, Josefstädterstr. 95, 9. Bezirk Währingerstr. 43, 12. Bezirk, Deckergasse 1, 20. Bezirk, Jägerstr. 54 und 21. Bezirk, Franklinstr. 45. Zu diesem Gegenstande sprachen die Stadträte Hohensinner, Spalowsky, Angermayer, Hötzel, Grünbeck und Körber, worauf der gestellte Antrag einstimmig zum Beschlusse erhoben wurde.

Anwendung der Mieterschutzverordnung auf Untermieter. Die sozialdemokratischen Beisitzer der Mietämter aus dem Kreise der Mieterschaft haben durch Landtagsabgeordneten Fölzer an das Wohnungsamt der Stadt Wien das Ersuchen gerichtet, es möge die Vorsitzenden der Mietämter dahin verständigen, dass die Mieterschutzverordnung auch auf Aftermieter Anwendung zu finden habe. Auch der Verein deutscher christlicher Mieter in Niederösterreich hat zu dieser Frage Stellung genommen. Da tatsächlich über die Frage der Anwendung der Mieterschutzverordnung auf Untermieter verschiedenartige Auffassungen bestehen, wird sämtlichen Mietämtern folgende Rechtsanschauung des Wohnungsamtes mitgeteilt: Die Mieterschutzverordnung nimmt auf Aftermieten oder wie sie weiterhin bezeichnet werden sollen, Untermieten nur im Punkt 3 des § 2 Bezug, indem sie verfügt, dass bei Untermieten der Mietzins um denselben Prozentsatz erhöht werden darf, um den der Mietzins des Hauptmieters erhöht wird. Obwohl im übrigen Text der Verordnung nirgends Untermieten erwähnt werden, glaubt doch das Wohnungsamt nach reiflicher Prüfung der Sachlage, die Anwendbarkeit der gesamten Mieterschutzverordnung auf Untermieten bejahen zu sollen, immer unter der Voraussetzung, dass es sich um die Miete von Wohnungen oder Geschäftsräumen im Sinne des § 1 der Verordnung handelt. Bei einer anderen Auffassung, wenn nämlich Untermieten nur unter der Voraussetzung des § 2, Punkt 3 in Betracht kämen, würde eine offenkundige Unbilligkeit die Folge sein. Der Hauptmieter, welcher seinen Untermieter steigert, ohne dass ihm selbst die Miete gesteigert würde, fielen nicht mehr unter die Verordnung, also gerade die Fälle grundloser Steigerung wären dem Schutze der Verordnung entzogen. Auch ist nicht zu verkennen, dass in diesem Falle der Umgehung der Verordnung Tür und Tor geöffnet würde. Anders steht die Sache, wenn es sich nicht um Wohnungsmiete, sondern um die Untervermietung von Wohnungsbestandteilen oder deren Mitbenützung handelt, wie dies ortsüblicherweise meistens mit gleichzeitiger Berechtigung zur Benützung von Möbeln, Bettwäsche u. s. w., vielfach unter Beistellung des Frühstückes, der Bedienung, mitunter auch der vollen Verpflegung zu geschehen pflegt. Diese Rechtsverhältnisse haben weniger die Miete als eine nicht besonders geregelte Beherbergung zum Gegenstand. In diesen Fällen und namentlich bei der höheren

Kategorie dieser Untermieter, dem sogenannten Zimmerherrn, treffen auch die sozialen Gesichtspunkte der Mieterschutzverordnung nicht zu. Während in der Regel der Vermieter der wirtschaftlich kräftigere, der Mieter der wirtschaftlich schwächere Teil ist, pflegt es sich hier umgekehrt zu verhalten. Meist sind es Witwen unbemittelter Personen, welche nach dem Tode des Familienvorgesetzten die vorhandenen Möbel nicht veräußern wollen und können, von einer kleinen Pension oder einem Arbeitsverdienste allein ihr Leben nicht zu bestreiten vermögen und daher gezwungen sind, Untermieter aufzunehmen. Der wohlhabende Teil der Bevölkerung wird nur sehr selten zur Untervermietung schreiten. Andererseits sind die Untermieter vielfach sozial günstig gestellt, weil die Junggesellen, auch höherer Stände, in Wien regelmäßig keinen Haushalt führen, sondern als Untermieter zu wohnen pflegen. Die vom Vermieter in der Regel persönlich geleistete Bedienung prägt schon das soziale Verhältnis zwischen Vermieter und Mieter deutlich aus. Die Unmöglichkeit, die in der Mieterschutzverordnung vorgesehene Relation zu der Zinssteigerung des Hauptmieters und des Untermieters herzustellen, die Berücksichtigung des Wertes der verschiedenen, oft überwiegenden Nebenleistungen, lässt schon dieses Rechtsverhältnis als ein ganz anders geartetes erkennen. Ganz richtig hebt die Vereinigung deutscher christlicher Mieter hervor, dass vor allem eine persönliche Leistung wie die Bedienung unmöglich zu einer unkündbaren Pflicht gemacht werden könne und dass es auch im Interesse des Familienlebens des größten Teiles der Hauptmieter gelegen ist, Untermieter kündigen zu können. Sollte der Verdacht einer Umgehung der Mieterschutzverordnung durch Einschlebung eines Hauptmieters bestehen, was übrigens bei Einhaltung der Richtlinien aussichtslos wäre und, soweit dem Wohnungsamt bekannt, in Wien auch nicht versucht wurde, so ist das Wohnungsamt sofort vom Sachverhalte zu verständigen, damit das Strafverfahren nach § 19 der Verordnung veranlasst werden kann. Wieder anders liegen die Verhältnisse bei der untersten Gattung der Untermieter, den sogenannten Bettgebern. Hinsichtlich dieser muss der Auffassung der sozialdemokratischen Beisitzer, dass sie der allerärmsten Schichte der Mieter angehören, ohne weiters zugestimmt werden, aber auch auf sie kann die Mieterschutzverordnung in ihrer heutigen Form keine Anwendung finden. Denn hinsichtlich des Bettgebers ist es ausser Zweifel, dass hier keine Miete eines Wohnungsteiles, sondern lediglich ein Recht zur Mitbenützung einer Wohnung in einem nicht genau umschriebenen Umfange vorliegt. Die Rechtsverhältnisse der Bettgeher und die Voraussetzungen einer solchen Schlafstellenvermietung überhaupt bedürfen einer besonderen in vielen Staaten auch schon erfolgten Regelung und es wäre Sache des Wohnungsgesetzes, dessen Vorlage der Wiener Gemeinderat seit Jahren wiederholt, aber vergeblich betrieben hat, in dieser Frage Abhilfe zu schaffen.

344

Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Herausgeber und verantw. Redakteur Franz Michler,
Wien. I., Neues Rathaus.

27. Jahrg., Wien. Mittwoch, 3. Oktober 1917. Nr. 344.

Ernennungen von Lehrpersonen. Der Stadtrat hat nach einem Antrage des StR Tomola ernannt: zu Bürgerschullehrern, Leopold Rada und Leopold Scherer, zu Volksschullehrern I. Kl. Franz Hofmann und Johann Novarra, zu Volksschullehrern II. Kl. Franz Brückner, Karl Maiwald, Emerich Ehrenfried, Josef Dungel und August Müller, zu Volksschullehrerinnen I. Kl. Marie Seböck, Rosa Reznizek, Eugenie v. Dirkes, Elisabeth Kaiser, Rosina Luger und Hilda Köllner, zu Volksschullehrerinnen II. Kl. Marie Degrafi, Franziska Kirnig, Marie Klauda, Leopoldine Müller, Hermine Feyer, Gabriele Scholz, Marie Siska, Adolfine Will, Marianne Frisch, Helene Bubacek, Hilda Hanszlik, Pauline Fospischil, Marie Schlichtinger, Helene Weckher und Angela Zadro.

Unrichtiges Vorgehen vieler Seifenverschleißer. Beim Magistrate laufen Beschwerden darüber ein, das viele Seifenverschleißer seit 1. Oktober Seife nur mehr gegen Abtrennung der Abschnitte 5 und 6 selbst dann abgeben, wenn von der Seifenkarte die Abschnitte 1 und 4 noch nicht abgetrennt sind; sie sind nämlich der Meinung, daß je zwei Abschnitte der viermonatlichen Seifenkarte nur für die betreffenden Monate gelten. Dieses Verhalten ist unrichtig: Jeder der acht Abschnitte gilt bis Ende November, auch die von Nr. 1 bis 4; es müssen daher von der Seifenkarte, wenn sie noch einen dieser Abschnitte hat, bei der Abgabe von Seife zunächst diese Abschnitte abgetrennt werden.

Neue Straßenbenennung. Der von der Benjowsygasse am Biberhaufenweg im 21. Bezirk zum sogenannten Lobaustrassel führende Verbindungsweg wurde nach einem Antrag des StR Knoll mit „Heustadelgasse“ benannt.

Ernennungen. Der Stadtrat hat ernannt Dr. Eduard Dworschak, Dr. Adolf Faber und Dr. Karl Scharnagl zu Magistrats-Sekretären, Dr. Stefan Petkovic zum Magistrats-Kommissär, Dr. Anton Nicolorich und Dr. Johann Oswald zu städtische Ober-Aerzten, Dr. Paul Mayr zum städt. Arzt I. Klasse; Ferdinand Ekhardt und Robert Pradl zu Rechnungs-Oberrevidenten, Robert Fibisch zum Rechnungs-Revidenten; Ludwig Dworzak zum Kanzlei-Offizial; bei der städt. Hauptkassa Johann Luley zum Kontrollor, Josef Brunner zum Adjunkten und Heinrich Teiber zum Offizial; Karl Ruhm zum Geometer; Leopold Rössel zum Amtsdienner I. Klasse.

Stiftung. Die Interessen der Ferdinand Freisl'schen Stiftung per 800 Kr. gelangen an 4 im Pfarrsprengel Maria Trost wohnhafte Arme im Betrage von je 200 Kr. für das Jahr 1917 zur Verteilung. Gesuche sind bis 15. Oktober bei der Bezirksvorstehung Neubau, VII. Hermannsgasse 24/28, zu überreichen.

345

Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Herausgeber und verantw. Redakteur Franz Michler,
Wien, I., Neues Rathaus.

27. Jahrg., Wien, Donnerstag, 4. Oktober 1917. Nr. 345.

Milchversorgungsstelle. Bgm. Dr. Weiskirchner hat den Ober-Magistratsrat Pavelka infolge anderweitiger dienstlicher Inanspruchnahme von der Leitung der Milchversorgungsstelle enthoben und ihm bei diesem Anlass für seine höchst erspriessliche und mühevollte Betätigung seinen wärmsten Dank und die vollste Anerkennung ausgesprochen. Zum verantwortlichen Leiter der Milchversorgungsstelle wurde Magistrate-Ober-Kommissär Dr. Nather vom Bürgermeister ernannt.

Von den Bezirksämtern. Der Stadtrat hat dem Ansuchen des Bezirks-Amtsleiters Simmering Dr. Haberkorn um Versetzung in den bleibenden Ruhestand folgegeben. An seiner Stelle hat Bgm. Dr. Weiskirchner den Magistratssekretär Dr. Tischler zum Leiter des genannten Bezirksamtes bestellt. - Für die Dauer der militärischen Dienstleistung des Magistrate-Rates Dr. Bibl wurde Magistratesekretär Dr. Johann Müller mit der Leitung des magistratischen Bezirksamtes für den 12. Bezirk betraut.

Eröffnung der 50. Kriegsküche. In Anwesenheit der Erzherzogin Isabella fand heute die Eröffnung der 50. Kriegsküche statt, welche im Amtshause des 5. Bezirkes in der Hermannsgasse untergebracht ist. Hierzu hatten sich eingefunden: Bgm. Dr. Weiskirchner, Gräfin Stefanie Wenckheim, die Stadt- und Gemeinderäte Daberkow, Fraß, Komrowski, Pichler und Zimmermann, Bezirksvorsteher Ohrfandl, Obmann des Armeninstituts Ströbl, Magistrate-Rat Böser, Polizei-Bezirksleiter Reg. Rat Tauber, Bezirksschul-Inspektor Prof. Ludwig, Frau Karner von der Frauen-Hilfsaktion, die Kriegsküchenleiterinnen Frau Langer-Kauba und Frau Schindler, Dechant Prahar und Pfarrer Zinser. Der Bürgermeister wurde bei seinem Erscheinen vom Bezirksvorsteher Ohrfandl begrüßt und erwiderte auf dessen Ansprache: Ich bin gerne gekommen um mit meinen Freunden am Neubau wieder in Verbindung zu treten. Wenn ich in diesen schweren Zeiten, nicht jenen Kontakt mit allen 21. Bezirken aufrechterhalten kann, den ich selbst am meisten wünschen würde, bitte ich dies mit der Arbeit zu entschuldigen die, auf meinen Schultern ruht. Die Verwaltung der 2 Millionen-Stadt ist durch diesen Krieg mit Aufgaben belastet worden, die wir nicht ahnen, nicht voraussehen konnten und die Sorge um das tägliche Brot ist unsere Hauptaufgabe geworden. Wie gerne hätte ich Friedenswerte geschaffen, aber die Sorge um die Lebensmittel überragt alles andere. Als im August 1914 die ersten Organisationsformen für die öffentliche Ausspeisung getroffen wurden, dachten wir nicht daran welchen Umfang dieser Zweig der öffentlichen Verwaltung nehmen werde. Wir hatten damals 10.000 Personen in der öffentlichen Ausspeisung, jetzt sind es 105.000. Wer hätte daran gedacht, daß Familien, denen die Aufrechterhaltung des Haushaltes stets die Hauptsache war, soweit herabsteigen würden, daß sie die Einrichtungen einer öffentlichen Kriegsküche in Anspruch nehmen müssen. Wenn ich die Tätigkeit dieser 50 Kriegsküchen überblicke, kann ich nicht anders als den Wiener Frauen den besten Dank des Bürgermeisters und der Gemeinde zum Ausdruck zu bringen; was sie leisten, verdient unsere vollste Bewunderung und Anerkennung. Mittlerweile war Erzherzogin Isabella mit ihrer Tochter Erzherzogin Alice in Begleitung der Oberst-Hofmeisterin Gräfin Wimpffen und des Kammervorstehers Grafen Cappi erschienen. Die hohen Gäste wurden vom Bürgermeister erwartet und begrüßt und sodann in den Versammlungsraum der Teilnehmer an der Feier geleitet. Dort richtete Bgm. Dr. Weiskirchner an Erzherzogin Isabella eine Ansprache, in welcher er im Namen der Reichshaupt- und Residenzstadt den

tiefergebensten Dank für die hochherzigen Bemühungen der Erzherzogin um die Förderung des Kriegsküchenwesens in Wien zum Ausdruck brachte. Mit Stolz dürfe darauf hingewiesen werden, daß es gelungen sei, durch den Entschluß der Frau Erzherzogin die Kosten der Errichtung von 12 neuen Kriegsküchen für Wien sicherzustellen und 2 Krankenküchen zu errichten. Was den Wienern aber die grösste Freude und Genugtuung bereite, sei, das die Frau Erzherzogin unentwegt den persönlichen Kontakt mit der Bevölkerung suche. Man wisse aber auch, daß ihre hohen Intentionen noch weiter gehen, und daß auch die Benützung der Kriegsküchen solchen Bevölkerungsschichten zugänglich gemacht werden soll, welche nicht den vollen Betrag für die Verköstigung aufbringen können. Der Bürgermeister schloß mit dem neuerlichen herzlichsten und ergebensten Dank.

Erzherzogin Isabella erwiderte: Für Ihre freundliche Begrüßung danke ich Ihnen vom Herzen. Ich freue mich, der Eröffnung der 50. Kriegsküche beiwohnen zu können und gratuliere der Stadt Wien, daß sie in verhältnismäßig so kurzer Zeit und bei Ueberwindung so vieler Schwierigkeiten diesen schönen Erfolg, die 50. Kriegsküche in Betrieb gesetzt zu haben, aufweisen kann. Zweifellos ist durch die Kriegsküche manche Sorge behoben, manches Leid abgewendet worden. Dies soll uns alle ermutigen, an der Schaffung weiterer solcher Institutionen weiterzuarbeiten, zum Wohle unserer tapferen Bevölkerung, die nun schon seit langer Zeit mit heldenhaftem Opfermut so unendlich schweres getragen. Für diesen Opfermut wollen wir den Wienern danken und Gottes Segen als Lohn auf sie herabflehen. Sie mögen stolz sein im Bewusstsein, daß das Opfer eines jeden einen Baustein bildet zu Oesterreichs Ehre und zur Erlangung eines guten Friedens. Empfangen sie nochmals meinen Dank, mit dem innigen Wunsche, daß ihre Bemühungen auch weiter von Erfolg gekrönt seien. Nach einem dreifachen Hoch auf die Erzherzogin stellte Bgm. Dr. Weiskirchner sodann die erschienenen Persönlichkeiten der Erzherzogin einzeln vor, worauf die Kriegsküche, die eben im vollen Betriebe war, eingehend besichtigt wurde. Die Frau Erzherzogin und ihre Tochter sprachen zahlreiche Personen in der Kriegsküche an, verkosteten auch das zubereitete Essen und informierten sich eingehend über alle Lokalverhältnisse. Nach längerem Verweilen verließen die hohen Frauen mit dem Ausdrucke ihrer Befriedigung über das Gesehene die Kriegsküche.

Künstler-Kriegsküche. Die Gründerin der Künstler-Gesellschaftsküche, Frau Valerie Grey wurde dieser Tage vom Bürgermeister Dr. Weiskirchner empfangen, welchen sie um Förderung des Unternehmens bat. Der Bürgermeister, welcher Frau Grey in liebenswürdigster Weise entgegenkam, erklärte, daß die Gemeindeverwaltung der Institution der Kriegsküche wohlwollend gegenüberstehe und auch das neue Unternehmen, soweit die allerdings beschränkten Mitteln der Gemeinde es gestatten, fördern werde.

Von der Sicherheitswache. Eine Abordnung der Sicherheitswache erschien gestern beim GR Schäfer, um ihm für seine erfolgreiche Intervention wegen Erhöhung des Monturpanschaales zu danken. GR Schäfer erklärte, daß der Dank hauptsächlich dem Bgm. Dr. Weiskirchner gebühre, der sich für die Wünsche der Sicherheitswache beim ^{izen} Präsidium eingesetzt habe.

Der selbstgemachte Schuh. Der Vortrag zum Erlernen der Selbstanfertigung von allerhand Schuhen, sowohl Hausschuhe als auch Straßenschuhe, findet morgen (Freitag) 4 Uhr nachmittag im Sitzungssaal der Bezirksvertretung VII. Hermannsgasse 24-28, II Stock statt. Freier Eintritt.

346

Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Herausgeber und verantw. Redakteur Franz Michew,
Wien, I., Neues Rathaus.

27. Jahrgang, Wien, Freitag, 5. Oktober 1917. Nr. 346.

Zur Ausgabe der Kohlenkarte. Anlässlich der Ausgabe der Kohlenkarte dürften folgende kurze Ausführungen von Interesse sein. Die Wohnungen, und nur für solche werden Kohlenkarten ausgegeben, werden in drei Kategorien geteilt.

1.) In Wohnungen für Haushaltzwecke, was bei über 90% der vorhandenen Wohnungen der Fall ist. In manchen dieser Wohnungen werden oft gleichzeitig berufliche Heimarbeiten verrichtet. 2.) In Wohnungen, von welchen einzelne Wohnräume Haushaltzwecken, andere Wohnräume nur Berufszwecken dienen, wir finden dies häufig bei Aerzten, Advokaten, kleinen Agentien und dgl. 3.) In Wohnungen, welche nur für berufliche Zwecke gehalten werden, d. h. in welchen Geschäfte, Kanzleien, Büros und dgl. untergebracht sind. Diese erhalten nur dann Kohlenkarten, wenn nicht mehr als sechs heizbare ^{Wohnr.} Räume vorhanden sind. Sind mehr als sechs heizbare Wohnräume vorhanden, so haben sie ihr Heizmaterial auf Grund von Kohlenbezugscheinen zu beziehen. In ganz Wien haben wir rund 550.000 Wohnungen. Von denselben bestehen rund 40.000 aus einem einzigen Wohnraum, der entweder als Küche (Wohnküche) benützt wird, wie das namentlich bei Hausbesorgerwohnungen der Fall ist, oder als Einzelzimmer dient. Für die Wohnküche wird nur eine entsprechende Küchenbrandkarte verabfolgt, für das Einzelzimmer, im Falle es mit Kohlenheizung versehen ist, ein ganzer Zimmerbrand. Rund 235.000 Wohnungen bestehen nur aus Küche und einem Wohnraum. Diese erhalten neben dem Küchenbrand, falls der Wohnraum mit Kohle heizbar ist, einen halben Zimmerbrand. Rund 185.000 Wohnungen bestehen aus Küche und zwei Wohnräumen. Diese erhalten den entsprechenden Küchenbrand, und falls beide Wohnräume mit Kohle heizbar sind, einen ganzen Zimmerbrand. Von den restierenden 90.000 größeren Wohnungen kann man annehmen, daß sicherlich ^{bis} 45/50.000 mit Kohlen versorgt sind. Es wird also in kaum mehr als 40.000 Fällen jemand in einen Kartenbezug von mehr als einer Küchenbrand- und einer Zimmerbrandkarte treten. Diese Annahmen liegen der Wohnungszählung zu Grunde, wobei alle Wohnräume als heizbar angenommen sind.

Da jedoch in sehr vielen Fällen von Zimmer, Kabinet und Küche, das Kabinet keinen Ofen besitzt, so wird sich die Summe von 135.000 Wohnungen mit Küche und einem heizbaren Wohnraum erhöhen, es dürfte sich jedoch die angenommene Zahl der Wohnungen mit Küche und zwei heizbaren Wohnräumen keineswegs verringern, sondern wahrscheinlich auch erhöhen, weil in vielen Wohnungen, welche aus mehr als drei Wohnräumen bestehen, trotzdem oft nur zwei mit Kohle heizbar sind. Ausserdem gibt es ja noch viele Wohnungen, welche ganz oder teilweise Gasheizung besitzen. Die Zahl der Wohnungen mit Zentralheizung ist dagegen sehr gering.

Gänseverkauf. Morgen (Samstag) werden polnische Gänse zu 8:50 Kr. für das Kg an folgenden Stellen verkauft: Heinrich Pessl, 1. Bez. Hoher Markt; Anton Dechant, 3. Bez. Großmarkthalle; M. Brunner, 4. Bez. Naschmarkt; Stefan Simatovitsch, 5. Bez. Schönbrunnerstrasse (68); Juliane Csarmann, 7. Bez. Markthalle-Burggasse; Ludwig Haas, 8. Bez. ^{Markthalle} Stadiongasse; Josefine Starnbacher, 9. Bez. ^{Markthalle} Nussdorferstrasse; Johann Vallentin, 10. Bez. Markt-Eugenplatz; Marie Movack, 12. Bez. Markt-Meidling; Antonia Herold, 16. Bez. Markt-Brunnengasse; Kathi Schmalzbauer, 18. Bez. Gentzgasse 33; Maria Basteiner, 20. Bez. Markt-Hanoverplatz; Barbara Filipitsch, 21. Bez. Markt am Spitz.

Errichtung eines Lebensmittel-Detailmarktes. Zuzolge Stadtratsbeschlusses vom 19. September 1917 wird auf dem Platze der Mündung der Quellenstrasse in die Triesterstrasse vorläufig ohne dessen marktmäßige Ausgestaltung ein Lebensmittel-Detailmarkt errichtet. Die Eröffnung erfolgt am 15. Oktober 1917. Auf diesem Markte ist der Marktverkehr gestattet: an Werktagen von 6 Uhr früh bis 1 Uhr mittags, an Feiertagen von 6 Uhr früh bis 12 Uhr mittags und an Sonntagen in der Zeit vom 1. April bis 30. September von 6 Uhr früh bis 10 Uhr vormittags, in den übrigen Monaten von 7 Uhr früh bis 11 Uhr vormittags; es ist jedoch den Detailobsthändlern gestattet, an Werktagen und Feiertagen ihre Waren auch nach 1 Uhr, bzw. 12 Uhr mittags bis zur einbrechenden Dämmerung zu verkaufen. Nach Schluß des Marktes müssen alle Waren und Standgeräte vom Marktplatze entfernt werden. Im Übrigen haben die für die Aufstellung von Ständen, insbesondere von Fleischständen, auf Märkten bestehenden Vorschriften Anwendung zu finden und die Marktordnung sowie der Marktgebührentarif zu gelten. Die Marktparteien haben sich wegen der Zuweisung von Verkaufsplätzen auf diesem Markte an die Marktamsabteilung im 10. Bezirke zu wenden.

Ankauf von Lokomotiven. Der Stadtrat beschloß nach einem Antrage des StR. Schmid den Ankauf von 2 Stück zweilachsiger, schmalspuriger Dampflokomotiven von zwanzig Pferdekraften=Leistung für die Schlackenabfuhr der städt. Elektrizitätswerke um den Preis von 16.250 Mark pro Stück.

Wiederherstellung der Servitenkirche. Der Stadtrat hat nach einem Antrage des StR. Hermann zur Wiederherstellung des durch den Brand zerstörten historisch wertvollen Bauwerkes der Servitenkirche einen Beitrag von 10.000 K bewilligt. Die Gesamtkosten der Wiederherstellung belaufen sich auf rund 400.000 K.

Beitrag für die Urania. Der Stadtrat hat nach einem Antrage des VB Hoß einstimmig beschlossen, der Wiener Urania für das Jahr 1917 einen Betriebsbeitrag von 10.000 K zu bewilligen. Die Subvention für das Jahr 1916 betrug 5000 K.

Grundverkauf. Der Stadtrat beschloß den Verkauf von Gründen an der Sonnwendgasse und Landgutgasse im Ausmasse von 367 m² um 23.000 K.

Errichtung einer Strohaufschlieβungsanlage. Der Stadtrat beschloß nach einem Antrage des VB Rain die Errichtung einer Strohaufschlieβungsanlage nach einem im deutschen Reiche durchgeführten Verfahren zur Erzeugung von Kraftstroh für die Verfütterung an die Pferde der städt. Betriebe. Die Kosten beziffern sich mit 20.000 K. Die Anlage wird im städt. Elektrizitätswerk 2. Bezirk Engerthstrasse errichtet werden.

347

Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Herausgeber und verantw. Redakteur Franz Michalek,
Wien, I., Neues Rathaus.

27. Jahrgang, Wien, Samstag, 6. Oktober 1917. Nr. 347.

Das Burgtheaterjubiläum Zeskas. Bgm Dr. Weiskirchner hat den Hofschauspieler Karl v. Zeska nachstehendes Schreiben gerichtet: Die fünfundzwanzigste Wiederkehr jenes Tages, an dem Sie zum erstenmale auf den Brettern unseres Burgtheaters um die Gunst der Wiener warben, hat Ihnen verehrter Herr Hofschauspieler den Beweis gebracht, daß Ihr Werben von vollem Erfolge gekrönt wurde und Ihnen gezeigt, wie die Wiener ihre Lieblinge zu schätzen und zu ehren wissen. Ihre naturfrische, dem Wiener Wesen sinnverwandte Darstellungsweise hat Sie längst zu einem der „Unserigen“ gemacht. Der endlosen Schar von Gratulanten schliesse auch ich mich Namens der Stadt Wien an und spreche Ihnen zu Ihrem silbernen Burgtheaterjubiläum die wärmsten Glückwünsche aus.

Bezirkswirtschaftsrat. In der letzten unter dem Vorsitz des VB Hoß abgehaltenen Sitzung des Bezirkswirtschaftsrates berichtete Magistrats-Oberkommissär Schramm über die bevorstehende Regelung der Kartoffelabgabe sowie über die Einführung der Kartoffelkarte und stellte eine weitere Vermehrung der Verkaufstellen in Aussicht. Weiters beschäftigte sich der Bezirkswirtschaftsrat mit einem Berichte des Magistratsrates Dr. Jamöck über allfällige weitere Maßnahmen gegen das Anstellen. Nach eingehender Erörterung stimmte der Bezirkswirtschaftsrat den Anträgen der Berichterstatter zu.

Fleischabgabe an die Mindestbemittelten. In der Woche vom 8. Oktober an wird mit Genehmigung des Amtes für Volksernährung an die Mindestbemittelten wieder Wohlfahrtsfleisch zum Preise von 3 K 60 h für ein Kilogramm in den bereits bekanntgegebenen Ständen und Geschäften der Großschlächtereier abgegeben werden. Von den grünen, blauen oder braunen Einkaufsscheinen wird der Buchstabe „M“ abgetrennt werden. Inhaber von Scheinen lautend bis 5 Personen erhalten ein halbes Kilogramm, 6 und mehr Personen eines Haushaltes ein Kilogramm, außerdem erhalten in dieser Woche mindestbemittelte Einzelpersonen ein viertel Kilogramm Fleisch. Abgabezeit von 1/4 7 - 1/2 12 Uhr vormittags an folgenden Tagen: für Personen, deren Namen beginnt mit dem Buchstaben A - F am Montag den 8. Oktober, G - J am Mittwoch, den 10. Oktober, K - R am Donnerstag, den 11. Oktober, S - Z am Samstag, den 13. Oktober.

Höchstpreise für ausländische Butter. Die Höchstpreise für ausländische Butter wurden geändert und dementsprechend stellen sich die Preise bis auf weiteres vom 8. d. M. an auf 14 K 16 h per Kilogramm für ausgeschnittene Ware und 14 K 36 h per Kilogramm für pakettierte Ware; es dürfen demnach für 12 Dekagramm nicht mehr als 1 K 70 h für ausgeschnittene Ware und 1 K 72 h für pakettierte Ware berechnet werden.

Zur Regelung des Kohlenbezuges. Da infolge technischer Schwierigkeiten im Drucke eine Verzögerung der Abgabe der Fragebögen für Gewerbe, Betriebe und Anstalten, sowie der Bezugsscheine eingetreten ist, wird der mit 5. Oktober abgelaufene Anmeldetermin bis einschließlich Donnerstag den 11. Oktober 1917 erstreckt. Alle Gewerbetreibenden und die übrigen Bezugsberechtigten werden aufgefordert, sofern sie die Fragebögen noch nicht ausgefüllt haben, unverzüglich dieser gesetzlichen Verpflichtung nachzukommen. Die amtlichen Fragebögen müssen auch dann ausgefüllt werden, wenn Vorräte vorhanden sind

oder der Kohlenbedarf bereits seinerzeit bei den Gewerbege nossenschaften angemeldet worden ist. Die Fragebögen und Bezugsscheine können sowohl bei den magistratischen Bezirksämtern wie auch bei den Bezirks-Polizei-Kommissariaten und Sicherheitswachstuben behoben werden und sind nach Ausfüllung bei diesen Stellen abzugeben.

Seife für die Volksbäder. Ueber Auftrag des Bürgermeisters ist der Magistrat an das Handelsministerium mit dem Ersuchen herangetreten, zugestatten, daß in den städt. Volksbädern, welche größtenteils von der arbeitenden Bevölkerung besucht werden, für Reinigungszwecke den die Bäder Benützenden ein Stückchen Seife ohne Seifenkarte verabfolgt werden kann und daß die nötige Menge seitens des Kriegsverbandes der Oel- und Fettindustrie der Gemeinde zugewiesen werde. Das Handelsministerium hat diesem Ansuchen in entgegenkommender Weise willfahrt. Um es möglich zu machen, daß bereits am ersten Badetage nächster Woche (Donnerstag) in den städt. Volksbädern Seife zur Abgabe gelangen könne, hat der Bürgermeister verfügt, daß die dazu erforderliche Menge vor-schubweise den für die städt. Anstalten vorhandenen Seifenvorräten zu entnehmen ist. Die zur Durchführung notwendigen Arbeiten werden bereits getroffen. Hiedurch wird einem dringenden Bedürfnisse der Volkswohlfahrt Rechnung getragen.

Kartoffelabgabe. Morgen Sonntag werden auf den Märkten keine Kartoffel abgegeben. Die für nächste Woche auf den Kopf entfallende Wochenmenge von Kartoffeln wird mit 1 kg festgesetzt. Die Abgabe erfolgt gegen Durchlochung der Ziffer 2 der neuen gelben oder blauen Mehlbezugs-karte. Technische Schwierigkeiten in den Aufbringungsgebieten machen eine Verschiebung der Abgabeta-ge notwendig. Es könne die Kartoffeln erst ab Dienstag nach folgender Ordnung abgegeben werden: Dienstag, Buchstabe A - G, Mittwoch Buchstabe H - K, Donnerst- tag Buchstabe L - P, Freitag Q, R, Sch, St, Samstag Buchstabe S - Z und Nach- zügler. Die Abgabe ist an den Wohnbezirk gebunden und erfolgt bei den üb- lichen Abgabestellen. Jene Parteien, welche in der abgelaufenen Woche keine Kartoffeln erhalten konnten und die Ziffer 1 der Mehlbezugs-karte daher noch nicht durchlocht haben, können diese Kartoffeln in der nächsten Woche an dem ihnen nach dem Buchstaben zukommenden Bezugstage nachbeziehen.

Erhöhung des Margarinepreises. Der Preis für die in den Butterabgabestellen zum Verkaufe gelangende Margarine wurde auf 2 K für das Paket zu 24 Dekagramm erhöht, so daß für 6 dkg 50 Heller zu zahlen sind.

Der selbstgemachte Schuh. Frau Annemarie Walter, welche gestern unter großem Zuspruch und vielem Beifall ihren Vortrag über die Selbstanfertigung von Schuhen hielt, wird diesen Vortrag am Montag den 8. d. M. 4 Uhr nachmittags im Gemeindehause 6. Bez. Amerlinggasse 11 wiederholen. Freier Eintritt. Die Zu- hörer werden in ihrem Interesse ersucht, Papier und Bleistift für Notizen mitzunehmen.

Aus dem Rathause. Der Stadtrat tritt Donnerstag vormittag und Freitag nach- mittag in der kommenden Woche zu Sitzungen zusammen. - Am Donnerstag wird Bgm Dr. Weiskirchner dem Handelskammerrate Wegel-Leckl, dem Bezirksrat Schleimer und dem Volksschuldirektor i. R. Flail, denen der Gemeinderat das Bürgerrecht mit Nachsicht der Taxe verliehen hat, den Bürgereid abnehmen und einer Anzahl von Feuerwehrleuten Ehrenmedaillen und Ehrengeschenke über- reichen.

NB. Der Bericht über die Friedenskundgebung wird Montag 8 Uhr früh im Tel. Korr. Büro hinterlegt werden. Exemplar einer Kohlenkarte liegt bei.

Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Herausgeber und verantw. Redakteur Franz Michew.

Wien. I., Neues Rathaus.

27. Jahrgang. Wien, Sonntag, den 7. Oktober 1917. Nr. 348.

Eine grosse Friedenskundgebung im Rathause.

Der grosse Festsaal des Neuen Wiener Rathauses war Sonntags Nachmittag der Schauplatz einer imposanten Friedenskundgebung der christlich-sozialen Partei. Saal und Galerie waren dichtgefüllt von einer gewaltigen, nach vielen Tausenden zählenden Menschenmenge. Die Estrade war mit Palmen und Blumen reich geschmückt und aus dem dunklen Grün leuchteten die Büsten unseres Kaisers und des Papstes. Im Saale sah man die Wiener christlich-sozialen Reichsratsabgeordneten, zahlreiche Landtagsabgeordnete, die Vize-Bürgermeister mit den Mitgliedern des Bürgerklubs, viele sonstige Funktionäre und eine Anzahl von Vereinen mit ihren Fahnen. Als Regierungsvertreter war Polizei-Ober-Kommissär Leinweber entsetzt worden.

Die Festversammlung wurde eingeleitet durch einen vom Gesangverein „Dreizehnlinden“ (Dirigert Ehrenchormeister Professor Habel) vorgetragenen Chor „Habsburgs Aar“ von Herzog Ernst von Sachsen-Koburg-Gotha.

Landmarschall Prinz Liechtenstein eröffnete die Versammlung mit folgender Ansprache:

Gestatten Sie mir Sie aufs beste und freundlichste zu begrüßen.

Wir haben uns heute im Rathause zu einem feierlichen Anlasse vereinigt. Wir wollen Seiner Heiligkeit dem Papste und seiner Majestät unserem Kaiser unseren herzlichsten innigen Dank ausdrücken, dem Heiligen Vater, dem Stellvertreter Christi auf Erden, für seinen an die Regierungen der kriegführenden Staaten gerichteten Vorschlag zur Wiederherstellung des Friedens; unserem geliebten Monarchen für seine hochherzige Bereitwilligkeit, auf diesen Vorschlag einzugehen.

Papst und Kaiser haben beide ihre erhabenen Pflichten in herzlichster Weise erfüllt. Der erste, weil ihm das Seelenheil und das leibliche Wohl der Christenheit kraft seinem oberpriesterlichen Amte durch Gott anvertraut worden ist; der zweite, weil ihm geziemend infolge seiner Herrscherwürde, Gut und Blut seiner Völker zu schirmen und weil ihm sein edles väterliches Herz drängt, dem Blutvergießen und der Verwüstung Einhalt zu gebieten, welche nicht bloß seine Untertanen, sondern die menschliche Kultur überhaupt seit mehr als drei Jahren bedrohen.

Wir wollen, so wie der Heilige Vater andeutet, einen Frieden der Verständigung zwischen den kriegführenden Mächten und wenn es möglich und durchführbar ist, wünschen wir gegenseitige ehrliche gleichzeitige Abrüstung, sowie ein ständiges Schiedsgericht, welches der jetzigen barbarischen Zerstörung von Menschenleben, Wirtschaftswerten und sittlichen Errungenschaften für alle Zukunft ein Ziel setzt.

Wir wollen aber auch einen ehrenvollen vorteilhaften Frieden, der uns nicht bloß vor unmittelbaren Verlusten bewahrt, sondern auch in der Folgezeit gegen frevelhafte Angriffe böser Nachbarn durch günstige Grenzen und unüberwindliche Bollwerke dauernd schützt.

Ich darf mich diesbezüglich auf die kürzlich in Budapest vom Minister des Aeußern gesprochene Rede berufen. Bei früheren Anlässen haben wir oft bedauert, dass seine Worte ihm gewiss im In- und Auslande nicht unberechtigte Kritiken wegen bedingungsloser Friedensliebe zugezogen haben. Diesmal aber hat er zum Schlusse seiner Ausführungen erfreulicherweise mit männlichen Accenten den Standpunkt der Monarchie klar festgestellt. Er sagte: „Ich würde es für ein Verbrechen halten, wegen materieller oder territorialer Vorteile den Krieg länger fortzusetzen, als es die Integrität der Monarchie und die Sicherheit der Zukunft erfordert.“

Aus diesem Grunde allein bin ich für einen Verständigungsfrieden gewesen.

Wenn aber unsere Feinde nicht hören wollen, wenn sie uns zwingen, dieses Morden fortzusetzen, dann behalten wir uns die Revision unseres Programmes und die Freiheit unserer Bedingungen vor.

Mit kaltem Blute werden wir ~~xxx~~ in diesem Falle unseren Weg weitergehen. Unsere Stunde wird kommen und mit ihr die sichere Gewähr einer freien friedlichen Entwicklung des Reiches.

Das lässt sich hören, verehrte Versammlung, damit sind wir einverstanden. Durch diese klare, eindeutige Ausdrucksweise hat der Minister des Aeußern nunmehr jenen absichtlichen Missverständnissen der Ententemächte und der Ententejournale vorgebaut, welche die Friedensliebe Oesterreichs mit Ermüdung und Schwäche verwechseln.

Wir bieten die Hand zu ehrlicher Verständigung; wird sie, wie dies leider recht wahrscheinlich ist, zurückgewiesen, dann greifen wir zum Schwerte, das mit Gottes Hilfe wie bisher zu unseren Gunsten entscheiden wird!

Um Frieden zu erlangen, war Krieg von jeher das bewährteste Mittel. Fax queritur bello.

Landesausschuss Kunschak von lebhaftem Beifall begrüsst, hielt nunmehr folgende Rede:

Rede liegt bei.

Die inhaltsreiche, formvollendete Rede wurde wiederholt von stürmischem Beifall und Zustimmungskundgebungen unterbrochen und am Schlusse seiner Rede ertönte minutenlang, nicht endenwollender Beifall und Hochrufe.

Landmarschall Prinz Liechtenstein dankte dem Landesausschuss Kunschak für seine wahrhaft monumentale Rede.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner sprach ihm ebenfalls für die glänzenden und unübertrefflichen Ausführungen den besten Dank aus und erklärte, dass der heutige Tag den stolzen Beweis erbracht habe, wie festgewurzelt die christlich-soziale Partei in Wien sei. Der Bürgermeister hielt sodann folgende Schlussrede:

In dieser dankwürdigen Stunde haben wir unserer ^{tiefen} Sehnsucht nach dem Frieden in machtvoller und würdiger Weise Ausdruck gegeben. Ersoll wiederkehren der Friede, der den Menschen würdig erhält seiner Machtbefugnis über diese Erde, seiner ihm von Gott gegebenen Bestimmung. Mit väterlicher Sorge hat der heilige Vater in seinem an die Oberhäupter der kriegführenden Länder gerichteten Schreiben den Abgrund aufgezeigt, in welchen unser Erdkreis bei weiterem Blutvergießen unfehlbar gestürzt wird und hat die ernste Mahnung an die Völker gerichtet, dem Morden ein Ende zu machen. Was an unserem Vaterlande gelegen ist, ist geschehen, um den Frieden herbeizuführen und wir wissen uns jeder Schuld frei, wenn dieser unselige Krieg weitergeführt wird. Wir würden aber die Hoffnungen, die wir für die Zukunft hegen, nicht in ihrer ganzen Bedeutung zusammengefasst haben, wenn wir nicht mit dem grössten Nachdrucke betonen würden, dass dieser Friede ein dauernder sein müsse. Unser Volk hat nach so unerhörten, mit heldenmütiger Ausdauer getragenen Opfern Anspruch darauf, dass ihm nun ein dauernder Friede beschieden werde und es hat mit tiefer Dankbarkeit die Worte unseres Kaisers in seiner Antwort an den heiligen Vater aufgenommen, dass die künftige Weltordnung unter Ausschaltung der Gewalt der Waffen, auf der moralischen Macht des Rechtes, auf der Herrschaft der internationalen Gerechtigkeit und Gesetzmässigkeit ruhen müsste.

Wenn diese neue Weltordnung Tatsache wird, dann können die Armeen, wie unser Minister des Aeußern in seiner musterhaften Rede in Budapest sagte, auf das geringste Mass reduziert werden, welches die Aufrechterhaltung der inneren Ordnung erfordert. Und dieses Mass wird so gestaltet werden müssen, dass es von der Bevölkerung getragen werden kann.

nur auf diesem Wege können die Wunden, die der Krieg der Volkswirtschaft geschlagen hat, wieder geheilt werden. Wenn sich das nicht durch fortgesetzte Rüstungen verzehrte Kapital zur kulturellen Arbeit verbindet mit der vom Militärdienst befreiten Menschenkraft, dann sind die Voraussetzungen für die segensbringende Wohlfahrt jedes Einzelnen und der Gesamtheit gegeben.

Es ist eine völkerbefreiende Tat, die unser Kaiser angeregt hat, und die sich in so herzerquickender Uebereinstimmung mit den Zielen des Heiligen Vaters befindet, der als Statthalter des göttlichen Erbes den Menschen die Liebe auf Erden bewahren will.

Möge der Allmächtige die Völker wieder zu sich rufen und sie den Weg führen, auf welchen sie zu diesen erhabenen Zielen gelangen können!

Unsere Herzenspflicht aber ist es, in dieser feierlichen Stunde da wir Wiener uns im Rathause zu dieser grossen und würdigen Friedenskundgebung zusammengefunden haben den Dank, den wir dem heiligen Vater ^{und} unserem geliebten Kaiser zollen, zum Ausdruck zu bringen.

Ueber ~~den~~ ^{den} Vorschlag des Bürgermeisters wurde folgendes Telegramm an den Apostolischen Nuntius abgesendet:

Freudig ^{und} ~~gefördert~~ ^{von} Herzens verfolgt das christliche Wien die Bemühungen des Heiligen Vaters, dem furchtbar heimgesuchten Europa den Frieden zu vermitteln. Aus reinster Liebe zur Menschheit erfließend müssen und werden die Bemühungen des Heiligen Vaters zum heil ersahnten Ziele, zu einem glücklichen Ende führen. Dankbar geloben wir dem Heiligen Vater kindlichen Gehorsam und bitten Eure Eminenz, diese Kundgebung des christlichen Wien an die Stufen des Thrones Seiner Heiligkeit gelangen zu lassen. Gott segne den Heiligen Vater, Gott segne seine Bemühungen!

Der Bürgermeister brachte sodann ein mit stürmischen Kundgebungen aufgenommenes „Hoch“ auf den Papst aus, worauf die Papsthymne vom Chor „Dreizehnlinden“ vorgetragen wurde.

Ferner wurde über Antrag des Bürgermeisters folgendes Telegramm an den Kaiser gesendet:

Als oberster Kriegsherr an der Spitze einer Armee stehend, die siegreich ihre Fahnen weit ins Feindesland getragen, als Fürst eines Volkes, das in bewundernswerter Geduld und nie versiegender Liebe zu Kaiser und Reich die Schwierigkeiten des Krieges aufrechten Hauptes und starken Herzens trägt, haben Eure Majestät die Intentionen des Heiligen Vaters würdigend den Feinden die Hand zum Frieden geboten. Aus ganzem Herzen dankt das christliche Wien Eurer Majestät für diese grosse Tat und huldigend erneuert es den alten Schwur: Gut und Blut für unsern Kaiser, Gut und Blut für Vaterland!

Dr. Weiskirchner rief zum Schlusse: Kaiser Karl lebe hoch, welcher Ruf von der Versammlung mit stürmischer Begeisterung aufgenommen wurde.

Die Versammlung, welche sich von den Sitzen erhoben hatte, sang die von dem Gesangverein intonierte Volkshymne begeistert mit.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner schloss die Versammlung mit den Worten, dass dies die mächtigste und stolzeste Versammlung gewesen sei, welche die Wiener christlich-soziale Partei jemals abgehalten hat. (Stürmischer Beifall).

Aus allen Teilen der Monarchie sind zu der heutigen Kundgebung zahlreiche Zustimmungsschreiben und Telegramme eingelangt.

Fettbezug für Mindestbemittelte.

In der Zeit vom 7. bis 20. Oktober l.J. werden bei den kundgemachten Verkaufsständen der Großschlächtereien gegen Abtrennung des Abschnittes 13 des amtlichen Einkaufsscheines für alle Gruppen von Mindestbemittelten je 50 Gramm Schweinespeck zum Preise von 48 Heller für jedes Mitglied des Haushaltes abgegeben.

348

Nach mehr als dreijähriger Dauer des Krieges steht vor uns die grosse Frage: Was nun? Soll, kann und darf der Krieg fortgeführt werden und wie lange noch soll dies schrecklichste Schauspiel der Welt dauern?

Ein einziger Schrei aus Millionen Herzen, in allen Sprachen klingend, gibt die Antwort und diese lautet: Friede soll und muss werden. In allen kriegführenden und neutralen Landen lebt und regt sich das heisse Verlangen nach Frieden und bricht sich Bahn, so sehr auch einzelne Regierungen, so sehr auch die politischen und journalistischen Söldlinge der Kriegsinteressen, so sehr auch weltfremde Phantasten und übernationale Ideologen dagegen wüten. (Stürmischer Beifall)

Papst Benedikt XV. hat zuerst das Wort vom Frieden ausgesprochen, als er für alle Gläubigen der Welt sein tief empfundenes Friedensgebet anordnete. Der Anordnung des Friedensgebetes folgte die Friedensnote vom August 1915. Das Wort vom Frieden, von des Papstes hoher, geistiger und moralischer Autorität getragen, es hat Feuer gelegt an die Bollwerke, die der Kriegswahn aufgerichtet und lodern den Brand gesenkt in alle Herzen, die noch nicht völlig abgestumpft und abgestorben waren. Dem Worte des Papstes folgte das des Kaisers. Ein wahrhaft königliches Wort, geboren aus lauterstem Willen und edelster ritterlicher Gesinnung.

Heute haben wir uns versammelt, um als Katholiken, als Kinder des ewigen Friedensfürsten, dem Vater auf Petri Thron zu sagen, wie so sehr wir seine Friedensbemühungen begrüßen. Wir haben uns hier versammelt, um als Oesterreicher unserem jungen, mit wahrer Seelengrösse ausgestatteten Kaiser lauten Dank zu bekunden dafür, dass er so ganz an die Seite des Papstes getreten, um mit diesem vereint, seinen Völkern und der ganzen Welt die Segnungen des Friedens zu erschliessen. Wir haben uns versammelt zu einer mächtigen Kundgebung für den Frieden, wir sind zusammengekommen, um auszusprechen, wie leidenschaftlich, wie glühend heiss unser Verlangen ist, nach endlichem Frieden.

Wir sind des Krieges müde, das auszusprechen, ist uns ein Bedürfnis, dem wir gerne folgen. Wir sind des Krieges müde! Eines jedoch sei sofort den Kriegshetzern, insbesondere aber den führenden Männern der feindlichen Staaten warnend zugerufen: sie mögen sich hüten, aus diesem Eingeständnis falsche Schlüsse zu ziehen. Aus den Reden, namentlich der englischen Minister, ist leider zu erkennen, dass diese geflissentlich unsere Friedensbereitschaft als Ausfluss moralischer und physischer Schwäche deuten. In dieser feierlichen Stunde warnen wir ernstlich und nachdrücklich vor solch leichtfertiger Missdeutung, vor solch verhängnisschwangerer Selbsttäuschung. (Stürmischer Beifall)

Wir sind des Krieges müde! Nicht aber sind wir kriegsmüde. Aufrecht, voll starken Mutes und ungebrochener Entschlossenheit sind wir alle bereit, auf dem uns zugewiesenen Platze auszuharren und die uns auferlegten Mühen, Sorgen und Pflichten zu tragen bis an ein glückliches Ende. Der Oesterreicher stirbt, doch er ergibt sich nicht! Von dieser Wahrheit konnten sich unsere Feinde doch wahrhaftig schon zur Genüge oft und gründlich genug überzeugen. Ein Volk von Helden, das einen langen, harten Winter hindurch in den Karpathen der stärksten Uebermacht getrotzt, ein Volk von Helden, das ein Gorlice geschaffen, ein Volk von Helden, das seine Fahnen siegreich durch Serbien, Montenegro, Albanien und Rumänien getragen, ein Volk von Helden, das in 11 Isonzoschlachten dem Wüten der Hölle standgehalten hat, ein solches Volk bangt und zittert nicht, ein solches Volk ist unbesiegbar. (Begeisteter Beifallsturm)

Dort wo im Pulverdampf und Kugelregen Oesterreichs Verteidiger treue Wache halten, dort leuchtet hell in Flammenschrift dem Feinde weithin sichtbar die Mahnung: **L a s s t a l l e H o f f n u n g f a h r e n !** (Stürmische Zustimmung)

Und diesen Volk von Helden treu zur Seite steht ein grosses Volk von Duldern, das aus dem Beispiel seiner Heliensöhne die Kräfte saugt zu herrlichster vaterländischer Tugendübung. Man stemme sich daher nicht länger mehr gegen die Wucht solcher Tatsachen, man höre auf zu sündigen wider die Vernunft. Man sehe doch endlich einmal die Sachlage wie sie ist, man urteile ruhig und leidenschaftslos über die wahren Beweggründe unseres Friedenswillens und die Bahn ist frei zu gegenseitigem Verstehen, zu gegenseitiger Verständigung, zum Frieden ohne Falschheit und Tücke.

Wir wollen den Frieden, nicht aber wollen wir ihn um jeden Preis. Unser Verlangen geht eben nicht nach dem Frieden des Grabes, sondern nach einem Frieden des Lebens, der uns die Möglichkeit wahr, im edlen Wettstreit als Freie unter Freien zu ringen um des Lebens der Völker höchsten Preis. Wir wollen den Frieden nicht aus Kleinmut und Verzagtheit, wir wollen den Frieden auch nicht aus selbstsüchtiger Spekulation, wir fordern den Frieden, den Blick gerichtet aufs Grosse, aufs Ganze.

Wir fordern den Frieden im Namen der Menschlichkeit und Menschenwürde! (Zustimmung). Die Bestie nur wütet gegen ihr eigen Fleisch und Blut, der Mensch aber sei edel, hilfreich und gut. Menschlichkeit und Menschenwürde, wohin sind sie gekommen? In einer der schönsten Anrufungen der Gottesmutter heisst es so vielsagend: Zu Dir rufen wir trauernd und weinend in diesem Tale der Tränen! Wie furchtbar wahr und ernst ist dieser Hilferuf geworden. Tal der Tränen- kein anderes Wort gibt so treffend den Zustand unseres Kontinents wieder. (Grosse Bewegung)

Eine englische Zeitung schätzt die Zahl der Todesopfer dieses Krieges auf mehr als 9 Millionen Mann. Was für ein Strom von Tränen mag sich auf den brechenden Augen dieser Millionen Totgeweihter ergossen haben bei dem letzten Gedanken an Weib und Kind, Eltern und Freunde, an Heim und Vaterland? Wer kann ermessen das Meer von Tränen, das die Witwen und Waisen, die Väter und Mütter, Geschwister und Freunde dieser Opfer des europäischen Blutrausches in bitterem Weh vergossen haben? Welches Herz ist gross und stark genug, all das Leid und Weh der Verwundeten, der Kranken, der Krüppel auch nur leise nachzuempfinden? Oder gibt es etwa im Feindesland keine Toten, keine Verwundeten, keine Kranken, keine Krüppel? Leben in Frankreich und England, leben in all den feindlichen Staaten nicht auch Mütter, deren Herz aufschreit beim Verluste des eigenen Kindes, Frauen und Kinder, deren Lebensglück jäh in Trümmer bricht, wenn aus dem Felde die furchtbare Nachricht kommt: Du bist Witwe, Ihr seid Waisen. (Laute Bewegung)

Millionen Männer und Jünglinge schmachten in jahrelanger Kriegsgefangenschaft, viele davon dem Siechtum verfallen tragen mit sich das marternde Bewusstsein, Familie und Heimat nicht mehr wieder zu sehen. Wohl hat des Papstes liebend Herz durch die Aktion des Invalidenaustausches einige Erleichterungen geschaffen, doch bleibt des Jammers noch immer eine grosse Fülle. Mit jedem Tage verschlechtert sich in jedem Staate die Lage der heimischen Bevölkerung. Wie muss dies auch auf die Lage der Gefangenen wirken? Aus allen Schreiben der Gefangenen tritt uns immer wieder die eine nervenpeitschende Frage entgegen: Wie lange noch? Wäre nicht die Befreiung dieser Legionen des Unglücks allein es wert, dass man zum Friedensschluss brüderlich die Hand sich reiche?

Menschheit verhülle Dein Haupt, die Menschlichkeit ist landfremd geworden! Und doch nein, wir öffnen weit unsere Seelen und Herzen, der Menschlichkeit eine Heimstätte zu bieten und laut und vernehmlich fordern wir im Namen der Menschlichkeit von Allen, die nicht dem Fluche der Sterbenden, der Witwen und Waisen, dem Fluche der Mit- und Nachwelt verfallen wollen, dass sie die Hand vom blutigen Schwerte lassen und dem hohen Werk des Friedens ihre Kräfte weihen.

Wir fordern den Frieden im Namen der Kultur! Die Geschichte erzählt

uns von Ägyptischer, von griechischer und römischer Kultur; es war einmal versunken und verklungen ist aller Glanz und Ruhm. Dann reifte von der Hand der Kirche geleitet und geschützt die abendländische, die europäische, die christliche Kultur heran. Durch Jahrhunderte hat sie Stein auf Stein legend, den grossen Dom gebaut, aus dem die Quellen des Lichtes und des Fortschrittes über die Welt sich ergossen, durch Jahrhunderte hat sie der ganzen Welt als Meisterin vorgegangen. Und nun reisst dieser Krieg Stein um Stein aus dem Gefüge, treibt er gleich dem Mauerschwamm seine ätzenden und fressenden Fäden in alle Fugen und Ritzen des stolzen Baues.

Auf den Schlachtfeldern verbluten sich die besten geistigen Kräfte, sinken Mittler und Meister, Jugend und Zukunft ins Grab. In den Schützengräben verkümmern tausend und abertausend Elemente der Erziehung und Bildung. In der Gluthitze der Leidenschaft des Kampfes büssen zahllose Intelligenzen ihre mühsam erworbene, meist nur mit Kriegsprüfungen gekrönte geistige Kapazität ein. Im Hinterlande, im eisigen Schaffen schwerer materieller Sorgen hemmen Verrohung und Verwahrlosung den Aufstieg in höhere Regionen. Dem Erziehungswerke fehlen die wichtigsten Kräfte. Die Familie ist aufgelöst, der Vater dient im Rock des Kaisers, die Mutter im Arbeitskittel der Vaterlandsverteidigung. Die Schule vermag nicht zu leisten, was ihres eigenen Amtes ist; das Elternhaus auch nur zu vertreten, davon ist sie weiter entfernt als je. Die Hörsäle veröden und die Wissenschaft, vorab ihre jüngsten Sprossen, Chemie und Technik, dienen fast nur mehr der Mordindustrie. (Allgemeine Zustimmung)

Wie traurig steht es auch um die Lebensgrundsätze, die wir so gerne als gute bürgerliche Art bezeichnen? Es soll nicht verschwiegen werden, der Krieg hat manches Bild von Selbstlosigkeit, von Hingabe und Seelengrösse hervorgebracht, wie wir es vorher kaum in gleicher Schärfe geschaut. Ebenso wenig kann aber geleugnet werden, dass eine tiefgreifende Zersetzung des Gemeinschaft- und Solidaritätsgedankens, dieser zwei Eckpfeiler des sozialen Lebens sich vollzieht. Die Selbstsucht droht die stärksten Bande des sozialen Lebens zu zerreißen. Der Gedanke an sich und das eigene Wohl unter Ausschaltung jeder Rücksichtnahme auf das höhere allgemeine Interesse hat von oben kommend einen Zustand der Demoralisation geschaffen, der letzten Endes zum Kampfe aller gegen alle führen muss. So tritt an die Stelle der Kultur allgemach die Barbarei, des rauhen Krieges angetrautes Weib.

Diese Rückentwicklung ist wahrhaftig nicht eine Erscheinung, die nur bei uns zuhause ist, sie zeigt sich in allen, an dem Kriege beteiligten Staaten, sie ist ja eine Konsequenz des Krieges. Die Quelle dieser ansteigenden und beschämenden Tatsache zu schliessen, das heisst den Krieg zu beenden, das ist bei Gott kein einseitiges Interesse Oesterreichs und seiner Verbündeten, das ist ein Gebot der Ehre und der Selbstachtung für alle jene, die im Lichte der bedrohten christlichen Kultur ihrer nationalen Aufstieg gefunden und diesen ihr und nur ihr zu danken haben.

Im Namen der Kultur rufen wir zum Frieden.

Wir fordern den Frieden im Namen Europas. (Stürmischer Beifall)

Um uns herum, um das aus tausend Wunden blutende Europa herum steht die Welt nicht stille. Wie die Hyäne das Leichenfeld, wie der Geier das Aas, so umkreisen Osten und Westen beutegierig das unglückselige Europa. Jeber die Gefahr des Ostens wie des Westens ist oft schon geschrieben und gesprochen worden, immer aber war sie nur ein Gegenstand akademischer Erörterung. Heute hat diese Frage bereits die höchste Aktualität erreicht. Das physische und volkswirtschaftliche Kräfteverhältnis hat durch den Krieg eine Verschiebung sehr, sehr zu Ungunsten Europas erfahren. Europa verfällt der Erschöpfung, seine Konkurrenten mästen sich.

Der Verbrauch des wertvollen Menschenmaterials ist in Europa ein

348
2

unheimlicher. Die 9 Millionen Todesopfer, die der Krieg schon auf den Schlachtfeldern gefordert, sind nicht nur ein numerischer Verlust, was weit schwerer wiegt, sie sind ein nicht wieder wettzumachender Verlust an intellektuellen und physischen Kräften. Damit hat es aber nicht sein Ende.

Unheimlich, ihre Kreise immer weiter ziehend, zehren die zwei Seuchen dieses Krieges, Tuberkulose und Geschlechtskrankheiten an dem Mark der Völker und vergiften Blut und Leben des werdenden Geschlechtes. Unterernährung, fortgesetzte Beängstigung und seelische Erregung, Kummer und Sorge zernürben langsam aber sicher die Kräfte der Nationen und schaffen einen üppigen Nährboden für Niedergang und Niederbruch.

Zu all den furchtbaren Heimsuchungen Europas gesellt sich als bedenklichste Erscheinung der weisse Tod, der Europas Weltgeltung an der Wurzel bedroht. Ein Beispiel nur, das an die Seele greift:

Wien hatte im Jahre 1914 noch einen Ueberschuss von 6503 Geburten über die Zahl der Todesfälle, das Jahr 1915 ergab schon eine Unterbilanz von 2222 Geburten, das Jahr 1916 eine solche von 8271 Geburten und in den 9 Monaten des Jahres 1917 beläuft sich dieselbe auf 14.002 Geburten. Während also im Jahre 1914 die Zahl der Geburten jene der Todesfälle noch um 6503 überstieg, ist sie in den 3 Kriegsjahren um 24.495 unter der Zahl der Todesfälle geblieben. Die Gesamtzahl der Geburten in Wien betrug 36.378 im Jahre 1914, 29.257 im Jahre 1915, 23.491 im Jahre 1916 und in den 9 Monaten des laufenden Jahres 16.247. Wien hat also nach dem Ergebnis vom Jahre 1914 berechnet in 2 Jahren und 9 Monaten um 24.495 Kinder weniger geboren. So steht es um Wien. (Bewegung). Wie mag es um das ganze Reich stehen und wie furchtbar traurig mag es erst um Frankreich bestellt sein, das schon im Frieden die eisige Hand des weissen Todes so schwer verspürte. (Zustimmung).

Der gleiche Prozess der Verblutung Europas vollzieht sich auch auf dem Gebiete der Volkswirtschaft. (Lebhafte Zustimmung). Finanziell gehen alle Staaten dem Ruin entgegen, sie sinken in eine Verschuldung, die durch Jahrzehnte wie ein Bleigewicht sie belasten wird. Die bisherigen Kriegskosten aller Staaten belaufen sich mindestens auf 700 Milliarden Kronen, eine Summe, die einem grossen, wenn nicht dem grösseren Teile des europäischen Nationalvermögens gleichkommt. Wenn man bedenkt, wie vor dem Kriege in allen Staaten die wichtigsten Kulturforderungen und die wichtigsten Forderungen der sozialen Fürsorge unberücksichtigt blieben, wenn Millionen zu ihrer Erfüllung notwandig waren, dann erfasst man erst recht, welche verbrecherische, wahnwitzige Geldvergeudung dieser Krieg bedeutet. Die grössten kriegführenden Staaten mit Ausnahme Deutschlands sind ihrem Volke noch immer eine halbwegs ausreichende Alters- und Invaliditätsversicherung schuldig, von Witwen- und Waisenversorgung nicht zu reden. Durch die Schaffung dieser Institutionen wäre die Volkswirtschaft zusammengebrochen, die Industrie hätte ihre Konkurrenzfähigkeit eingebüsst, so und ähnlich lauteten die Einwendungen, die von Regierungen, den Parlamenten und sonstigen Interessentengruppen gemacht wurden. Eine Woche Krieg erfordert mehr an Geld als notwendig wäre, um die Altersversicherung, die Witwen- und Waisenversorgung für die Arbeiterschaft von ganz Europa sicherzustellen. Wo sind sie jetzt, die grossen Rufer und Schützer der Volkswirtschaft und der Konkurrenzfähigkeit. Warum schweigen sie jetzt, wo es wirklich um den Bestand ihrer heimischen und der ganzen europäischen Volkswirtschaft, um die Konkurrenzfähigkeit Europas gegenüber der Gefahr des Osten und des Westen geht?

Die Kriegskosten, das heisst die Ausgaben für die Kriegführung sind aber noch lange nicht die Kosten des Krieges. Wie viele Milliarden von ~~un~~ ^{un} ~~in~~ ⁱⁿ ~~den~~ ^{den} ~~Milliarden~~ ^{Milliarden} an Werten sind zerstört worden in der Kriegszone, wie viele Milliarden werden durch den Krieg für unproduktive, aber nicht zu umgehende Zwecke für die Versorgung der Invaliden, der Witwen und Waisen festgelegt? In der Tat,

Europa verblutet finanziell.

Alle Staaten treiben zu dem Raubbau an ihren Ur- und Rohstoffquellen, Raubbau an allen Bodenwerten. Die volkswirtschaftliche Abhängigkeit vom Ausland wird nach dem Kriege eine unerhörte sein. Wir werden nach dem Kriege auf den überseeischen Weltmärkten nicht mehr als Konkurrenten, sondern als Bettler aufmarschieren. (Rufe: Sehr richtig!) Aber Europa hat doch ein Interesse am Krieg! Herr Wilson, der Vereinigten Staaten scheinheiliger Präsident hat gefunden, Europa müsse demokratisiert werden. Schon dass der Ruf nach Demokratisierung aus Amerika gekommen ist, dass ist verdächtig, denn Amerika selbst ist ziemlich weitab von wahrer Demokratie. Zwar sind die Vereinigten Staaten Republik und haben einen Präsidenten, der aus der Wahl durch das Volk hervorgegangen. Republik und Präsident und Volksabstimmung sind aber nur eine Firma, eine Form, in welcher nicht der Wille des Volkes, sondern die Mächte des Kapitals sich ausleben. In keinem Lande ist die Ausbeutung der Volksmassen eine so unerhörte, als in der Heimat des Herrn Wilson, im Lande der Milliardäre und Trustmagnaten, im „freien“ Amerika. (Lebhafte Zustimmung).

Europa muss demokratisiert werden und zu diesem Zwecke soll der Krieg fortgehen bis Europa physisch und materiell sich ausgeblutet hat. Die weil das Wort von der Demokratie die Volksmassen auf blutgetränkter Wallstatt festhält, reichen sich die Kapitalisten über die Schlachtfelder hin die Hand, greift die Plutokratie nach den Zügeln der Herrschaft über Völker und Staaten. Die Staaten verarmen, die Völker verarmen, das Bank- und Aktienkapital aber saugt Milliarden Gewinne aus der Not und Bedrängnis der Staaten und der Völker, die wirtschaftliche Ordnung löst sich auf, die Börse feiert ihre Orgien! (Lauter Beifall).

Bei Gott, wir wissen, dass diesem Krieg eine Ordnung folgen muss, die dem Volke einen erhöhten Einfluss auf die öffentliche Verwaltung, auf das ganze Leben in Staat und Gesellschaft einräumt. (Zustimmung). Die Zeit der Herrschaft kleiner, privilegierter Schichten ist vorbei, seit sich das Volk in seiner Gesamtheit vom Jüngling bis zum Greis, Mann und Weib, das Vaterland in Not und Tod, in Elend und Tränen neu erworben hat. Doch man sehe sich vor! Russland ist bereits demokratisiert worden, die Macht ist aus den Händen eines Zaren und seiner Diener in die Hände gewissenloser Demagogen übergegangen. Russland hat aufgehört, ein Kaiserstaat zu sein. An seine Stelle jedoch ist getreten die blutigste Tyrannei, die Russlands Geschichte aufweist. Dem Volke aber ist geblieben der Hunger und die Rechtlosigkeit. Wie kein zweites Volk, so schreit Russlands Volk nach dem Frieden. Seine demokratischen Machthaber antworten mit Verfolgung und Todesurteilen. Mit solcher Demokratie bleibe man uns vom Halse, der Demagog als Herrscher ist unausstehlich, unerträglich! (Stürmischer Beifall).

„Weg mit den gekrönten Häuptern!“ so lautet die Larele und „Nieder auf die Knie vor dem Geldsack!“, der unausgesprochene, aus hundert Anzeichen zu erkennende Befehl der Kapitalismächte. Ist der Demagog ein Schurke, der das Volk in seiner Einfalt nur missbraucht als Fusschemel zur Macht und Zielscheibe seines frivolen Spottes, so ist das Kapital ein kalter, blutsaugender Vampyr, ein Ungetüm, das mit tausend Armen sein Opfer umschlungen hält, wehrlos, unentrinnbar! Wer nicht Blindheit geschlagen ist, der kann erkennen, wie aus dem Dampf und Rauch der Schlachtfelder bereits die Schatten der Geldherrschaft aufsteigen, um über Europa sich zu legen.

Europa, Europa gedenke Deiner Zukunft und mache Frieden, ehe Du in Ohnmacht und Hilflosigkeit versinkst! (Lebhafte Zustimmung).

Den Übermütigen stolzen Engländern sei noch ein kurzes Wort gewidmet. England hat aus seinen Kolonien, insbesondere aus Indien, Millionen Massen

auf die europäischen Schlachtfelder gebracht. Kann England glauben, dass die hunderttausende von Indiern, die es in Europa mit der modernen Kriegführung vertraut gemacht hat, die es hier ausgebildet hat zu Soldaten im vollsten Sinne des Wortes, kann England glauben, dass die hunderttausende kampferprobter und kampfgewohnter Indier, die hier als Offiziere und einfache Soldaten vermeintlich für Freiheit und Recht eingestanden sind, dass diese alle in ihre Heimat zurückkehren werden, um als stumme Hunde, als Sklaven Englands im eigenen Lande wieder fortzudienen? Das Mene Tekel schreibe ich den Engländern heute schon an die Wand: Die Geister, die es nach Europa rief, wird es in Indien nicht mehr los werden.

Wir fordern also den Frieden, nicht um unser Willen, wir fordern ihn für die geplagte Menschheit, für die verjagte Menschlichkeit, für die bedrohte Kultur und für die Weltgeltung Europas. Wir freuen uns dabei kindlichen Gemütes, dass der Papst nicht aufhört, zu rufen, zu bitten, zu mahnen und zu beschwören, dass doch der Welt der Friede wieder werde. Wir fühlen uns hochbeglückt darüber, dass wir in dieser Feierstunde eins uns wissen mit Oesterreichs jungem mit den schönsten Habsburgertugenden geschmückten Kaiser. Betend heben wir den Blick zum Himmel und flehen Segen herab auf die Bemühungen von Papst und Kaiser. Betend rufen wir zum Himmel mit der ganzen Kraft eines gläubigen Herzens wie der Heilige Vater es uns gelehrt: Der Du einst auf die Bitte Deiner Apostel hin den stürmischen Wogen Ruhe geboten, gib auch der wildbewegten Welt den Frieden wieder!

349

Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Herausgeber und verantw. Redakteur Franz Michow,

Wien, I., Neues Rathaus.

27. Jahrgang. Wien, Montag, 8. Oktober 1917 Nr 349.

Kohlenbezug für Gewerbe, Betriebe und Anstalten sowie für Central- heizungen.

Gewerbetreibende, sowie Inhaber eines Betriebes, einer Anstalt oder einer Zentralheizung haben zur Deckung ihres Kohlenbedarfes einen Fragebogen samt Bezugsschein auszufüllen. Fragebogen und Bezugsscheine sind bei den magistratischen Bezirksämtern, den Polizeikommissariaten und Sicherheitswachstuben erhältlich. Jedem Fragebogen ist ein Bezugsschein beizulegen, in dessen drei Teilen der Name (Firma), sowie der Gegenstand und der Standort des Gewerbes (Betriebes, der Anstalt) einzusetzen ist. Falls außer Kohle auch noch Koks benötigt wird, sind dem Fragebogen zwei Bezugsscheine anzuschließen. Der Fragebogen ist auch dann auszufüllen, wenn Vorräte vorhanden sind. Der Fragebogen ist hinsichtlich aller Fragen genau zu beantworten.

Die vorgesehene Trennung des Brennstoffbedarfes in solchen für Feuerung der Betriebsmaschinen und Betriebseinrichtungen wie Dampfkessel, Trockenöfen, Backöfen, Herde, Schmiedefeuer, Bügelöfen u.s.w. und in solchen zur Beheizung der Betriebsräume ist streng zu beachten, da in der wärmeren Jahreszeit die Heizkohle entfällt und nur Brennstoff für die Betriebsfeuerung zugewiesen wird. Liegen keine genauen Aufzeichnungen über den monatlichen Verbrauch von Brennstoffen getrennt nach Betriebszwecken und Heizzwecken vor, so ist diese Trennung schätzungsweise vorzunehmen.

Die Gewerbetreibenden werden darauf aufmerksam gemacht, daß sich die Genossenschaftsvorsteher zur Erteilung von Auskünften und Ratschlägen bereit erklärt haben. Jene Gewerbetreibenden, die bei Ausfüllung der Fragebögen einer Aufklärung oder einer Unterstützung bedürfen, wollen sich daher an ihre Genossenschaft wenden. Die Richtigkeit der im Fragebogen gemachten Angaben insbesondere über den vorhandenen Vorrat wird behördlich überprüft.

Die Fragebogen und Bezugsscheine sind längstens bis Donnerstag 11. Oktober bei den magistratischen Bezirksämtern, den Polizeikommissariaten oder Sicherheitswachstuben abzugeben. Die Bezugsscheine werden den Parteien nach Einsetzung der behördlich zugelassenen Verbrauchsmenge von Brennstoff zugestellt werden. Ausnahmsweise werden auch für Gewerbe, Betriebe, Kanzleien, u.s.w. Kohlenkarten abgegeben. Es ist dies dann der Fall, wenn sie in Wohnungen mit weniger als sechs heizbaren Räumen untergebracht sind. Ebenso wird für Geschäftslokale, die nur aus einem einzigen Raume bestehen und mit der Wohnung räumlich verbunden sind, wie dies häufig bei Trafiken, Papierhandlungen, Milchgeschäften etc. der Fall ist, eine Kohlenkarte zugewiesen, wenn die Beheizung des Geschäftes unbedingt notwendig ist.

Bezug der Kohlenkarten. Die Anmeldungen finden in dieser Woche statt für die Buchstaben L bis N am 9., O bis R am 10., Sch, St am 11., S bis V am 12., W bis Z am 13. Oktober. Es wird ausdrücklich bemerkt, daß auch jene Wohnungsinhaber, welche Kohlenvorräte besitzen, vor der Brotkommission zu erscheinen haben und das Nichterscheinen bestraft wird.

Zn-11 349

Rathaus - Korrespondenz

8. Okt.

Der selbstgemachte Schuh. Der nächste Vortrag über die Selbstanfertigung von Straßen - und Hausschuhen findet Mittwoch 3 Uhr nachmittags im Gemeindehause 8. Bezirk, Schlesingerplatz statt.

Nährmittelzubußen. In der laufenden Woche, d. i. vom 7. bis 13. Oktober werden Nährmittelzubußen im Höchstausmaße von $\frac{1}{4}$ kg für Schwerarbeiter und von $\frac{1}{8}$ kg für alle sonstigen Nichtselbstversorger pro Kopf abgegeben. Als Nährmittelzubüße wird in den Bezirken 1 bis 10 Rollgerste, in den übrigen Bezirken Weizengrieß zur Ausgabe kommen. Der Abgabepreis für Weizengrieß beträgt 90 h, für Rollgerste 80 h für 1 kg. Die Abgabe der Nährmittelzubußen wird gegen Abtrennung des Abschnittes N^o 12 der amtlichen Einkaufsscheine aller Kategorien erfolgen. Bei den städtischen Mehlabgabestellen wird die Nährmittelzubüße in dieser Woche am Freitag und Samstag zu beziehen sein. Die Abgabe von Haferreis an schwangere Frauen wird Mitte Oktober durchgeführt werden. Die Bezugsmodalitäten werden in den nächsten Tagen verlautbart.

350

Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Herausgeber und verantw. Redakteur Franz Nitzgen,
Wien, I., Neues Rathaus.

27. Jahrgang. Wien, Dienstag 9. Oktober 1917 Nr 350.

Was die Stadt Wien für die Tuberkulosenbekämpfung leistet.

Die Entdeckung des Tuberkelbazillus durch Robert Koch im Jahre 1882 hat dem Kampfe gegen die Tuberkulose die Wege gewiesen. Da die Infektion zumeist schon beim Kinde erfolgt, ist es notwendig, schon in diesem Alter mit der Fürsorge für Tuberkulose zu beginnen. Zu diesem Zwecke besitzt und betreibt die Gemeinde drei Heilanstalten für die Behandlung von an Tuberkulose und Skrophulose leidenden sowie zu diesen Krankheiten disponierten Kindern: das Kaiserin Elisabeth-Kinder-Hospital in Bad Hall mit 190 Betten, das Kaiser Franz - Josef Kinderhospiz in Sulzbach bei Ischl mit 100 Betten und das Erzherzogin Maria Theresia Seehospiz St. Felagio bei Rovigno mit 380 Betten. In diesen Anstalten wurden in den letzten Jahren alljährlich ca. 1800 Kinder durch längere Zeit verpflegt und ärztlich behandelt. Nachdem die in den allg. öffentl. Krankenanstalten Wiens, welche vom k.k. Krankenanstaltenfonds betrieben werden, zur Aufnahme tuberkulös erkrankter Personen zur Verfügung stehenden ca. 600 Betten weitaus nicht genügen, hat die Gemeinde Wien in dem von ihr mit einem Aufwande von 11 Millionen Kronen errichteten Kaiser Jubil. Spitale eine große Abteilung mit 248 Betten für Tuberkulose gewidmet, den modernsten Anforderungen entsprechend als Heilanstalt ausgestattet, und seit 1913 im Betriebe. Für die Unterbringung unheilbar Kranker oder erwerbsunfähiger Tuberkulöser, soweit dieselben nach Wien zuständig sind, bestehen in den 6 Wiener Versorgungsanstalten, von welchen 2 in Wien selbst, die 4 anderen in Liesing, Ybbs, Mauerbach und St. Andrä gelegen sind, eigene Abteilungen. Im Jahre 1915 betrug die Zahl der daselbst verpflegten und ärztlich behandelten Tuberkulösen 2164. Die zur Unterbringung leicht erkrankter Tuberkulöser bestimmte, vom Vereine „Heilanstalt Alland“ in musterhafter Weise betriebene Heilstätte gleichen Namens, sowie die vom Vereine „Kinderschutzstationen“ betriebenen 3 Tageserholungsstätten in Hütteldorf, Pötzleinsdorf und am Gänsehüfel, in welchen schwächliche und zu Tuberkulose geneigte Kinder während der günstigen Jahreszeit tagsüber Unterkunft und Verköstigung finden (ca. 3000 Kinder jährlich), werden von der Gemeinde Wien mit namhaften Beiträgen unterstützt. Auch für die Erhaltung eines ausgiebigen Luftreservoirs hat die Gemeinde durch Schaffung ausgedehnter öffentlicher Gartenanlagen Sorge getragen, deren Ausmaß in Wien mehr als 10 1/2 Millionen m² beträgt, von welchen die Gemeinde selbst fast 2 Millionen m² besitzt oder zu erhalten hat, was einen Kostenaufwand von mehr als 2 Millionen Kronen jährlich erfordert. Von besonderer Bedeutung ist in dieser Hinsicht der Beschluss des Gemeinderates vom 24. Mai 1905, betreffend die Schaffung eines ausgedehnten, etwa 4400 ha betragenden Wald- und Wiesengürtels für Wien. Das Anwachsen der Tuberkulose während des Krieges bewog die Gemeinde Wien die für Tuberkulose bestimmte Bettenanzahl im Kaiser Jubil. Spitale auf 380 zu vermehren (die Tuberkulosebetten in sämtlichen staatlichen Krankenanstalten Wiens wurden auf 878 erhöht) und die Fürsorgetätigkeit für Tuberkulose, welche bisher von einzelnen privaten Vereinigungen zusammenhanglos ausgeübt wurde, zu gemeinsamer Arbeit unter Leitung der Gemeinde Wien zu zentralisieren und planmäßig auszugestalten. Zu der bereits bestehenden Fürsorgetelle des Vereines „Heilanstalt Alland“ wurden weitere Fürsorgetellen im VI., IX., X. und XX. Bezirke errichtet, von welchen die im X. Bezirk geschaffene Stelle von der Gemeinde Wien selbst mit einem

Kostenaufwand von über K 30.000.- eingerichtet und mit den modernsten Behelfen ausgestattet wurde. Die auf diese Weise eingeleitete Fürsorgetätigkeit soll nunmehr planmäßig erweitert und ausgestaltet werden, um Wien mit einem Netz von Fürsorgetellen zu versehen, welche als Zentren der Tuberkulosebekämpfung diesen Kampf in umfassender Weise aufnehmen und zielbewusst führen sollen. Auch für die Errichtung einer Kaiser-Karl Walderholungsstätte für leichtkranke Tuberkulose nächst dem Jubiläumsspitale im Anschlusse an die Waldbestände des Lainzer Tiergartens hat die Gemeinde Wien bereits eine Million Kronen gewidmet. Leider hindern die Kriegsverhältnisse die rasche Durchführung dieses Projektes.

Rayonierung des Kohlenbezuges.

Bei der Regelung des Kohlenbezuges wurde an dem Grundsätze festgehalten, bestehende geschäftliche Beziehungen zwischen Händler und Konsumenten so wenig als möglich zu stören. Es wurde daher seitens des Magistrates die Wahl der Kohlenbezugsstellen den Parteien freigestellt. Auch die Zustellung von Kohle in Säcken durch die Kehlengroßhandlungen, die Abgabe von Kohle durch Konsumentenorganisationen und durch Fabriken an Angestellte und Arbeiter wurde beibehalten.

Bei der Wahl der Bezugsstelle dürfte aber immerhin einige Vorsicht geboten sein, um nicht wegen der mangelnden Leistungsfähigkeit des Händlers zuschaden zu kommen. Nimmt man an, daß von den rund 540.000 Haushaltungen rund 140.000 teils versorgt sind, teils von Konsumentenorganisationen, Arbeitsgebern etc. versorgt werden, so bleiben noch rund 400.000 Haushaltungen, die allenfalls ihren Bedarf beim Kleinkohlenhändler decken könnten. Die Zahl der Kleinhändler beträgt rund 1200. Es entfallen daher auf einen Kleinhändler etwa 320 Parteien. Da die Abgabe der Kohle an 4 Wochentagen stattfindet (2 Tage sind dem Gewerbe für Betriebskohle vorbehalten), so kommen auf einen Tag ca. 80 Parteien. Rechnet man für die Abfertigung einer Partei etwa 6 Minuten, so würde der Händler acht Stunden zur Bedienung der Parteien brauchen, wenn sein Betrieb nicht so eingerichtet ist, dass er 2 oder mehr Parteien auf einmal abfertigen kann, was wohl nur bei wenigen der Fall sein dürfte. Da jede Partei eine Nummer (nach der Kundenliste) besitzt, lassen sich die Parteien annähernd gleichmäßig auf den Tag verteilen, so daß ein übermäßiges Warten vermieden werden könnte.

Zur Belieferung dieser Parteien würde der Händler unter der Annahme der derzeit festgesetzten Höchstmenge von 28 kg für Küchenbrand und bei einer Durchschnittszuweisung von je einem Küchenbrand und Zimmerbrand täglich 4480 kg Kohle benötigen d. i. 3 Fuhren in 2 Tagen. Zum Entladen und Abtragen ist mindestens ein Zeitraum von täglich 2 Stunden erforderlich. Es zeigt sich somit, daß ein Händler der 320 Parteien in seine Kundenliste aufgenommen hat, reichlich beschäftigt ist, um diese Zahl zu bedienen. Dabei ist angenommen, daß es sich um Steinkohle handelt und daß in der Zustellung der Kohle an den Händler keine Störung eintritt. Eine reibungslose Zustellung ist aber nicht anzunehmen, da nach dem ^{genährten} Beispiele täglich 5376 t Kohle zu verführen, also rund 1800 Fuhren zu leisten wären. Ebenso wenig ist ausschließlich mit Steinkohle zu rechnen, da wohl 1/3 der Brennstoffe aus Braunkohle bestehen wird.

Den Parteien wird daher empfohlen, die Leistungsfähigkeit der Händler in Erwägung zu ziehen, bevor sie sich in eine Kundenliste eintragen lassen. Die Inhaber der Kohlenverkaufsstellen sind verpflichtet, den Besitzern der Kohlenkarte über Verlangen die Zahl der in der Kunden-

liste bereits eingetragenen Käufer wahrheitsgemäß bekanntzugeben.

Bei dem herrschenden Fuhrwerksmangel und der verringerten Zahl der Kleinhändler wird jedermann, dem es die Verhältnisse gestatten, gut tun, seine Kehle dort zu beziehen, wo eine Verführung mit Fuhrwerk nicht in Betracht kommt, also bei Kehlendählern, die sich auf Bahnhöfen befinden, insbesondere aber bei den Kohlenverkaufsplätzen der Gemeinde Wien und des k.k. Meatanverkaufsamtes, sowie den Kohlenverkaufsplätzen bei den Gaswerken Simmering und Leopoldau. Von diesen Plätzen sind insbesondere jene der Gemeinde Wien auf die Bedienung großer Mengen eingerichtet.

Diese Verkaufsplätze sind insbesondere auch für die Mindestbemittelten wertvoll, da die Kehle schon durch den Wegfall der teuren Fuhrkosten billiger ist als beim Kleinkohlenhändler. Die Lage der Verkaufsplätze ist der Kundmachung des Magistrates zu entnehmen.

Theater - Lokalkommission für Wien.

Die Theater-Lokalkommission hat den städt. Baurat Ing. Richard Binder zum Obmann - Stellvertreter gewählt.

Bezirksratsitzungen. Die diesmonatliche öffentliche Sitzung der Bezirksvertretung Neubau findet am Donnerstag, 11. Oktober 5 Uhr nachmittags statt. Am demselben Tage halb 3 Uhr nachmittags wird die Bezirksvertretung Floridsdorf eine Sitzung abhalten.

Pferde mit Wagen gestohlen. In der Nacht vom 8. auf den 9. wurden einem Bauern in Pföding bei Schleimbach in N.Oe. an der Ostbahn 2 Pferde (ein brauner Fuchs und ein Wallach) mit Geschirr und ein lichtbraun gestrichenes Steirerwagel gestohlen.

Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Herausgeber und verantw. Redakteur Franz Michew,
Wien. I., Neues Rathaus.

27. Jahrgang. Wien, Mittwoch, 10. Oktober 1917 Nr. 351.

Auflassung der Magistratsabteilung XX. Der Bürgermeister Dr. Weiskirchner hat im Zuge der Verwaltungsform, die er seit einiger Zeit beim Wiener Magistrate durchführt, die städtischen Angelegenheiten des Schubwesens, der Gemeindefreiwirtschaften und der Korrigenden, deren Behandlung bisher in einer eigenen Magistratsabteilung erfolgt, ab 1. November 1917 dem „städtischen Gefangenhaus-Inspektor“ in Wien IX., Hahngasse 10 übertragen und die Auflassung der bezeichneten Magistratsabteilung mit Ende Oktober 1917 verfügt.

Preise für Schrebergärtner. Sonntag, 14. d.M. 10 Uhr vormittags findet im Festsale des Rathauses die feierliche Ueberreichung der vom Wiener Stadtrate bewilligten Preise für besonders zweckmäßige und eifrige Bearbeitung von Schrebergärten statt.

Der selbstgemachte Schuh. ^(Vorabend) Morgen/nachmittag 4 Uhr findet ein Vortrag über dieses Thema im Sitzungssaal des Amtshauses X. Bezirk Kepplerpl. 5 statt. Blei und Papier für Notizen mitbringen. Eintritt frei.

Tagesheimstätten für Kriegerwaisen. Der Stadtrat hat nach einem Antrage des Stadtrates von Steiner der Errichtung von 2 Tagesheimstätten für Kriegerwaisen im XVI. Bezirk, Sandleithengasse und im X. Bezirk, Hardtmuthgasse durch die Militärbauabteilung des Militär-Kommandos zugestimmt.

Ueberlassung von militärischen Arbeitskräften. Gesuche gewerblicher Unternehmungen um Ueberlassung von aktiv dienenden Mannschaftspersonen zur Verwendung in Gewerbebetrieben unterliegen dem Stempel von 2 K von jedem Bogen; Beilagen sind mit 50 h für jeden Bogen zu stempeln.

Vom Versorgungsheim. Der Stadtrat hat nach einem Antrage des StR. Dr. Haas für die Einrichtung des 3. Stockwerkes im Pavillon I des Versorgungsheimes als Krankenabteilung für Kranke aus dem Zivilstande einen Betrag von K 30.181⁵⁰ bewilligt.

Vorrückung von Lehrpersonen. Der Stadtrat hat nach einem Antrage des StR. Tomola Marie Zinnagel zur Volksschullehrerin I. Klasse, Margarete Pils, Marie Richter, Anna Hanke und Alexandra Zelniczek zu Volksschullehrerinnen II. Klasse, Anton Zehentner zum Volksschullehrer II. Klasse ernannt.

Eine neue Kriegsküche. Der Stadtrat hat nach einem Antrage des StR. Gebhart der Kriegsküchen - Aktien der Erzherzogin von Parma einen städtischen Grund an der Gablenzgasse im XV. Bezirk gegenüber der Radetzky - Kaserne zur Errichtung einer Kriegsküche unentgeltlich und auf Kriegsdauer zur Verfügung gestellt.

27. Jahrgang. Wien, Donnerstag, 11. Oktober 1917 Nr. 352

Ueber ehung von Auszeichnungen. Bürgermeister Dr. Weiskirchner nahm heute in der üblichen feierlichen Weise die Ueberreichung einer Reihe von Auszeichnungen vor. Hiezu hatten sich eingefunden: Vizebürgermeister Hess, der Obmann des Bürgerklubs Stadtrat von Steiner, der Präsident der Bürgervereinigung Stadtrat Brauneiß, die Stadt- und Gemeinderäte Drößler, Fröb, Gebhart, Goldbeck, Jung, Körber, Laubek, Jos. Müller, Partik, Richter, Reth, Rumelhardt Spalowsky, Schneider, Wawerka, Wippel und Zatzka, die Bezirksversteher kaiserl. Rat Wininger und Hruza, Bezirksversteherstellvertreter Schelz, der gewesene Landtagsabgeordnete Anderle, die Handelskammerräte Zesewitz und Weidner, Ortsschulrat-Obmann Zeithammel, Bezirksschulinspektor Franz Tremel, weiters vom Magistrate die Obermagistratsräte August Mayer, Arzt und Dr. Winkler, die Magistratsräte Fermanek, Dr. Krzisch, Dr. Lederer, Dr. Madjara und Schaufler, Magistratssekretär Paul, Branddirektor Jenisch u. a.

Vererst überreichte der Bürgermeister dem Exerziermeistern Jehann Dengler und Ferdinand Faulk, sowie dem Kutscher Franz Hechschartner der städt. Feuerwehr, sowie den Mitgliedern der freiwilligen Feuerwehren Jehann Tichy (Weidling), Josef Walter (Hütteldorf), Leopold Dücke und Stefan Scharf (Leopoldau) die Ehrenmedaille für Feuerwehr und Rettungswesen, sowie dem Exerziermeister der städt. Feuerwehr Jehan Dengler ein Ehrengeschenk der Gemeinde.

Hierauf nahm der Bürgermeister die Beeidigung einer Reihe neuernannter Bürger vor und führte in seiner Beeidigungsansprache aus: Sie treten heute ein in die stolzen Reihen der Wiener Bürger, die seit Jahrhunderten den Ruf genossen haben, treu zu Kaiser und Reich zu stehen. Gerade in unserer Zeit wird es erhöhte Aufgabe des Wiener Bürgertums sein, sich fest zusammenzuscharen zum Kampfe für Kaiser und Reich und auch dafür einzutreten, daß nach Abschluss dieses Krieges wieder jene Verhältnisse eintreten, die die Arbeit zum wirtschaftlichen Aufschwunge und zur Blüte unserer Stadt ermöglichen. Insbesondere der gewerbliche Mittelstand hat in diesem Kriege schwer gelitten und wir wissen nicht, wieviele von denen, die heute an den Fronten stehen, nach ihrer Rückkehr wieder im Stande sein werden, ihre gewerbliche Existenz aufzurichten. Da wird es Aufgabe der Gemeinde, wie des Landes und des Staates sein, alles aufzubieten, um diese wirtschaftlichen Existenzen vor dem Untergange zu retten. Es lebt in mir die feste Ueberzeugung, daß ohne einen gewerblichen Mittelstand das Gedeihen der Stadt nicht gewährleistet erscheint. Jene Hunderttausende, die im Laufe der Zeit in Wien als Bürger ein ehrsameres Gewerbe betrieben haben, haben erst den wirtschaftlichen Aufschwung der Stadt ermöglicht und so soll es auch in Zukunft bleiben. Es darf nicht dazu kommen, daß einige wenige Milliardäre der proletarisierten Masse der übrigen Bevölkerung gegenüber stehen. Wir wollen ein selbstbewusstes starkes Wiener Bürgertum haben, welches getreu seinen Traditionen auch weiter sorgt und schafft zur Ehre, zum Ruhme und zum Ansehen unserer geliebten Stadt. Lebhafter Beifall folgte diesen Worten des Bürgermeisters.

Nun nahm der Bürgermeister die Beeidigung des kaiserl. Rates und Handelskammer Rates Franz Wegel-Leckl vor, welche vom Gemeinderate das Bürgerrecht mit Nachsicht der Taxen verliehen worden war. Der Bürger-

meister feierte in ungemein herzlichen Worten das vieljährige verdienstvolle Wirken auf den verschiedensten Gebieten des öffentlichen Lebens. Vizebürgermeister Hess rühmte die Tätigkeit des Ausgezeichneten im Fortbildungsrate und auf dem Gebiete der Lehrlingsfürsorge.

Sodann nahm der Bürgermeister die Beeidigung des Bezirksrates Anton Schleimer vor, dem als Obmann des Armeninstituts-Favoriten die gleiche Auszeichnung verliehen worden war. Bei der Beeidigung des Volksschuldirektors i. R. Josef Plail, dem ebenfalls das Bürgerrecht mit Nachsicht der Taxen verliehen wurde, sagte Bürgermeister Dr. Weiskirchner in seiner Ansprache u. a.: Die Blüte unseres deutschen Volkes liegt in den Schlachtfeldern weit im Nordosten und am Karst. Es wird Aufgabe der Lehrerschaft sein, mit erhöhter Aufmerksamkeit und voller Hingabe die Kinder unseres Volkes heranzubilden, damit sie baldmöglichst in der Lage sind, die Lücken, die dieser wahnsinnige und unselige Krieg gerissen hat, wieder auszufüllen. Wir Deutsche in Oesterreich haben am meisten in diesen Kriegen gelitten und es ist der hehre Beruf der deutschen Lehrerschaft Wiens, mit allen Kräften mitzuwirken, damit die Wunden, die der Krieg geschlagen, so bald als möglich zur Heilung gebracht werden.

Städtische Kälberzucht. Die Gemeinde Wien hat im Rahmen ihrer Aktionen zur Beschaffung und Sicherstellung von Lebensmitteln seit Dezember 1915 auf dem Gute Sachsengang eine Milchwirtschaft mit ungefähr 500 Kühen eingerichtet. Die Milch wird zum Teile an das städtische Jugendamt, zum Teil an städtische Anstalten abgegeben. Weil eine reine Abmelkwirtschaft jedoch nicht gerechtfertigt und das durchwegs hochwertige und zum Teile sehr junge Material zur Weiterzucht geeignet erschien, hat sich die Gemeinde entschlossen, mit der Kühehaltung auch Zucht zu betreiben. Die aus der Zucht abfallenden Kälber können auf Sachsengang mangels der erforderlichen Voraussetzungen nicht aufgezogen werden. Infolgedessen war die Gemeinde fortgesetzt bemüht, einen für die Jungviehaufzucht geeigneten Besitz ausfindig zu machen.

Ein solcher geradezu vorzüglich geeigneter Besitz fand sich in den bei Kritzdorf gelegenen, dem regierenden Fürsten von und zu Liechtenstein gehörigen Maierhöfen Freiberg- und Weisser-Hof. Letzterer liegt auf der Höhe zwischen Kritzdorf und Hadersfeld an der von Klosterneuburg-Kierling nach Hadersfeld-Greifenstein führenden Straße in landschaftlich sehr schöner ruhiger Gegend. Der Hof umfasst 233 Joch Gründe u. zw. Gärten, Aecker, Wiese und Weide, sowie eine Reihe von Gebäuden. Derzeit bietet er die Möglichkeit der Aufzucht und Haltung von 170 Stück Jungrindern und der für die Bewirtschaftung erforderlichen Zucht- und Nutztiere. Diese Aufzuchtmöglichkeit könnte durch extensive Wirtschaft erheblich ausgedehnt werden.

In der heutigen Sitzung des Stadtrates wurde vom StR. von Steiner ein eingehender Bericht über diese Angelegenheit erstattet. Er wies insbesondere darauf hin, dass die Erwerbung von landwirtschaftlichen Betrieben in der künftigen Wirtschaftspolitik der Gemeinden eine bedeutende Rolle spielen wird. Die Pachtung der genannten Höfe soll der Approvisionierungstätigkeit der Gemeinde Wien neue Richtlinien eröffnen. Der Berichterstatter betonte weiters, dass es auch möglich wäre, einen Teil der Liegenschaft für Zwecke der Jugendfürsorge zu nehmen. Bezüglich der Bewirtschaftung des Gutes verwies StR. von Steiner auf die guten Erfahrungen, welche das Land Niederösterreich mit der Beschäftigung von harmlosen Irren auf dem Gute Haschhof in der Landwirtschaft gemacht habe und regte an, in der Zukunft auch auf dem neuen Gemeindebesitze solche landwirtschaftliche Arbeiter zu verwenden.

Der Stadtrat beschloss nach dem Antrage des Berichterstatters den bezeichneten Besitz für die Aufzucht von Kälbern und Jungtieren auf die Dauer von 12 Jahren gegen Entrichtung eines Pachtschillings von je K 4725.- in den ersten 2 Pachtjahren und einer 20% igen Steigerung in den restlichen 10 Jahren zu pachten und den Magistrat zu beauftragen, über die käufliche Erwerbung des Gutes oder über die Verlängerung der Pachtdauer auf mindestens 30 Jahre Verhandlungen einzuleiten, sowie über die eventuelle Verwendung des Besitzes für Zwecke der Jugendfürsorge zu berichten.

An der Debatte über diesen Gegenstand beteiligten sich die StR. Dr. Hein, Angermayer und Knoll.

Der selbstgemachte Schuh. Morgen (Freitag) findet ein Vortrag über die Selbstanfertigung von von Straßen- und Hausschuhen im Gemeindehause IX. Währingerstraße 43, am Samstag im Amtsgebäude XVIII. Währingerstraße 124, Eingang Martinstraße, jedesmal um 4 Uhr nachmittag statt. Freier Eintritt. Da die Vortragende in der nächsten Woche Wien verlässt, wollen sich Vereine, welche Vorträge wünschen, direkt an Frau Walter, VII. Kirchengasse 41 wenden.

NE Der heutigen Ausgabe liegt eine Verordnung über Nahrungsmittelzubaßen für schwangere und stillende Frauen bei. Es wird aufmerksam gemacht, dass stillende Mütter, welche bereits im Besitze von Haferreis stehen, keine weiteren Zubaßen erhalten.

Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Herausgeber und verantm. Redakteur Franz Michew,
Wien, 1., Neues Rathaus.

27. Jahrgang. Wien, Freitag, 12. Oktober 1917 Nr. 353.

Gänseverkauf. Mergen (Samstag) werden polnische Gänse zu 8.50 Kr. für das Kg an folgenden Stellen verkauft: Josef Leiss, 1. Bez. Singerstrasse 26; Anton Dechant, 3. Bez. Gressmarkthalle; Karl Eigner, 4. Bez. Naschmarkt; Heinrich Schweifer, 6. Bez. Markthalle-Damböckgasse; Mad. Kreitenitsch, 7. Bez. Markthalle-Burggasse; Alois Fangler, 9. Bez. Markthalle-Nussderferstrasse; Theresia Gay, 11. Bez. Markt - Eugenplatz; Maria Fritz, 14. Bez. Markt-Braunhirschengasse; Susanne Antl, 15. Bez. Markt-Meiselstrasse; Friedrich Barilitsch, 16. Bez. Markt-Nep. Vogelplatz; Johann Fretzler, 17. Bez. Hernalserhauptstrasse 20; Berta Hredeck, 18. Bez. Kutschkergasse 24; Elisabeth Kazil, 19. Bez. Heiligenstädterstrasse 144; Andreas Grimm, 21. Bez. Markt am Spitz.

Verkehrungen gegen das Einfrieren der Gasmesser. Die städtischen Gaswerke werden wegen ihres unzureichenden Personalstandes nicht in der Lage sein, bei Störungen der Gasabgabe, die durch das Einfrieren der Gasmesser hervorgerufen werden, rasche Abhilfe zu schaffen. Es empfiehlt sich daher, der Kälte oder starker Zugluft ausgesetzte Gasmesser rechtzeitig durch eine abnehmbare Holzverkleidung, Verschliessen der Kelleröffnungen und dgl. zu schützen. Das Umhüllen der Gasmesser mit Stroh, Lappen u. dgl. ist zu vermeiden.

Zur Lebensmittelversorgung. In der gestern unter dem Versitze des Bürgermeisters abgehaltenen Sitzung des Stadtrates führte Stadtrat Spalewsky lebhafteste Beschwerde, dass sich die Regierung gegenüber der wiederholt vom Stadtrate in einstimmigen Beschlüssen geforderten Zulassung des Stückgüterverkehrs sowie der Zulassung des Rucksackverkehrs noch immer ablehnend verhalte und nur eine Ausnahme zugelassen habe, nämlich beim Kartoffelbetuge, wesshalb sich das Recht der Selbstversorgung auch auf die Eltern, Kinder und Geschwister des landwirtschaftlichen Unternehmers erstreckt. Die Vorgänge, welche sich auf den Eisenbahnen und den Wiener Bahnhöfen bei den unterschiedlichsten Beschlagnahmen selbst der kleinsten vom Lande hereingebrachten Lebensmittelmengen abspielen, haben in der Bevölkerung den tiefsten Unwillen erregt. Die Bevölkerung weiss auch nicht, was mit diesen konfiszirten Lebensmitteln geschieht und schenkt auch der amtlichen Erklärung, dass diese in den Spitälern zur Verwendung gelangen, keinen rechten Glauben. Dass durch das rücksichtslose Beschlagnehmen fast nur der ärmere Teil der Bevölkerung getroffen wird, muss wohl nicht erwähnt werden, da es den Reichen nur allzuleicht gelingt, sich in manchen Kaffeehäusern der Leopoldstadt das zu verschaffen, wozu der ärmere Teil des Volkes beschwerliche Bahnfahrten und stundenlange Wanderung auf sich nimmt. Aus allen diesen Gründen stellt Redner den Antrag: Der Bürgermeister wird ersucht beim Ministerpräsidenten und beim Leiter des Volksernährungsamtes Minister Höfer gegen die Verfügung des Statthalters betreffend den Rucksackverkehr energische Vorstellungen zu erheben, da diese Verfügung die Bevölkerung Wiens auf das Heftigste erregt und beunruhigt. Ueber diesen Antrag entspann sich eine lebhafteste Debatte, an welcher sich VB. Heß, die StRe. Gebhart, Dr. Hein, Knell, Wippel, Brauneis, Hötzel, Müller und Körber beteiligten. Alle Redner führten über die auf den Wiener Bahnhöfen geübte Praxis der Lebensmittelbeschlagnahme lebhafteste Beschwerde und stimmten den Anträge zu. Der gestellte Antrag wurde auch einstimmig zum Beschlusse erhoben.

27. Jahrgang . Wien, Samstag 13. Oktober 1917 Nr. 354.

Erweiterung des Marktes im 15. Bezirke. Um den täglichen Lebensmittelmarkt in der Robert-Hammerlinggasse im 15. Bezirke entsprechend zu vergrößern, besteht die Absicht, die einzelnen Verkaufsstände von der Mariahilferstrasse in diese Gasse zu verlegen und auch noch neue Verkaufsplätze in der Robert-Hammerlinggasse zu schaffen. Auf diesem Markte kommen Lebensmittel aller Art zum Verkauf. Bewerber um solche neue Verkaufsplätze wollen sich in der Marktams-Abteilung für den 15. Bezirk Gasgasse 8/10 ebenerdig im Gassenladen an Wochentagen von 12 Uhr mittags bis 2 Uhr nachmittags einfinden.

Der Tiefbau in den Städten soll endlich durch die Schaffung einer eigenen Lehrkanzel für städtischen Tiefbau an der Wiener technischen Hochschule jene wissenschaftliche Förderung erfahren, die mit Rücksicht auf die grossen Investitionen, die alljährlich und in immer wachsender Höhe für Kanal-Strassen- und Wasserleitungsbauten ausgegeben werden, sich schon lange als notwendig ergeben hat. Auf diese neue Lehrkanzel in Wien soll, wie aus reichsdeutschen Kreisen verlautet, eine allererste Kraft aus Stuttgart berufen werden, was umso begrüssenswerter ist, weil dadurch auf die wachsende Bedeutung des Städtewesen Bedacht genommen würde, und die Vermehrung hervorragender Lehrer an der ersten technischen Hochschule des Reiches die Anziehungskraft dieser Hochschule auf die Studenten aus den Balkanländern vermehrt. Die österr. Städtevertreter und Ingenieure sehen mit Befriedigung dieser Berufung entgegen und hoffen, daß nicht kleinliche Erwägungen in letzter Minute in dieser Angelegenheit auftauchen.

Der selbstgemachte Schuh. Montag nachmittag 3 Uhr findet ein Vortrag über dieses Thema im Sitzungssaal des Amtshauses 4. Bezirk, Schäfergasse 3 statt. Blei und Papier für Notizen mitbringen. Eintritt frei.

Fleischabgabe an die Mindestbemittelten. In der Woche vom 15. ds. Monats angefangen wird mit Genehmigung des Amtes für Volksernährung an die Mindestbemittelten wieder Wohlfahrtsfleisch zum Preise von 3 K 60 h in den bereits bekanntegebenen Ständen und Geschäften der Grossschlächtereier abgegeben werden. Von den grünen, blauen oder braunen Einkaufsscheinen wird die Ziffer 21 abgetrennt werden. Einzelpersonen erhalten $\frac{1}{4}$ kg, Inhaber von Scheinen lautend bis 5 Personen $\frac{1}{2}$ kg, 6 und mehr Personen 1 kg. Abgabezeit von $\frac{1}{4}$ 7 bis $\frac{1}{2}$ 12 Uhr vormittags an folgenden Tagen A bis F am Montag den 15. G bis I am Mittwoch den 17. K bis R am Donnerstag den 18. S bis Z am Samstag den 20. d. M.

Neue Gemeindeabgaben.

Unter dem Vorsitze des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner fand eine Sitzung des Stadtrates statt, in welcher der Finanzreferent VB. Hoß über verschiedene vom Magistrate ausgearbeitete Steuervorschläge Bericht erstattete. Von diesen Vorschlägen wurden gemäss den Anträgen des Berichterstatters die Einführung einer Abgabeordnung von Glühlampen, von Musikinstrumenten, einer Abgabe für Dienstboten, einer Fenster- und einer Billiardabgabe abgelehnt.

Die Einführung einer Steuer vom gemeinen Werte wurde mit Rücksicht auf die Neuordnung der Wertzuwachssteuer einem späteren Zeitpunkte vor-

behalten und der Magistrat beauftragt, diese Vorlage in Evidenz zu halten.

Die Abgabeordnung betreffend die Einhebung einer Gemeindeabgabe von Kraftfahrzeugen sowie eines Gemeindeguschlages zur staatlichen Spielkartenstempelgebühr und die Neuordnung der Abgabe von Liegenschaften im Wiener Gemeindegebiete (Bodenwertzuwachssteuer) wurden zum Beschlusse erhoben.

Letztere wurde dadurch notwendig, dass die der Gemeinde Wien bewilligte Abgabe mit Ende 1917 erlischt. Die gemachten Erfahrungen führten dazu eine Reihe von Abänderungen der Abgabeordnung dem Gemeinderate vorzuschlagen, welche einige Härten der jetzigen Abgabeordnung beseitigen sollen. Davon ist insbesondere zu erwähnen, dass dem Veräusserer eines Grundstückes auch die Baukosten gutzurechnen sind. Dagegen wurden bei absolut hohen Wertzuwachsgegewinn die ordentlichen Abgaben durch einen Zuschlag erhöht, welcher bei einem Wertzuwachs von mehr als 50000 K 5%, bei mehr als 100000 K 10%, bei mehr als 250000 K 20% und bei mehr als 500000 K 30% beträgt. Unter die persönlichen Befreiungen wurden auch Stiftungen und gemeinnützige Bauvereinigungen aufgenommen.

Ferner wird dem Gemeinderate ein Antrag vorgelegt werden, den städtischen zum Gebührenequivalente von 10 auf 20% zu erhöhen.

NB. Abgabeordnung für Bodenwertzuwachssteuer, Kraftfahrzeuge und Spielkartenstempelgebühr liegt bei.

Professor Hans Wagner. Bürgermeister Dr. Weiskirchner hat an Professor Hans Wagner nachstehendes Schreiben gerichtet: Anlässlich Ihres 25 jährigen Dirigentenjubiläums drängt es mich, Ihnen, verehrter Herr Professor, namens der Stadt Wien die wärmsten Glückwünsche auszusprechen. Die großen Verdienste, die Sie sich um das österreichische, und insbesondere um das Wiener Musikleben erworben, sichern Ihnen, verehrter Herr Professor, einen Ehrenplatz in unserer heimischen Musikgeschichte. Die Stadt Wien, in deren Dienst Sie, verehrter Herr Professor, zu wiederholten Malen Ihre große Kunst stellten, versichert Sie dankbaren Sinnes ihrer hohen Wertschätzung und Verehrung.

Sitzungen im Rathaus. Der ^{Gemeinderat} hält in der kommenden Woche am Mittwoch den 17. d. um 5 Uhr nachmittags eine Sitzung ab. Auf der Tagesordnung stehen 37 Geschäftstücke darunter die Einführung neuer städtischer Abgaben, die Pachtung zweier Maierhöfe, verschiedene Bauangelegenheiten, Subventionen u.a. - Der Stadtrat tritt Donnerstag Vormittag zu einer Sitzung zusammen.

Kartoffelabgabe. Sonntag und Montag werden auf den Märkten keine Kartoffeln abgegeben. Die auf den Kopf entfallende Wochenmenge von Kartoffeln wird für nächste Woche wieder mit 1 kg festgesetzt. Die Abgabe erfolgt gegen Durchlochung der Ziffer 3 der neuen gelben oder blauen Mehlbezugskarte. Die Kartoffeln werden in folgender Ordnung abgegeben: Dienstag Buchstaben A - G, Mittwoch H - K, Donnerstag I - P, Freitag Q, R, S, St und Samstag S - Z, sowie Nachzügler. Die Abgabe ist an den Wohnbezirk gebunden und erfolgt bei den üblichen Abgabestellen.

Stiftung. Im November gelangen die Zinsen der Georg und Anna Fillgrader'schen Stiftung zur Verteilung. Anspruch auf Beteiligung haben nur Bürger von Wien, welche infolge von Unglücksfällen in momentane Notlage gekommen sind; Bürger der ehemaligen Vorstadt Laingrube genießen von allen anderen Bewerbern den Vorzug. Gesuche um Beteiligung sind bis längstens 15. Oktober in der Kanzlei des Bezirksausschusses Mariahilf, Amerlingstrasse 6 einzubringen.

355

WIENER RATHHAUSKORRESPONDENZ.

Samstag 13. Oktober 1917. Abendausgabe Nr. 355.

Rayonierung des Kohlenbezuges. Es wurde die Wahrnehmung gemacht, dass sich trotz der umfassenden Bekanntmachung der Magistratskundmachung betreffend Kohlenkarte, Bezugsscheine und Abgabestellen und trotz der wiederholten Erläuterungen in den Tagesblättern noch immer eine Anzahl von Wohnungsinhabern nicht um die Kohlenkarte beworben haben oder zwar im Besitze einer Kohlenkarte sind, sich aber noch immer nicht zu einer städtischen Kohlenabgabestelle rayonieren ließen. Es wird daher nochmals darauf aufmerksam gemacht, daß jeder Wohnungsinhaber ehestens die vorgeschriebene Erklärung bei seiner zuständigen Brot- und Mehlkommission abzugeben hat und sich bei einem Händler rayonieren lassen müssen, da mit 16. d. M. diese Anmeldungen abgeschlossen werden. Die städtischen Kohlenabgabestellen haben mit 16. d. M. die Kundenliste abzuschließen und der Behörde die Kontrollabschnitte aller jener Kunden einzusenden, welche bei ihnen rayoniert sind. Die Belieferung der städtischen Kohlenabgabestellen erfolgt nur auf Grund der abgegebenen Kontrollabschnitte, d. h. jeder Abgabestelle wird nur soviel Kohle zugewiesen, als sie nachweislich Kunden hat. Da bereits mit 4. November die Kohlenkarte in Kraft tritt, kann die Anmeldung zur Rayonierung nicht weiter hinausgeschoben werden, um rechtzeitig mit der Aufteilung der Kohle auf die einzelnen Abgabestellen fertig zu werden. Auf Nachzügler kann keine Rücksicht genommen werden und müssen sich diese die Folgen selbst zuschreiben, wenn sie am 4. November keine Kohle bekommen und bis auf weiteres auf Wärmestuben und Volksküchen angewiesen sind. Ähnliche Wahrnehmungen wurden gemacht hinsichtlich der Ausfüllung der Fragebögen betreffend Gewerbe, Betriebe und Anstalten. In Wien bestehen rund 120.000 Gewerbebetriebe, Unternehmungen und Anstalten, eingereicht wurde bisher kaum 1/6 der Fragebögen. Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß die Zuweisung der Kohle auf Grund der Bezugsscheine individuell erfolgt und die Säumigen selbst schuldtragend sind, wenn ihnen infolge der verspäteten Ausfüllung und Ueberreichung des Fragebogens der Bezugsschein erst nach dem 4. November ausgefolgt werden kann.

356

Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Herausgeber und verantwortl. Redakteur Franz Michew,
Wien, I., Neues Rathaus.

27. Jahrgang . Wien, Montag 15. Oktober 1917. Nr. 356.

Kohlenabgabe aus den städtischen Lagerplätzen. Die durch die behördliche Regelung des Kohlenbezuges angeordneten Vorschriften wurden auch auf den städtischen Kohlenverkaufsplätzen durchgeführt und an Stelle des Verkaufes in Mengen von 12½ und 25 kg trat nunmehr die Abgabe von 35 beziehungsweise 50 kg Braunkohle. Diese Anordnung hatte selbstverständlich eine bedeutende Rückwirkung auf den Verkauf selbst, insbesondere aber auf die Zahl der erschienenen Parteien, da jeder Haushalt nunmehr die Kohle nur einmal in der Woche abholen konnte. Der fuhrenweise Verkauf in den Monaten August und September wurde weiter eingeschränkt. Der Kleinverkauf an Steinkohle erfolgt wie in den Vormonaten nur auf dem städtischen Kohlenverkaufsplatz „Asmayergasse“, wo im Monate August 10.882 q an 38.715 Parteien, im Monate September 13.525 q an 39.198 Parteien abgesetzt wurden. Dieser Zusammenstellung ist zu entnehmen, daß der Kleinverkauf auch in den Monaten August und September ein steigender war und sich die Gesamtmenge von 151.000 q im Juli auf 170.000 q im September erhöht hat. Der Gesamtverkauf hat sich allerdings infolge Einschränkung des fuhrenweisen Absatzes vermindert.

Die Butterabgabe. Da die Zufuhr der Auslandsbutter sich um einige Tage verzögert hat, wird in den meisten städtischen Abgabestellen in der laufenden Woche die Ausgabe von Butter und Margarine erst ab Donnerstag erfolgen.

Dänische -Decken- Aktion " für Kriegerheimstätten. Am 12. d.M. besichtigte Erzherzogin Isabella mit ihrer Tochter Erzherzogin Gabriele in Begleitung der Hofdame Gräfin Szczeny die im Asyl und Werkhause der Stadt Wien untergebrachte Dänische Decken-Aktion für Kriegerheimstätten. Zum Empfange fand sich der Vorstand der Zentrale der Fürsorge Obermagistratsrat Dr. Dont ein, welcher den derzeitigen Leiter der Aktion Verwalter Decker vorstellte. Es wurden sowohl die Dän.Decken-Aktion, wie auch die für Zwecke der Kriegerfürsorge adaptierten Räume und die übrigen Arbeits- und Asylräume der Anstalt eingehend besichtigt. Nach nahezu einstündigem Aufenthalte entfernten sich die höchsten Herrschaften mit Ausdrücken der Anerkennung über das Gesehene.

Preiszuerkennung für Schrebergärtner. Wie seit Jahren so hat die Stadt Wien auch für das Jahr 1917 eine grössere Anzahl von Preisen für die besonders zweckmässige und eifrige Bearbeitung von Schrebergärten bewilligt und Sonntag vormittags fand durch Bürgermeister Dr. Weiskirchner die feierliche Ueberreichung der Preise statt. Hierzu hatten sich eingefunden die VB. Hierhammer, Hoß und Rain, die GR. Hilscher, Huschauer, Komrowsky, May, Josef Müller, Partik, Philp, Stiegmeth, Spalowsky und Wippel, Oberpolizeirat Dr. Pamer, ^{die} Obermagistratsräte ^{Parvokka} Dr. Winkler, die Magistratsräte ^{Dr. Jarmick} Kormanek und Dr. Sagmeister, Oberkommisär Dr. Mayr, Stadtgartendirektor Hybler und Stadtgärtner Kinast. In seiner Ansprache wies der Bürgermeister auf die Erschwernisse der Tätigkeit der Schrebergärtner im heurigen Jahre hin, umschöner müsse der verhältnismässig gute Erfolg gewertet werden, da die Schrebergärten den Markt, auf dem das Gemüse heuer sehr knapp war, entlastet haben.

In scharfen Worten drückte der Bürgermeister das Vorgehen jener Schädlinge, welche einen Mangel an Gemeinsinn zeigten, indem sie die Produkte von den Gärten an sich nahmen und sprach die Erwartung aus, daß sein Apell genügen werde, um künftighin derartige Vorkommnisse hintanzuhalten. Die Zahl der Prämien wurden von 226 und 550 in den zwei früheren Jahren heuer auf 680 erhöht, eine Folge des Umstandes, dass sich die Anzahl der Gärten seit seit 3 Jahren fasst verdreifacht hat. Der Bürgermeister wies auf den hohen Wert der Schrebergärten in ethischer und moralischer Beziehung hin und betonte die Notwendigkeit, daß diese Gärten im Weichbilde der Stadt dauernd erhalten werden. Die Zuerkennung von Preisen soll den Schrebergärtnern den Beweis liefern, daß ihr Wirken von der Allgemeinheit geschätzt werde. Der Bürgermeister schloss mit dem Versprechen, dass die Gemeindeverwaltung auch ferns-hin dem Schrebergartenwesen die werktätigste Hilfe angedeihen lassen werde. Stadtrat Müller erstattete nun einen kurzen Bericht als Obmann des Preisgerichtes, worauf der Präsident des Verbandes der Schrebergärtner Nikolaus und der Obmann Schulz des Vereines „Espace“ in Meidling der Gemeindeverwaltung insbesondere dafür den Dank aussprachen, dass sie durch Ueberlassung von Samen, Setzlingen und Saatkartoffeln den Schrebergärtnern ermöglichte, die Bodenprodukte zu gewinnen. Die Bürgerschulerin Frieda Kortora (Kolonie „Neubrasilien“) trug nun mit guter Betonung ein Gedicht vor, welches auf die Feier Bezug hatte, worauf die Preisverteilung vorgenommen wurde. Als Preis wurde eine Zehn-Kronen-Note in einem Ledertäschchen gegeben, welches auf der Aussenseite das Wappen der Stadt Wien und die Jahreszahl 1917 aufweist. In seinem Schlusswort teilte der Bürgermeister mit, dass der Kaiser in hochherziger Weise die grosse Wasserwiese im Prater für Schrebergartenzwecke überlassen habe und brachte ein Hoch auf den Monarchen aus, in welches die ganze Versammlung begeistert einstimmte. Die Schrebergartenvereine in Kaisermühlen, Favoriten und „Neubrasilien“ hatten Prachtexemplare ihrer selbstgezogenen Gemüse- und Obstsorten in den Festsaal mitgebracht, die allgemeine Bewunderung und Beifall fanden.

Erhöhung der Verpflegsgebühr in den Armenhäusern. Die Insassen des Grundspitales „Im Werd“ im 2. Bezirk erhalten aus Gemeindemitteln ein Handgeld von je 46 h täglich, weiters aus Stiftungsmitteln monatlich 3 K als Brotgeld, sowie die jährlichen Stiftungserträge nisse von rund 3.000 K und im Falle der Erkrankung an Stelle des Handgeldes die volle Verpflegung. Die Insassen der Armenhäuser in den äusseren Bezirken beziehen ein Handgeld von je 52 h täglich und in einzelnen Armenhäusern werden auch aus Stiftungen und Widmungen Beträge verteilt. Da diese Bezüge nicht mehr ausreichen, um die Bedürfnisse der Pflinglinge zu decken, wenn man auch annehmen kann, dass diese Leute sich durch leichtere Arbeiten noch etwas verdienen und von ihren Angehörigen unterstützt werden, beschloss der Stadtrat nach einem Antrage des Stadtrates Dr. Haas, das Handgeld auf 1 K zu erhöhen. Die jährlichen Mehrkosten beziffern sich mit 35.500 K. Ueber Antrag der Armeninstitutsvorsteherung können die Pflinglinge der Armenhäuser in ein Versorgungshaus der Stadt Wien übernommen werden wenn sie aus irgend einem Grunde in den kleinen Armenhäusern nicht mehr bleiben können.

357

Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Herausgeber und verantwortl. Redakteur *Franz Mitzner*,
Wien, I., Neues Rathaus.

27. Jahrgang - Wien, Dienstag 16. Oktober 1917. Nr. 374

Uebergangssteg über die Verbindungsbahn. Im Stadtrate berichtete StR. Müller über die Herstellung eines Uebergangssteges über die Verbindungsbahn im Zuge der Altmannsdorferstrasse im 12. Bezirk. Nachdem das Eisenbahnministerium durch seine Haltung in der Kostenfrage die Errichtung des Steges dormalen unmöglich macht, wurde nach dem Antrage des Berichterstatters beschlossen, an das Eisenbahnministerium mit dem Ersuchen heranzutreten, wenigstens für Fussgeher einen eigenen Durchlass zu schaffen, der später als der Fahrbahnschranken geschlossen wird, wie es bereits in der Breitenfurterstrasse bei der Bahnübersetzung der Donauuferbahn der Fall ist.

Verband österreichischer Gaswerke. Am 6. d.M. fand in Wien die gründende Versammlung des Verbandes österreichischer Gaswerke statt. Zweck des Verbandes, der seinen Sitz in Wien hat, ist, die Interessen der in ihm vereinigten Gaswerke in jeder Hinsicht zu wahren und zu fördern. Dem Verbands gehören bereits 45 Gaswerke an; ihre Jahreserzeugung beträgt 69 v. H. der Jahreserzeugung der gesamten österreichischen Gaswerke. Der Verband ist daher schon heute als der berufene Vertreter der Gasindustrie Oesterreichs anzusehen.

Butterpreise. Die Preise im Kleinverkaufe wurden für 12 dkg ausgeschchnittene Ware mit K 1.87, für 12 dkg pakettierte Ware mit K 1.89 bestimmt.

Der Dank der waffenbrüderlichen Vereinigung. Die reichsdeutschen Teilnehmer an der Tätigkeit der waffenbrüderlichen Vereinigung in Baden haben den Bürgermeister Dr. Weiskirchner auf telegraphischem Wege noch einmal den herzlichsten Dank für den freundschaftlichen und schönen Empfang in Wien zum Ausdruck gebracht.

Bezirksratsitzungen. Die Bezirksvertretung Leopoldstadt hält am 18. d. 5 Uhr nachmittags, die Bezirksvertretung Brigittenau am 24. Oktober um 6 Uhr abends eine Sitzung ab.

Der Zentralverband von gewerblichen Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften Niederösterreichs hält am Donnerstag 18. Oktober 1/5 Uhr nachmittags im Sitzungssaale des alten Rathauses (I. Wipplingerstrasse 8) eine ausserordentliche Generalversammlung ab. Tagesordnung: Ansprache des Präsidenten des Aufsichtsrates Landesausschuss Biehlohlawek; Bericht der Geschäftsleitung und des Aufsichtsrates; Antrag auf Abänderung des Gesellschaftsvertrages durch Erhöhung des Stammkapitales von K 840.000 auf K 900.000; Genehmigung des Gesellschaftsvertrages mit der Einkaufsstelle der Gemeinschafts- und Kriegsküchen; Petition an die Regierung und die beiden Häuser des Reichsrates wegen endlicher Schaffung der Genossenschafts-Zentralkassa.

Neue Armenräte. Der Stadtrat hat die Wahl des Josef Cortella zum ersten Obmann-Stellvertreter des Armeninstitutes Hernals (Berichterstat- ter StR. Grünbeck), des Anton Reither zum Obman, des Leopold Wolf zum ersten und des Julius Frinz zum zweiten Obmann-Stellvertreter und des Josef Groß zum Schriftführer-Stellvertreter des Armeninstitutes Wäh- ring bestätigt (Berichterstat- ter StR. Dechant).

Brennstoff für Arme. Der Stadtrat genehmigte für den kommenden Winter gleichwie in den Vorjahren eine Beteiligung von Armen mit Kohle. Für diesen Zweck stehen heuer rund 147.000 K zur Verfügung.

Fürsorgezentrale im Rathaus. Unter dem Vorsitze des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner und in Anwesenheit des Vize-Bürgermeisters und der Vertreter des Gemeinderates, des n.ö. Landesausschusses, des Platzkommandos, der Poli- zeidirektion und des Magistrates fand heute die 12. Sitzung des Ausschus- ses der Fürsorgezentrale im Rathause statt. Nach Genehmigung des Rechnungs- abschlusses der Zentralstelle über das 1. Halbjahr 1917 wurde der 3. Tätig- keitsbericht des wirtschaftlichen Hilfsbüros der Gemeinde Wien für Privat- angelegenheiten der Einberufenen mit dem verbindlichsten Danke an den Obmann Exzellenz Dr. von Wittek und seine Mitarbeiter zur Kenntnis genommen. Magistrats-Sekretär Gold berichtet über die Ferienjugendfürsorge während des abgelaufenen Sommers; der für diese Zwecke an die k.k. Bezirksschul- räte und an Jugendfürsorgevereine zur Verteilung gelangte Betrag von 120.000 K wurde genehmigt.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner wies auf die Notwendigkeit hin, der unbemittelten Bevölkerung im kommenden Winter auch am Abend eine warme Nahrung zu bieten und erklärte, die vorbereitenden Schritte für diese Aktion bereits unternommen zu haben. Es soll die unentgeltliche Verab- reichung warmer Suppe am Abend organisiert werden; in den bestehenden Kriegsküchen, in den Shipen- und Teeanstalten, in den Wärmestuben sei die Gelegenheit gegeben für die Zubereitung der Suppe, die Versendung an die einzelnen Abgabestellen könne leicht durch Fahrküchen besorgt werden. Er bitte um die Genehmigung, diese Aktion aus den Mitteln der Zentralstelle durchführen zu können. In der hierüber abgeführten Debatte wurde die be- absichtigte Aktion allenthalben aufs wärmste begrüsst und dem Bürgermeister einstimmig die Genehmigung erteilt, die Abendausspeisung im Sinne seiner Anregungen aus den Mitteln der Zentralstelle durchzuführen.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner teilt ferner mit, dass er mit Rücksicht auf die zunehmende Inanspruchnahme der der Zentralstelle zur Verfügung stehenden Mittel und das Sinken der durch die Privatwohlthätigkeit ein- langenden Spenden an das Amt für Volksernährung wegen Heranziehung von Hilfsaktionsmitteln zur Deckung der Kosten der unentgeltlichen Ausspeisung herangetreten sei; das Amt für Volksernährung habe sich bereit erklärt, einen Teil der Kosten für die unentgeltliche Ausspeisung jeweilig unter ge- wissen Voraussetzungen aus staatlichen Mitteln zu decken. Der Erlass des Volksernährungsamtes wurde dankend zur Kenntnis genommen und über eine An- regung des GR. Reumann hiebei der Wunsch ausgedrückt, dass der staatliche Beitrag ein dauernder und für gewisse Zeiträume im vorhinein zu leistender sei.

GR. Skaret bemängelte Vorgänge beim Bezuge der Kleiderkarte und ver- langte, dass Unbemittelte von den harten Bestimmungen der bezüglichen Ver- ordnung (Rückgabe eines alten Kleidungsstückes, Bezugsrecht auf eine Klei- derkarte nur unter gewissen Voraussetzungen u.dgl.) befreit werden.

Der Bürgermeister erklärte, dass die Verordnung überraschend gekommen sei, der Magistrat aber alles aufbieten werde, ^{damit die} die Mängel, die insbe- sondere bei Durchführung der Uebergangsbestimmungen zu Tage treten, ausge- glichen werden.

Obmänner-Konferenz. Unter dem Vorsitze des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner und in Anwesenheit der Vize-Bürgermeister fand heute die 83. Obmänner- Konferenz der im Wiener Gemeinderate vertretenen Parteien statt. Bürger- meister Dr. Weiskirchner machte die Mitteilung, dass im gegenwärtigen Zeitpunkte von Einschränkungen im Betriebe der städtischen Strassenbahn, mit Ausnahme der Reduktion des Verkehrs einiger verkehrsarmer Linien, durch Verlängerung der Intervalle, Abstand genommen werden könne. Viz.Bgm. Hoß berichtete über die Einführung neuer Gemeindeabgaben behufs Bede- ckung des Zinsfordernisses der neuen städtischen Anleihe und brachte die bereits bekannten bezüglichen Stadtratsbeschlüsse vom 12. d. M., die den Gemeinderat in seiner morgigen Sitzung beschäftigen werden, zur Kenntnis. ^{Magistratsrat} Dr. Ehrenberg berichtete hierauf mit Beziehung auf die in der letz- ten Zeit in einigen Tagesblättern erschienene Veröffentlichung über die Obst- ^{zufuhr} für die Marmeladefabrik in Tribuswinkel, stellt die bezügli- chen Angaben richtig, und teilte mit, dass tatsächlich in den letzten Wochen einige Male die Zuschü- ^{be} an Apfel derart überreithlich waren, dass eine sofortige Entladung bei den beschränkten Verkehrsverhältnissen nicht durchgeführt werden konnte. Hiezu seien wiederholte Betriebsstörun- gen auf der Badenet Lokalbahn gekommen, die sogar einige Male zur tag- weisen Einstellung des Güterverkehrs führten. Sobald grössere Anhäufungen von Waggons festgestellt wurden, seien zur Hintanhaltung des Verderbens des Obstes Abdirigierungen auf die Wiener Bahnhöfe vorgenommen worden. Die Ursache dieser überreithlichen Zufuhr, die sich nicht nur bei den Marmeladenfabriken, sondern auch auf Wiener Bahnhöfen fühlbar machte, sei ausser in der ungewöhnlich reichen Apfelernte darin zu suchen, dass Ende September und anfangs Oktober die nicht haltbare Sommerware von den Pro- duzenten, die Platz für die Winterware brauchten, abgestossen werden muss- te. Alle diesbzüglichen telegrafischen Aufträge und Weisungen seien frucht- los geblieben. Was den in einem gestrigen Abendblatte angeführten speziel- len Fall des 12. Oktober betrifft, sei es vollständig unrichtig, dass an diesem Tage 69 Bahnwagen Apfel in der Station Tribuswinkel standen. Es sei durch eine von der Zentraltransportleitung am 13. Oktober dorthin entsendete militärische Kommission vielmehr festgestellt worden, dass an diesem Tage nur 19 Waggons unausgeladen in Tribuswinkel standen.

Der Selbstgemachte Schuh. Morgen (Mittwoch) 3 Uhr nachmittags findet im Gemeindehause des 3. Bezirkes Karl Bowmanplatz 3 der vorletzte und übermorgen Donnerstag 1/3 Uhr nachmittags im Sitzungssaale des alten Rathauses 14. Bezirk Wipplingerstrasse 8 der letzte Vortrag über die Selbstanfertigung von Schuhen statt. Frau Annemarie Walter wird sodann in den grösseren Provinzstädten ihre lehrreichen und nutzbringenden Vor- träge vortsetzen.

358

Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Herausgeber und verantw. Redakteur Franz Michew.
Wien, I., Neues Rathaus.

27. Jahrg. Wien, Dienstag 16. Oktober 1917 abends Nr 358.

Der Bürgermeister über verschiedene Fragen der Gegenwart
und Zukunft.

In den letzten Tagen hielt Bürgermeister Dr. Weiskirchner im 3. und 4. Bezirk glänzend besuchte Versammlungen ab, in denen die Bezirksvorsteher Spitaler und Charwath den Vorsitz führten und welchen auch die Gemeinde-Funktionäre der beiden Bezirke beiwohnten.

Der Bürgermeister Dr. Weiskirchner leitete seine Ausführungen mit einem herzlichen Dank an seine Mitarbeiter - sowohl die Gewählten als die Beamten - ein, anerkannte dankbar die hingebungsvolle Tätigkeit der Lehrerschaft, aber auch der Frauen in den verschiedenen Gebieten der Kriegsfürsorge. Der Bürgermeister setzte dann fort:

Das österreichische Parlament tagt nun seit einigen Wochen wieder unter Kämpfen und Krämpfen. Auf das grosszügige wirtschaftliche Programm des Minister-Präsidenten reflektiert es bis nun wenig, es wird aber ein Budgetprovisorium votieren und hat - das muss ich anerkennend sagen, - eine grosse befreiende Tat vollbracht: Die „Dame in Weiss“, die unter der Regierung des Grafen Stürgkh eine vormärzliche Abneigung gegen Druckerschwärze entfaltetete, an Stelle des freien Wirtes, weisse Flecken setzte, endlich durch Parlamentsbeschluss in ihrer Tätigkeit wesentlich eingeschränkt und auf militärische Nachrichten beschränkt worden. Wenn Graf Stürgkh der Meinung war, durch die Zensur die Bevölkerung vor Beunruhigung zu schützen, war er in einem schweren Irrtum befangen; denn gerade die weissen Flecken erzeugten die grösste Beunruhigung, da sie den phantasievollsten Kombinationen das Feld eröffneten und den Schwarzsehern und Miesmachern ihr trauriges Geschäft förderten. Unter der Herrschaft der Zensur war eine Aufklärungsarbeit unmöglich, denn sie schützte in erster Linie den Grafen Stürgkh und seine Verordnungen, dann aber auch die Kartelle und sonstige Machthaber des grossen Finanzkapitales gegen jeden Angriff und gegen jede Kritik. Wir danken dem Parlamente und der jetzigen Regierung für ihre Einschränkung der Zensur und ich hoffe, dass diese vormärzliche Ahafräule in ihre Klausur zurückkehrt. Wir haben erkannt, dass die Zensur die grösste Gefahr für die bürgerliche Freiheit bedeutete, nicht nur für die Presse, sondern auch für das Vereins- und Versammlungsleben.

Ich erlaube mir, aus meiner reichen Sammlung einige Beispiele der Zensurpraxis anzuführen: Aus einem Telegramm an Erzherzog Eugen bei Uebnahme des Kommandos der Südarmerie wurden die Worte konfisziert: „Möge der Allmächtige unsere Waffen segnen und zum Siege führen und damit den an uns begangenen Verrat rächen“.

Folgender Beschluss unserer Parteileitung wurde durch die Zensur inhibiert: Die Wiener Parteileitung der christlichsozialen Partei hat unter dem Vorsitze des Landmarschalls Prinzen Liechtenstein einhellig beschlossen, angesichts der drückenden Teuerung, welche insbesondere dem kleinen und mittleren Angestellten schwere Lasten auferlegt, bei der Regierung vorstellig zu werden, dass von ihr Kriegszulagen ähnlich wie diese die Gemeinde Wien schon ihren Angestellten zuteil werden liess, den Staatsbeamten der unteren Rangklassen, den sämtlichen Angestellten und insbesondere den Angestellten des Staatseisenbahndienstes gewährt werden. Nachdem sich der christlichsoziale Reichsratsklub diesem Begehren der Wiener Parteileitung angeschlossen hat, begab sich Bürgermeister

Dr. Weiskirchner zum Ministerpräsidenten Grafen Stürgkh, um ihn von dieser Forderung der christlichsozialen Partei in Kenntnis zu setzen und deren Erfüllung nachdrücklich zu begehren. Der Minister-Präsident verschloß sich nicht der Berechtigung dieser Forderung und versprach, sie neuerlich im Ministerrat zur Sprache zu bringen.

In der Frage der „Miles“ wurde aus einem Bericht der Obmänner-Konferenz gestrichen: „Es sei die Gemeinde Wien vorher über die „Miles“ nicht gefragt worden und sie habe auch in dieser Stelle keinen Einfluß erhalten. - Von allen Mitgliedern der Konferenz wird in der nun folgenden Debatte darauf hingewiesen, daß die Regierung die Gemeinde Wien nicht nur nicht unterstütze, sondern ihr geradezu Schwierigkeiten bereite“.

Der Redner beleuchtete sodann abermals die Höchstpreis-Politik der Regierung und ihre Folgen und forderte namens des Wiener Gemeinderates, dass die Regierung endlich mit dem Abbaue der Preise beginnen soll. Was nützen alle Erhöhungen der Gehälter, was nützt die Gewährung von erhöhten Kriegszulagen, wenn die steigenden Preise sofort die Erhöhung verschlingen, zumeist noch über die Erhöhung hinausgehen. Wir bewegen uns in einem circulus vitiosus. In früherer Zeit hatte die Erhöhung der Beamtengehalte wenigstens beim Magistrate für etwa 5 Jahre Stetigkeit. Heute dauert es kaum mehr 3 Monate, dass nicht neuerlich Regierung und Parlament und damit auch die Städte sich entweder mit einmaligen grossen Auskufen oder mit neuerlichen Erhöhungen befassen. Ich gönne allen Angestellten das ausreichende Einkommen und ich habe durch viele Jahre, da ich grossen Aemtern vorstand, stets auf die soziale und materielle Hebung des Standes der Fixangestellten mein volles Augenmerk gerichtet. Infolge der Preissteigerungen haben aber tatsächlich die Festangestellten wenig von den Zuwendungen und es wird die Sachlage nicht besser werden, solange nicht mit dem Abbaue der Preise vorgegangen wird. Ich bin mir bewusst, dass dies nicht von heute auf morgen geschehen kann, aber begonnen muss damit werden, und es muss tatsächlich Befremden erwecken, dass im Parlamente ruhig über eine neuerliche Erhöhung der Zuckerpreise gesprochen werden konnte. Bisher hat die Regierung von ihren Machtmitteln, bestimmend auf eine Herabsetzung der Preise einzuwirken, keinen Gebrauch gemacht oder die Mittel der Regierung haben keine Wirkung erzielt.

Billigerweise muss ich der Regierung zuerkennen, dass auch das gegenseitige Verhältnis von Oesterreich zu Ungarn mit Schuld an den Preissteigerungen ist. Nach einer Schätzung, die nicht von mir, sondern von einem ungarischen Nationalökonom ausgegangen ist, sind im Laufe der 3 Kriegsjahre 15 Milliarden Kronen für Bodenprodukte aus Oesterreich nach Ungarn geflossen. Dabei sperrt die ungarische Regierung die Ausfuhr von Rohware und sichert für die Zukunft die Ausfuhr von Finalprodukten zu. So hatte die Gemeinde Wien 1.000 Waggons Paradeiser fix geschlossen, es kam das Ausfuhrverbot und die Promesse, dass vielleicht Paradeismark zur Ausfuhr zugelassen werde. Die Gemeinde Wien hat grosse Mengen Rohkraut geschlossen, das nunmehr nicht ausgeführt werden darf, doch wurde die Zusicherung gegeben es werde Sauerkraut zur Ausfuhr zugelassen. Seit langem liefert Ungarn keine Frucht, aber doch hier und da Mehl. Der Mahllohn beträgt in Oesterreich bei einem Met. K 3,60, in Ungarn K 5,20; es ist daher begreiflich, dass die ungarische Mahlindustrie den grössten Vorteil aus dem Mehlexporte zieht. Wenn man nun ins Auge fasst, dass die Monarchie ein Kriegsgebiet ist und dass in den Karpaten und in Siebenbürgen auch Oesterreicher für die Integrität der Länder der hl. ungarischen Krone gekämpft und geblutet haben und wenn man weiter würdigt, dass auch ungarische Regimenter mit angestammten Heldenmut an der Isonzofront oder in den Dol-

miten Oesterreichs Reichsgrenzen verteidigen, dann muss man wohl staunen, dass dieses eine Gebiet in zwei Wirtschaftsgebiete zerfällt, deren eines sich gegen das andere absperrt. Die Sachlage ist so, dass unsere Millionen nach Ungarn wandern und was als Rest uns bleibt, geht schliesslich in Steuern des österreichischen Finanzministers auf. Ungarn hat schon seit längerem die politische Macht, Ungarn wird auch eine Geldmacht, welche die Industrialisierung des Landes bis zu jenem Punkte durchführen wird, dass unsere Industrie auch noch ihr letzter Markt verschlossen bleibt. Unsere Regierung scheint gegen diesen Vorgang intransigant zu sein. Ich richte aber meine mahnende Stimme an die Regierung, ihren ganzen Einfluss geltend zu machen, damit diese unhaltbaren Verhältnisse beseitigt werden. In diesen Tagen fällt mir wirklich das alte lateinische Sprichwort ein: Extra Hungariam non est vita, si est vita, non est ita, wenn wir hören, wie gut es noch immer unsern Brüdern über der Leitha geht, während unsere Bevölkerung, die soviel Entbehrung ertragen hat, darbt und nicht die notwendigen Lebensmittel oder diese nur in unzulänglichen Rationen zugemessen erhält.

Unsere Regierung, welche es an Verordnungen wirklich nicht hat fehlen lassen, hat jüngst eine neuerliche erlassen - ich möchte sie die Rucksackverordnung nennen, welche in der gesamten Wiener Bevölkerung die grösste Erbitterung, ja Verzweiflung hervorgerufen hat. Mit einer Rücksichtslosigkeit ändergleichen werden die Rucksäcke, die Hundtaschen der ankommenden Passagiere untersucht, aber nicht nur bei der Ankunft in Wien, sondern auch schon während der Fahrt und kleine Mengen von Lebensmitteln, wie 10 Eier oder eine Flasche Milch werden konfisziert. Ich finde keine gesetzliche Handhabe für dieses Vorgehen der Gendarmerie, Finanz- und Wachorgane. In Böhmen werden von den kleinen Lohnütlern grosse Mengen Mehl ausserhalb der staatlichen Verwaltung und ohne Bezugsschein und ohne Karten mit Ueberschreitung der Höchstpreise verkauft; da findet sich kein staatliches Organ zum Einschreiten. Bei uns in Wien werden armen Frauen, welche durch alte Beziehungen zum flachen Lande hier und da kleine Quantitäten für ihre Kinder herinschaffen wollen, die Waren weggenommen und weinend und verzweifelt verlassen diese Frauen den Bahnhof. Ich richte neuerlich wie schon unlängst im Gemeinderate an die Regierung die Bitte, doch nicht mit so kleinen schikanösen Mitteln vorzugehen, die nur geeignet sind, das Volk zu beunruhigen und zu erbittern.

Der Redner schildert dann die Massnahmen der Gemeindeverwaltung hinsichtlich der Approvisionnement und geht nun zur Besprechung des Verkehrsproblems über. Er fordert vor allem, dass die im Jahre 1914 unterbrochenen Verhandlungen zwischen Eisenbahnministerium und Gemeinde über die Elektrifizierung der Stadtbahn nunmehr ungesäumt aufgenommen und so zu Ende geführt werden, dass unmittelbar nach Kriegsschluss sie auch zur Durchführung kommen. Er fordert weiter die eheste Inangriffnahme der Projekte für einen Gruppenbahnhof und für die Umfahrungslinien zur Ausgestaltung des Vollbahnnetzes. Schliesslich gibt der Redner seiner Ueberzeugung Ausdruck, dass die Gemeinde als Besitzerin des grossen Strassenbahnunternehmens, als die Erbauerin der künftigen Untergrundschnellbahnen auch die Betriebsführung der Stadtbahn anstreben müsse, damit so das gesamte Verkehrswesen in einer Hand vereinigt sei. Eingehend bespricht sodann der Bürgermeister seine Bemühungen wegen Um- und Ausgestaltung des Magistrets, weist insbesondere auf die Schöpfungen des Jugendamtes, des Arbeiterfürsorgesamtes, des Wohnungsamtes und des Wohlfahrtsamtes hin, welche dem sozialen Werke zu dienen haben und schliesst mit den Worten: Wenn auch noch schwere Zeiten bevorstehen und wir das Problem der Zukunft nicht noch voll und ganz erfassen können, so wollen wir als christlichsoziale Partei unentwegt auf den Boden des positiven Christentums stehend, an soziale Arbeit schreiten und dabei nie den Schutz unseres deutschen Volkes vergessen. (Lebhafter andauernder Beifall).

359
1

Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Herausgeber und veranw. Redakteur Franz Michew,
Wien, I., Neues Rathaus.

27. Jahrgang. Wien, Mittwoch 17. Oktober 1917. Nr. 358.

Die Förderung des bulgarischen Studenten-Konviktes durch die Stadt Wien.

Der Bürgermeister von Sophia hat an den BM. Dr. Weiskirchner nachstehendes Telegramm gerichtet: Mit seliger Freude erfuhr ich, dass unter Ihrer Präsidentschaft am 25. September der Stadt- und Gemeinderat in Wien dem bulgarischen Studentenheim bei der Wiener Universität eine jährliche Unterstützung von 20.000 K bewilligte. Diese Unterstützung, welche die Stadt Wien der lernenden Jugend bei den Lehranstalten der uns so sehr am Herzen liegenden Hauptstadt Oesterreich-Ungarns gibt, wird von den Bürgern der Hauptstadt Bulgariens sehr hoch geschätzt und deren Namen beeile ich mich, Ihnen Herr Bürgermeister und sämtlichen Gemeinderäten meine innigste Dankbarkeit auszudrücken. Diese Handlung wird die bisher bestehenden geistigen Bande zwischen den beiden Hauptstädten noch mehr kräftigen.

Beförderung von Lehrpersonen

Der Stadtrat hat nach einer Anfrage des StR. Domola ernannt: Hilda Wiethe, Hildegard Reisky von Drauenau und Elisabeth Hugelmann zu Volksschülerinnen I. Klasse, Adolf Böhm, Leopold Hammer, Franz Jahn, Karl Klier und Adam Schöner zu Volksschüler II. Klasse, Angela Janoschek und Rosa Kijanka zu Volksschülerinnen II. Klasse

WIENER GEMEINDERAT.

Sitzung vom 17. Oktober

Vorsitzender Bürgermeister Dr. Weiskirchner macht folgende Mitteilungen:

Das Gestüt Kerestinec hat für die Armen Wien den Betrag von 5.000 Kronen gewidmet.

Der Vorstand der israelitischen Kultusgemeinde hat anlässlich der Hilfeleistung der städtischen Feuerwehr beim Tempelbrande für den Spendenfonds der städtischen Feuerwehr 1500 Kronen und für den Kriegsfonds 500 K gespendet.

Fabrikant Moritz W. Reithoffer hat als Ueberzahlung für eine Gruft den Betrag von 1000 K den Armen Wiens gewidmet.

Das am 20. September verstorbene Fräulein Henriette Ventura hat letztwillig den Betrag von 500 K für die Pfründner der Versorgungsanstalt in Liesing gewidmet.

Herr Franz Wegel-Leckl hat anlässlich der Verleihung des Bürgerrechtes der Stadt Wien mit Nachsicht der Taxen einen Betrag von 200 K für die öffentliche Ausspeisung gewidmet.

Ein Ungenanntseinwillender hat anlässlich seiner Ziviltrauung den Betrag von 120 K für die Armen Wiens gewidmet.

Herr Rudolf Ritter von Wiener-Weiten hat das Ertragnis von 10 Joch Ackerland Kartoffeln (4½ Waggon) den Armen Wiens gewidmet.

P. Amand Oppitz, Prälat des Stiftes der Schotten, hat aus den stiftl. Forsten bei Ottakring Brennholz im Quasmasse von 100 Raummeter für die Armen des 16. und 17. Bezirkes gespendet.

Die Erben der Karoline Menda haben den Armen von Wien freiwillig als Legat 5000 Kronen zugewendet.

Die verstorbene Stadtratswitwe Frau Sophie Meissl hat der Karl Meissl-Stiftung für arme christliche Gewerbetreibende 30.000 K gewidmet, ferner 12.000 K für eine Stiftung vermacht, welche zur Unterstützung christlicher Gewerbetreibender dienen wird.

Die Kongregation der Armen Schwestern Unserer lieben Frau stellt in einer Zuschrift an den Bürgermeister fest, dass die in der Sitzung des Gemeinderates vom 12. September vom GR. Skaret gegen das Kloster in der Klemetinalgasse, sowie gegen die Zweigniederlassung in Kritzendorf, an welchem Orte 2 magistr. Kostkinder, Schwestern im 10. und 12. Lebensjahre untergebracht waren, erhobenen Vorwürfe unbegründet seien und keineswegs der Wahrheit entsprechen. Gemeinderat Skaret hatte in seinen damaligen Ausführungen behauptet, dass der Vater dieser Kinder, der eingedrückt war, erst zu Ostern 1917 erfahren habe, dass seine ältere Tochter vor längerer Zeit an Bluthusten erkrankt war. Weiters behauptete er, dass das Zimmer, in dem dieses Mädchen gelebt habe und dann gestorben sei, ganz feucht gewesen sei. Auch soll das zweite in dem Kritzendorfer Heim untergebrachte Kind voll Ungeziefer gewesen sein. In ihrer Zuschrift ersucht die Klosterschwester, dass eine magistratische Kommission sich von der Pflege und der Unterbringung der Anstaltskinder überzeuge und bittet dass sich auch GR. Skaret dieser Kommission anschliesse, damit dieser auf Grund seiner persönlichen Erhebungen bewogen werde, seine Anschuldigungen in öffentlicher Sitzung zu widerrufen.

BGM. Dr. Weiskirchner macht sodann unter allgemeiner Aufmerksamkeit folgende Mitteilungen:

Am Sonntag, den 7. ds. Mts. erschien in sämtlichen Tagesblättern eine amtliche Verlautbarung der Statthalterei des Inhaltes, dass von der Finanzwache bei den Linienverzehrungsämtern insbesondere auf den Bahnhöfen Revisionen des Gepäcks durchgeführt und verbotswidrig mitgebrachte Lebensmittel darunter auch Eier ausnahmslos abgenommen werden (Rufe: Hört) Die Finanzorgane sind diesen Aufträgen der Statthalterei, wie aus zahlreichen Beschwerden hervorgeht, pünktlich nachgekommen; nicht nur aus Niederösterreich, sondern auch aus anderen Kronländern und Ungarn von Reisenden mitgebrachte Eier und andere Lebensmittel werden ohne jede Rücksicht abgenommen. (Rufe: Pfui-Skandal)

Bei dem Linienverzehrungsamt auf dem Nordbahnhof sind die Finanzorgane noch viel weitergegangen und haben sogar die Einfuhr, der über Auftrag des Amtes für Volksernährung nach Wien gebrachten Eier verhindert (Rufe: Hört) wie folgender Vorfall beweist.

Am 16. d. M. wurden die von der galizischen Eier und Geflügelverwertungsgenossenschaft (Ovum) nach den Weisungen des Amtes für Volksernährung und der Gemeinde Wien an Händler, Spitäler und andere Anstalten zur Verteilung gebrachten 40 Kisten Eier, darunter 10 % für das allgemeine Krankenhaus, von diesen Finanzorganen beim Passieren der Verzehrungssteuerlinie auf dem Nordbahnhofe aufgehalten. (Rufe: Unglaublich) und von den die Wagen begleitenden Personen die Beibringung eines amtlichen Transportscheines verlangt. Da ein solcher Transportschein selbstverständlich nicht beigebracht werden konnte, mussten alle Wagen trotz aller Vorstellungen der Begleiter und des Marktkommissärs auf den Nordbahnhofe wieder umkehren (Rufe Hört, hört) und die Eier in das Magazin zurückgeführt werden. (Rufe: Skandal!) Infolgedessen mussten insbesondere die für den 16. d. M. früh von Seite des Amtes für Volksernährung und der Polizeidirektion als dringend notwendig bezeichnete Sendung von Eiern auf den Markt in dem 16. Bezirk unterbleiben (Rufe: Die Rohö darf alles bringen!)

Selbstverständlich sind die von der „Ovum“ aus Galizien und die von der Gemeinde Wien aus Polen bezogenen Eier für den Bahntransport mit dem vorgeschriebenen amtlichen Transportscheinen versehen, welche den Frachtbriefen beiliegen; Hingegen haben die einzelnen Händler und sonstigen Anstalten, welche die Eier zugewie-

sen erhalten, und sie von dem Magazin auf dem Nordbahnhofe abholen lassen, nur einen Bezugsschein, welcher ihnen nach Ausfolgung der Eier im Magazin abgenommen wird.

Der geschilderte Vorfall hat auf dem Nordbahnhofe grosses Aufsehen (Rufe: mit Recht) und insbesondere unter den betroffenen Gewerbetreibenden, die den Fuhrlohn von 30 bis 50 Kronen umsonst vorausgabten, (Rufe: Wer ersetzt das?) grosse Erregung hervorgerufen.

Meine sofort nach Kenntnisaufnahme des Sachverhaltes eingeleiteten Erhebungen haben ergeben, dass die Finanzorgane nur in Vollziehung eines allerdings missverständlich aufgefassten (Rufe: Aha!) besonderen Auftrages der Statthalterei (Rufe: Hört) gehandelt haben. Ueber meine wiederholten nachdrücklichen Vorstellungen beim Amte für Volksernährung und dem Referenten der Statthalterei wurde dieser Auftrag gestern mittags aufgehoben und konnten daher am Nachmittage, wie ich mich persönlich überzeugt habe, die Eier wieder anstandslos durch die Verzehrungssteuerlinie auf den Nordbahnhof geführt werden.

BGM. Dr. Weiskirchner fügt, mehrmals von scharfen erbitterten Zwischenrufen der Gemeinderäte aller Parteien unterbrochen, hinzu: Dieser Vorfall, über welchen unter den Parteien des Gemeinderates nur eine Meinung herrscht, gibt mir den Anlass von dieser Stelle aus an die Regierung die warnende Stimme zu richten (Rufe: Sehr richtig! und stürmischer Beifall) sie möge nicht durch solche kleinliche und schikanöse Behandlung der Wiener Bevölkerung die Geduld derselben auf die äusserste Probe stellen! (Neuerlicher lauter Beifall). Meine Herren Kollegen! Die sogenannte Rucksack-Verordnung der Regierung..... (Zwischenrufe: Auh ein Unsinn!)...nein, das ist mehr, das ist eine direkte Gesetzeswidrigkeit! (Rufe: Ein Verbrechen ist das!) Das ist der schwerste Eingriff in das Recht des Privateigentums und man muss nur hören von den Verzweiflungsakten, die sich auf den Wiener Bahnhöfen abspielen. Einer armen Frau wurde eine Flasche Milch weggenommen, die vielleicht einen halben oder dreiviertel Liter Milch enthielt. (Rufe: Hört, hört!) Die Frau hat in ihrer Verzweiflung die Flasche auf den Boden geworfen und gerufen: Wenn schon meine hungernden Kinder diese Milch nicht bekommen sollen, soll sie gar niemand haben! (Stürmische Zwischenrufe seitens aller Gemeinderäte, die ewregt und dichtgedrängt die Referententribüne umstehen.) Ich möchte daher an die hohe Regierung die dringende Bitte stellen (Zwischenrufe: Keine Bitte! Wir verlangen das!) Die hohe Regierung möge vielmehr die Energie, die sie gegen die arme Wiener Bevölkerung anwendet, gegen Ungarn anwenden! (Stürmischer Beifall).

Diese Mitteilungen des Bürgermeisters wurden mit solcher Erregung seitens der Gemeinderäte aufgenommen, dass sich die Unruhe sich dann nicht legte, als bereits Schriftführer GR. Stangelberger mit der Verlesung der eingebrachten Interpellationen begonnen hatte. Immer wieder hörte man stürmische Rufe gegen die Regierung und gegen den Statthalter. Erst nach wiederholten Mahnungen zur Ruhe kann sich Schriftführer GR. Stangelberger verständlich machen.

359
2

Verschiebung der Butterabgabe : Da bedauerlicherweise die für heute (Mittwoch) sicher erwartete Ankunft der Auslandsbutter nicht erfolgt ist, kann in den meisten städtischen Butterabgabestellen in dieser Woche die Abgabe der Butter nicht stattfinden. Der leitenden Personen der Oezeg der leitenden Personen der Oezeg Es wird nach Versicherungen / dafür in der kommenden Woche an jede bezugsberechtigte Person die doppelte Menge an Butter und Magarin abgegeben werden.

GR. Schäfer stellt eine Anfrage über die Einführung von Gasthauskarten.

BM. Dr. Weiskirchner erwidert, dass sich gegen die Gasthauskarten sowohl die handelspolitische Kommission als auch das Subkomitee und der Arbeitsausschuss des Ernährungsrates ausgesprochen hat. Die Einführung der Gasthauskarte in der von der Regierung vorgeschlagenen Form bringe abgesehen von den kaum zu überwindenden technischen Schwierigkeiten schwere Benachteiligungen jenen Bevölkerungskreisen, welche nicht auf den regelmässigen Besuch von Gasthäusern angewiesen sind. In der vorliegenden Form sei der Regierungsentwurf nicht geeignet, die von der Regierung beabsichtigte Hinanhaltung des Überkonsums der Wohlhabenden zu erreichen, sondern er schädige nur den Mittelstand und die Arbeiterkreise und sei eine durchaus unsoziale Massnahme. (Lebhafter, allgemeiner Beifall.)

GR. Angermayer interpelliert über die Abgabe von verdorbenen Lebensmitteln in staatlichen Lebensmittelstellen und fragt ob der Bürgermeister durch eine öffentliche Erklärung Klarheit schaffen will, über das Verhältnis der Gemeinde Wien zu den staatlichen Lebensmittelversorgungsstellen, damit die Beamtenschaft aufgeklärt und nicht jeder plumpen Ausrede glaubt oder jedem pädagogischem Schwindel aufsitzt.

BM. Dr. Weiskirchner diese Frage bildet den schlagenden Beweis, wie richtig die Gemeindeverwaltung gehandelt hat, als sie wiederholt forderte, dass die Gemeinde einen Einblick haben müsse in alle Lebensmittelmengen die nach Wien kommen, sowie über deren Verteilung. Die Regierung habe stets abgelehnt, diesen Forderungen zu entsprechen. In Wien bestehen zwei getrennte Wirtschaftsgebiete, das der Gemeinde und das der Konsumentenorganisationen. Auf die Bewirtschaftung der letzteren hat die Gemeinde weder den geringsten Einfluss, noch auch irgend einen Einblick in dieselbe.

GR. Wippel weist in einer Interpellation darauf hin, dass seit einiger Zeit namentlich in den äusseren Bezirken galizische Juden (Plüchtlinge) Verkaufsstände auf den Strassen aufstellen in welchen Brieftäschchen, Notizbücher, Hemdknöpfe, Bleistifte und sonstige Kurzwaren angeboten werden. Die Händler zahlen für den Tag ein Standgeld von 12 Hellern. Der ansässige Geschäftsmann wird hiedurch geschädigt und es wird gefragt, ob die von den Marktämtern erteilte Erlaubnis zum Aufstellen dieser Stände ausserhalb der geschlossenen Märkte die Zustimmung des Bürgermeisters findet und was er allenfalls zur Bekämpfung dieses Uebelstandes zu unternehmen gedenkt.

BM. Dr. Weiskirchner Ich werde darüber Erhebungen pflegen lassen und die Anfrage als Antrag vom Magistrat zur erschöpfenden Behandlung zuweisen.

GR. Hohensinner stellt folgende Anfrage: Die durch die Kriegsverhältnisse hervorgerufene drückende wirtschaftliche Lage der Beamten und Lehrer zu mildern, ist bei der steigenden Tendenz der Preise aller Bedarfsartikel eine Unmöglichkeit geworden; doch kann verhindert werden, dass Zwischenfälle, wie Krankheiten, zur wirtschaftlichen Katastrophe führen. Ich habe deshalb schon einmal im Gemeinderate angeregt, die Lehrer und Beamten den Krankenkassen anzuschliessen oder mit den städtischen Ärzten ein Übereinkommen zu treffen. Meine Anregung begegnete insbesondere von ärztlicher Seite Widerspruch. Es kann aber doch die Notwendigkeit nicht bestritten werden, dass eine Einrichtung geschaffen werden müsse, die Beamten und Lehrern einen Anspruch auf einen der vorliegenden Krankheitsnot angepasste Geldzuwendung gibt. Ich möchte daher die Schaffung von Krankenkassen-Zuschusskassen anregen, an der sich der Dienstgeber finanziell beteiligen muss und der Lehrer und Beamte zwangsweise beitreten müssen. Die jährlichen Beiträge wären nach dem Einkommen zu bemessen und die Krankenversicherung müsste auch die Familien mitumfassen. Von den jährlichen Krankenkosten wären etwa zwei Drittel aus dieser Zuschusskassa zu begleichen, ein Drittel müsste der Versicherte selbst tragen und dies schon aus dem Grunde, damit er die Krankenkosten möglichst niedrig hält. Bei geringen jährlichen Krankenkosten etwa bis zur Höhe von 30 K wäre ein Zuschuss überhaupt nicht zu leisten. Gegen eine solche Institution könnte die Ärzteschaft kaum eine Einspreche erheben, da das bisherige Verhältnis von Arzt und Patient ganz unberührt bleibt. Es wird gefragt, ob der Bürgermeister geneigt ist, meiner Anregung, Krankenzuschusskassen für die städtischen Beamten und Lehrer zu errichten, dem Magistrat zur Abgabe eines Gutachtens zu unterbreiten und das Ergebnis dem Gemeinderate vorzulegen?

BM. Dr. Weiskirchner Ich werde diese Angelegenheit dem Magistrat zuweisen und hoffe, bald in der Lage zu sein, dem Gemeinderate einen Bericht vorzulegen.

GR. Hohensinner stellt folgende Anfrage: Es wird mir mitgeteilt, dass an Sonntagen der städtische Knabenhort Döbling auf dem Kobenzl konzerziert. Es kann unmöglich gutgeheissen werden, dass in der Entwicklung begriffene Knaben stundenlang Blasinstrumente spielen, es muss aber entschieden verurteilt werden, wenn diese Knaben mit Ansichtskarten von Tisch zu Tisch hausieren gehen. Es wird gefragt, ob der Bürgermeister geneigt ist, das Konzertieren des städtischen Knabenhortes Döbling zu verbieten?

BM. Dr. Weiskirchner erwidert, dass jenes Konzert zu Gunsten der Ferienkolonien der Kinder also für einen eminent wohltätigen Zweck stattgefunden habe. Immerhin teile er aber die Ansicht des Interpellanten und er werde die Anfrage dem Bezirksschulrate zuweisen.

GR. Hohensinner stellt folgende Anfrage: In der Gemeinderatssitzung vom 4. September d.J. wurde der Antrag gestellt, es möge den eingerückten städtischen Beamten und Lehrern, welche dem Mannschaftsstande angehören, eine Teuerungszulage gewährt werden. Es wird gefragt: In welchem Stadium der Beratung befindet sich der Antrag auf Gewährung von Teuerungszulagen an die eingerückten Beamten und Lehrer, die dem Mannschaftsstande angehören?

BM. Dr. Weiskirchner erklärt, dass er dieser Angelegenheit wohlwollend gegenüber stehe und es werde so weit als möglich abgeholfen werden. Das Kostenerfordernis beträgt jedoch 13 bis 14 Millionen Kronen und die Sache werde im Gemeinderate zur Sprache kommen, zur Entscheidung ob und inwieweit die Gemeinde in der Lage ist, dem Ansuchen zu entsprechen.

GR. Ignatz Fischer interpelliert über die Wegnahme von Lebensmitteln und über die Behandlung von heimkehrenden Wiener Ausflüglern durch die staatlichen Organe.

BM. Dr. Weiskirchner verweist auf seine zu Beginn der Sitzung vorgebrachten Ausführungen.

GR. David stellt folgende Anfrage: Seit der Erhöhung des Unterhaltsbeitrages für die Familien der eingerückten Soldaten auf 2 K sind einzelne Armenräte der Ansicht, dass diese Erhöhung sie berechtigt oder auch verpflichtet, bei der vorgesetzten Behörde den Antrag zu stellen, dem betreffenden Pfründner die biennun bezogene Pfründe einzustellen. Es wurde u. a. auch der Antrag gestellt, dem Johann Jendik, 16. Bezirk, die Pfründe einzustellen und seiner Gattin das laufende Gesuch um Bewilligung einer Pfründe abzulassen. Ganz abgesehen davon, dass die Erhöhung des Unterhaltsbeitrages bei der gegenwärtigen schrecklichen Teuerung zur Erhaltung einer Person durchaus zum Leben nicht ausreicht, andernfalls bei Uebung dieser Praxis eine ungeheure Zahl von Menschen davon betroffen würden, wird gefragt: Was gedenkt der Bürgermeister zu tun, um diesen tief einschneidenden Eingriff in die Existenzmöglichkeit vieler, vieler Tausend zu verhindern.

Bgm. Dr. Weiskirchner: In den letzten Tagen sind tatsächlich vom Armen-Institut für den 16. Bezirk mehrere Aufträge auf Pfründeneinstellung wegen Bezuges des erhöhten staatlichen Unterhaltsbeitrages beim Magistrat eingelangt. Der Magistrat hat diesen Umstand zum Anlasse genommen, dem genannten Armen-Institute nahezufragen, derartige Pfründeneinstellungen, lediglich aus dem Titel des erhöhten Unterhaltsbeitrages falls nicht andere genügende Gründe dafür sprechen, nicht mehr zu beantragen. Was den Fall Johann Jandik betrifft, der mit seiner Gattin zusammen täglich 4 Kronen Unterhaltsbeitrag bezieht, wird der Magistrat einer Ueberprüfung und die eventuelle Wiederverleihung der Pfründe veranlassen. In anderen Bezirken als den 16. sind Pfründeneinstellungen wegen erhöhten Unterhaltsbeitrages nicht erfolgt.

GR. Fischer stellt folgende Anfrage: Bis 9. d.M. betrug der Höchstpreis für Fettgänse K 13,20, ab 10. d.M. beträgt derselbe K 14,20. Zum alten Preis waren Gänse nicht zu haben und zum neuen sind diese ebenfalls nicht erhältlich. Die in grossen Mengen nach Wien eingeführten Fettgänse werden seitens der Geflügelhändler enthäutet und zerteilt. Die Fleischteile werden einzeln zum Höchstpreise verkauft, während das Fett zum Preise von K 25 bis K 30 für 1 kg zum Verkaufe gelangt. Da für den Bezug von Gänsefett Fettkarten nicht erforderlich sind, werden bei der grossen, noch nie dagewesenen Fettnot, Fantasiepreise verlangt und vom Käufer bewilligt. Dieser Vorgang ist für das grosse Publikum ausserordentlich schädigend, weil nur die wohlhabendste Klasse in der Lage ist, Gänsefett zu erwerben. Ausserdem wird hiedurch die Preistreiberei gefördert, weil sich die Geflügelhändler schon beim Einkauf im Preise überbieten. So zieht ein Uebel das andere nach sich und das grosse Publikum wird ausgehungert und ausgebaudet. Sind dem Bürgermeister die hiemit vorgebrachten Tatsachen bekannt und ist derselbe geneigt, die Wiener Marktbehörden zu veranlassen, dass die Geflügelhändler gezwungen werden auch ganze Gänse zum Höchstpreise abzugeben? Den Zuwiderhandelnden möge mit der Entziehung der Gewerbeberechtigung gedroht werden, denn nur bei der grössten Strenge kann diesen preistreibenden Preiswucher ein Ende gemacht werden.

359
3

BM. Dr. Weiskirchner: Es bestehen für Gänse keine Höchstpreise, sondern nur vom Marktamt festgesetzte und lediglich für den Marktverkehr gültige Verkaufspreise; irrig ist auch die Annahme des Interpellanten, dass für den Bezug von Gänsefett Fettkarten nicht erforderlich sind, es darf vielmehr auch Gänsefett ohne Fettkarten abgegeben werden, wenn ich mir auch nicht verhehle, dass die Ueberwachung der Einhaltung dieser Bestimmung auf die grössten Schwierigkeiten stösst.

Die vom Interpellanten beklagten, tief bedauerlichen Uebelstände sind hauptsächlich darauf zurückzuführen, dass wir in unserer Versorgung mit Gänsen und Gänsefett eben auch von Ungarn abhängig sind und daher auf diesem Gebiete der Versorgung Wiens die gleichen schweren Missetände zu Tage getreten sind, die in der gestrigen Sitzung des Abgeordnetenhauses anlässlich der Interpellation des Herrn R.A. Dr. Schürff besprochen worden sind.

Hier Abhilfe zu schaffen ist leider der Gemeinde Wien bzw. der Marktbehörde nicht in der Lage; sie kann nur insofern eingreifen, als der Marktverkehr in Frage kommt oder in konkreten Fällen eine Preistreibeerei festgestellt werden kann, in dieser Beziehung aber sind, wie aus den gestrigen Abendblättern entnommen werden kann, die erforderlichen Massnahmen schon vor Einbringung der Anfrage getroffen worden, weitere sind noch im Zuge.

Ich werde daher die vorliegende Frage dem Volksernährungsamt mit dem Antrage vorlegen, dass in die bereits anhängigen Verhandlungen mit Ungarn auch der Bezug von Gänsen und Gänsefett zu erschwinglichen Preisen einbezogen werde.

GR. Kunschak fragt mit Rücksicht darauf, dass die Kohlen- und Kartoffelversorgung unter dem Druck an Fuhrwerk und Pferden leidet, ob der Bürgermeister dahin wirken wolle, dass zur Ueberführung der Leichen nicht mehr als die absolut notwendige Pferdeanzahl in Verwendung genommen werden dürfe.

BGM. Dr. Weiskirchner: Ich stimme vollständig mit dem Kollegen Kunschak überein. Ich habe schon vor Einbringung der Anfrage dem Direktor der städtischen Leichenbestattung die grössten Vorwürfe darüber gemacht. Die 6 spännigen Leichenwagen werden im Weichbild der Stadt Wien nicht mehr erscheinen.

GR. Kunschak fragt ob der Bürgermeister den Magistrat beauftragen wolle, dass dieser mit der Organisation der Wiener Hausbesorger ein Einvernehmen dahin treffe, dass diese den Knochenameldienst übernehmen und durchführen.

BGM. Dr. Weiskirchner: Ich werde diese Anfrage als Antrag behandeln und dem Magistrat zuweisen.

GR. Emmerling interpelliert über die Lagerung von alten Schulbänken im Heiligenstadt im Freien.

BGM. Dr. Weiskirchner erklärt, dass der Raum, in welchem diese Schulbänke eingelagert waren, für die Unterbringung und Ausbesserung von Säcken benötigt wurde, welche nahezu den Wert von einer $\frac{1}{2}$ Million Kronen repräsentieren. Diese Bänke kommen nurmehr als Altmaterial in Betracht und werden, wenn genügend Arbeitskräfte zur Verfügung stehen, verwertet werden.

GR. Ferdinand Fischer interpelliert über Klagen der Kaufleute, dass die Kleiderkarten erst mit 20. Oktober zur Ausgabe gelangen, was zur Folge hat, dass in den einschlägigen Geschäften durch einen Monat nichts zu tun ist, da das Gesetz bereits mit 16. September in Kraft getreten war.

Bürgermeister erwidert, dass die Ausgabe dieser Karten nicht Sache der Gemeinde Wien, sondern der Landesbekleidungsstelle für Niederösterreich des „Volksbekleidungsamtes der k.k. n.ö. Statthalterei“ ist, Beschwerden daher in erster Linie an dieses Amt zu richten wären. Er habe aber die Vertreter der Gemeinde in diesem Amte beauftragt, mit aller Kraft dahin zu wirken, dass alles vermieden werde, was zu Beschwerden Anlass geben könnte. Wenn einzelne Anstände vorkommen, so sind diese auf gewisse Gründungsschwierigkeiten, an denen jede neue Einrichtung leidet, und auf eine missverständliche Auffassung der Bestimmungen der Bekleidungsverordnung oder der besonderen Weisungen des Volksbekleidungsamtes zurückzuführen. Er richte daher an die Herren des Ersuchen allfällige Beschwerden direkt an das Volksbekleidungsamt, I., Rudolfsplatz, zu richten.

GR. KBrber interpelliert darüber, dass trotz des andauernden Futtermangels und des ständig verringerten Pferdebestandes in Wien seitens einzelner Brotfabriken Brot mittels Pferdefuhrwerk nach allen Gemeindender Umgebung Wiens sogar bis Wr. Neustadt verführt werde. Diese Fuhrten seien zur Hauptsache nur dadurch entstanden, dass die Kriegsgetreideverkehrsanstalt den Gemeinden zu wenig Mehl, den Wiener Brotfabriken aber Mehl in jeder angesprochenen Menge zuweise.

Der Bürgermeister erwidert, dass tatsächlich in Wien ein ganz enormer Mangel an Futtermitteln bestehe, dass die Gemeinde jedoch diesem Uebelstande nicht selbst abhelfen könne, weil alle Futtermittel beschlagnahmt und zentral bewirtschaftet sind und auch die Gemeindebetriebe selbst jetzt lediglich auf die Zuweisungen der Futtermittelzentrale, welche völlig unzureichend sind, angewiesen seien. Angesichts der enormen Futtermittelnot hat daher die Statthalterei über Auftrag des Volksernährungsamtes eine Pferdeevidenzkommission eingesetzt, welcher diese Interpellation zur weiteren Amtshandlung überwiesen wird.

Es wird hierauf an die Erledigung der Tagesordnung geschritten.

Vize-BGM. H o s berichtet nun über die auf der Tagesordnung stehenden Steuervorlagen der Gemeinde Wien und zwar die Erhöhung der Grundsteuer, der Rentensteuer und Erwerbssteuer II. Klasse, die Erhöhung des städt. Zuschlages zum Gebührenequivalent, die Einführung einer neuen Gemeindeabgabe von Kraftfahrzeugen und eines Gemeindeguschlages zum staatlichen Spielkartenstempel, sowie die neue Fassung der Wertzuwachssteuer. Bezüglich der geplanten neuen Automobilsteuer erklärt der Berichterstatter, dass diese zweifellos eine der Zahl der in Wien befindlichen Automobile entsprechende Quote für Wien abgeben müsse. Bezüglich der Wertzuwachssteuervorlage betont er, dass es keine definitive Vorlage sei und dass es vielleicht in einigen Jahren notwendig werde, die Abgabeordnung zu verändern.

GR. Lohner kontra beschäftigt sich eingehend mit der Automobilsteuer. Eine Automobilsteuer als solche, erklärt der Redner perhomediere er durchaus nicht, er wende sich nur gegen die gegenwärtige Vorlage, die sowohl im Aufbau, wie in der Wirkung als verfehlt bezeichnet werden müsse. Die Vorlage bedeute eine dreifache Besteuerung ein und desselben Steuerobjektes und wenn die Gemeinde Wien nun als erste Stadt des Reiches nun mir der Automobilsteuer vorangehe, so werden sicher binnen kurzem alle anderen Gemeinden folgen. Dadurch aber werden Zustände geschaffen, wie sie im Mittelalter waren, denn es wird dann an jedem Stadttor der Polizist stehen und von jedermann, der die Grenze der Stadt überschreiten will, zuerst die Abgabe fordern. Wenn jemand von Mödling nach Wien hereinfahren will, um nach Klosterneuburg zu kommen, so müsste er die 10 tägige Aufenthaltsgebühr entrichten und wenn er diese wieder zurückbekommen will, dann muss

er den gleichen Weg zur Rückfahrt nehmen. Auch das Wiener Gewerbe werde arg geschädigt, weil die Automobilisten ihre Wagen in der Provinz zur Reparatur geben werden um der Besteuerung zu entgehen. Auslagen macht sich ein reicher Mann gerne, aber Steuern zahlen, tut niemand gerne. Der Hauptvorwurf, der gegen die gegenwärtige Vorlage erhoben werden müsse, sei also der, dass sie eine gänzliche Hintansetzung der städtischen Erwerbsinteressen gegenüber der Agrarinteressen beinhalte. Auch vom Standpunkte der Unterbringung der aus dem Felde zurückkehrenden Arbeiter muss getrachtet werden, die heute so gewachsenen Werkstätten dauernd in ihrer Grösse zu erhalten. Ein dritter sehr schwer wiegender Vorwurf sei der, dass der Verfasser der Vorlage im Gegensatz zu der seinerzeit im Parlament eingebrachten Steuervorlage die Lastkraftwagen, also den aller wirtschaftlichsten Teil des Automobilismus in die Besteuerung einbezogen hat. Das Argument, dass die heutigen Lastkraftwagen die Häuser erschüttern, das Strassenpflaster und die Geleisanlagen beschädigen, habe viel für sich, aber dieser Grund verschwinde, wenn wieder genug Gummi da sein wird, weil ja dann die Lastenautomobile mit Reifen versehen werden müssen und so gewiss das Strassenpflaster weniger beschädigen, als ein mit Pferden bespannter, nicht mit Gummireifen versehener Kohlenwagen. Der Redner wendet sich noch gegen die gleichmässige Besteuerung aller in den Händen eines Besitzers befindlichen Automobile und fordert, dass der Besteuerung die deutsche Formel zur Berechnung der Pferdestärken zu Grunde gelegt werde. Er beantragt schliesslich im Interesse der produzierenden Bevölkerung die Vorlage vorläufig an den Stadtrat zurückzuweisen, um den Interessenten Gelegenheit zu geben, ohne die Interessen der Stadt Wien irgendwie zu schädigen, verbessernd auf den Entwurf einzuwirken.

Vize-Bürgermeister Hierhammer übernimmt den Vorsitz.

GR. Dr. Granitsch bespricht die Wertzuwachssteuer. Die Abgabe von einem Wertzuwachs sei gewiss eine geeignete und gerechte Steuer. Man müsse aber nicht nur im Prinzip gerechtigkeit verlangen, sondern diese Gerechtigkeit müsse auch in den einzelnen Bestimmungen zur Geltung kommen. In diesem Punkte sind in der Vorlage, die zwar nicht kompliziert ist, doch Dinge ausser acht gelassen, die nicht gleichgültig sind. Leute, die ihre Grundstücke brach liegen lassen, um aus dem Wertzuwachs später Nutzen zu ziehen, sollen besteuert werden, aber sie dürfen nicht in einen Topf geworfen werden mit jenen, welche die Not der Städte an Wohnungen zu verringern helfen.

Er trete daher, wie es auch bereits die reichsdeutsche Wertzuwachssteuer tue, für eine Bevorzugung in den Fällen ein, wo es sich um Objekte handle, die von Baugewerbetreibenden Selbstbenützern oder Bauunternehmern errichtet wurden, da jeder, der einen Neubau errichte, zur Erhöhung der Wohnungsnot beitrage.

Diese Bevorzugung sei insofern berechtigt, als die Baugewerbetreibenden welche Häuser und Wohnungen erzeugen, fasst ausnahmslos mit Kredit arbeiten, und für das ausgeliehene Geld hohe Zinsen zahlen müssen. Er wolle keinen Antrag stellen, er wünsche aber, dass die für die Kreditbeschaffung aufgewendeten Mittel ebenfalls eine Abzugspost bilden.

GR. Angermayer bemerkt, dass die Gemeindevverwaltung bei der Vorlage einer Abgabeordnung für Kraftfahrzeuge sich von dem Grundsatz leiten liess, den kapitalkräftigen Teil der Bevölkerung zu treffen. Die Bedenken des GR. Lohner über die Erschwerung des Konkurrenzkampfes gegenüber der ausländischen Industrie teile er nicht, weil in der Zukunft die ausländische Industrie nicht weniger benachteiligt sein werde, wie die inländische. Die innere Berechtigung für die Einführung einer Abgabe von Lastautomobilen bestehe darin, dass diese Automobile auch, wenn sie mit Luftreifen versehen sind, die Strassen stark abnutzen und den Kanälen schaden.

359
4

Die Elektroautomobile müssen mindestens derzeit zu den Luxuswägen gezählt werden. Wenn der elektrische Betrieb auch auf andere Kraftfahrzeuge übergreifen wird, dann kann ja an eine Abänderung geschritten werden. Es wurde auch davon gesprochen, dass die Einführung der Steuer gewisse vexatorische Massnahmen mit-sich bringe. Die Einhebung einer Abgabe an der Verzehrungssteuerlinie erinnert uns wohl an vergangene Zeiten, aber es sei kaum möglich einen anderen Ausweg zu finden, um die fremden Automobile zu treffen, welche unsere Strassen benützen. Redner gibt zum Schlusse der Ueberzeugung Ausdruck, dass gerade die Automobilsteuer von der Bevölkerung sehr begrüsst werden wird.

GR. Melcher wendet sich zunächst gegen die Erhöhung des Gebühren-äquivalentes, welche er als eine Belästigung der Bevölkerung bezeichnet, die in keinem Verhältnisse stehe zu den geringfügigen Mehrertrag. Die Berechtigung zur Einhebung einer Wertzuwachsabgabe gebe er vollständig zu, das Gesetz müsse aber auch richtig gehandhabt und richtig vorgeschrieben werden. Die Wertzuwachsabgabe werde bis zum Ende des Jahres einen Ertrag von ungefähr 1 Million Kronen abwerfen, hauptsächlich dadurch verursacht, dass die grossen Kriegsgewinner ihre Gelder gerne in Häusern anlegen. Dies habe jedoch auch einen gewissen Nachteil, denn es werden von ihnen Häuser die kaum 2 % abwerfen angekauft und späterhin werden die Käufer doch trachten, aus ihrem Kapital die entsprechende Verzinsung zu erhalten. Redner bespricht sodann die Wohnungsnot in Wien, welche sich schon dadurch ausdrücke, dass die Anzahl der Kündigungen stark zurückgegangen sei. Je grösser die Anzahl der freien Wohnungen, desto grösser sei auch die Ummögllichkeit. Nun sei aber der Fall eingetreten, dass nicht nur eine Kleinwohnungsnot herrsche, sondern es seien derzeit in Wien auch grosse Wohnungen nicht mehr zu haben. Dazu ist es jetzt noch mehr als vor einem Jahre absolut unmöglich zu bauen, denn die Baumaterialien seien nicht nur wie alles horrent gestiegen, sondern man bekomme sie vielfach auch nur auf dem gewissen Schleichwege. Dazu kommt das ^{Mieter} ~~Mieter~~ Schutzgesetz, welches den Hausherrn förmlich unter Karatell stellt und ihn zwingt, alle die vermehrten Auslagen, die ja der Krieg mitsichbringt, selbst zu tragen, da er seinen Mieter nicht einmal dann kündigen darf, wenn er ihm den Zins schuldig bleibt. Dies führt auch zum Verfall der Wiener Häuser, da es schon heute nur mehr eine geringe Zahl von Hausherrn gibt, die noch irgend eine Reparatur vornehmen lassen, da sie bei der heutigen Zinseinnahme diese Kosten nicht mehr zu tragen vermögen. Es werde daher notwendig sein, auch das Mieterschutzgesetz möglichst bald einer eingehenden Revision zu unterziehen.

Der Redner tritt sodann dafür ein, dass der Baumeister der selbst das Haus baut berechtigt sein soll, seine Arbeit in Rechnung zu stellen. Er stellt den Antrag für Baugewesbetreibende, die abgabepflichtig sind 12% einzusetzen. Sollte dieser Antrag abgelehnt werden, so stelle er den Alternativantrag, dass die Originalausgaben für den Bau und die gesamten Baugosten sammt Regie in Anrechnung zu bringen sind. Redner bespricht sodann noch mehrere andere Bestimmungen der Abgabeordnung.

GR. Rykl beantragt den Schluss der Debatte. (Ang.)

GR. Ignatz Fischer gibt seiner Ansicht darin Ausdruck, dass die vorliegende Abgabeordnung für Automobile sehr reformbedürftig sei und ~~er~~ beantragt die Rückverweisung an den Stadtrat. Dieser Antrag wird abgelehnt.

Vorsitzender BM. Dr. Weiskirchner verschiebt das Schlusswort des Referenten und die Abstimmung auf die nächste Sitzung.

Es werden sodann eine Reihe von Referaten erledigt darunter auch ein Bericht des Stadtrates von Steiner auf Pachtung der beiden dem regierenden Fürsten Liechtenstein befindlichen Meierhöfe „Weisser Hof“ und „Freiberghof“. Der Referent weist auf die günstigen Bedingungen der Pachtung einerseits auf die grossen Vorteile, welche der Gemeinde Wien

aus der Pachtung erwachsen andererseits hin. Der Antrag des Berichterstatters wird ohne Debatte angenommen.

Die Sitzung wird hierauf geschlossen.

Bürgerklub.

Vor der heutigen Gemeinderatssitzung versammelten sich die Mitglieder des Bürgerklubs im Stadtrats-Sitzungssaal, um ihrem Obmanne dem Oberkurator von Steiner aus Anlass seines heutigen 60- Geburtstag die Glückwünsche des Klubs zu übermitteln. In längerer Auseinandersetzung würdigte der Obmann-Stellvertreter des Bürgerklubs Regierungsrat Schmid die Verdienste, welche sich Oberkurator von Steiner um die christlich-soziale Partei erworben hat und richtete namens des ganzen Klubs an ihn die Bitte, auch in der Zukunft die Führung beizubehalten.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner gratulierte ^{vielfach} ~~vielfach~~ des Gemeinderatspräsidiums und gab dem Wunsche Ausdruck, es möge dem Klubobmanne noch recht lange gegönnt sein, in seinen heutigen, verantwortungsvollen und arbeitsreichen Stellungen zum Wohle der Bevölkerung arbeiten zu können. Tiefgerührt dankte Oberkurator von Steiner für die Beweise von Freundschaft und Zuneigung, die ihm seitens der Klubmitglieder jederzeit entgegengebracht wurden und richtete an die Versammlung die Bitte, ihn auch fernerhin des ihm ehrenden Vertrauens zu würdigen. Bodann gratulierte Oberkurator von Steiner dem Stadtrate Sebastian Grünbeck, der gestern seinen 60. Geburtstag feierte, sowie dem Gemeinderate Schimek aus Anlass seines 50. Geburtstages.

27. Jahrgang . Wien, Donnerstag 18. Oktober 1917 . Nr. 3592

Waffenbrüderliche Tagung in Wien. Im Anschlusse an den deutsch-österreichischen Städtetag findet Freitag, 26. Oktober im nieder-österreichischen Landhause eine gemeinsame Tagung der Gemeindeabteilungen der Waffenbrüderlichen Vereinigungen Deutschlands, Ungarns und Oesterreichs mit folgender Tagesordnung statt: Vormittags 10 Uhr 1. Tagung der Verfassungsgruppe im Prälatensaal des n.-ö. Landhauses. Vorsitzender Bürgermeister Dr. Weiskirchner, Berichterstatter Bürgermeister Dr. Storch (Komotau). 2. Beratung der Ernährungsgruppe im Bibliotheksaal des n.-ö. Landhauses. Vorsitzender Reichtsratsabgeordneter Dr. Robert Freißler, Berichterstatter ein reichsdeutscher Redner über das reichsdeutsche Ernährungswesen. Nachmittags 4 Uhr: Gemeinsame Vollversammlung der 3 Gemeindeabteilungen. Vorsitzender Bürgermeister Dr. Weiskirchner, Berichterstatter 1.) Stadtrat Dr. Luther, geschäftsführendes Vorstandsmitglied des deutschen Städtetages über den Aufbau der reichsdeutschen Kriegsernährungswirtschaft. 2.) Magistratsrat Dr. von Wildner (Budapest) über die Entwicklung Budapests zur Großstadt.

Ernennungen. Der Stadtrat hat nach einem Antrage des VB. Hoß im Status des Conscriptio-Amtes: Franz Scherer, Karl Krupitz, Emanuel Rotter und Josef Fischer letztere beide ad personam zu Oberkontrolloren ernannt und dem Josef Mardetschläger in Anerkennung seiner ausgezeichneten Dienstleistung den Titel Conscriptio-Amts-Oberkontrollor verliehen. - Nach dem Antrage des Stadtrates Dr. Haas wurde Dr. Adolf Rechl zum städtischen Oberarzt und Dr. Paul Pompe zum städtischen Arzt I. Klasse ernannt.

Vertrauliche Sitzung. Der Gemeinderat hat in seiner gestrigen vertraulichen Sitzung nach einem Antrage des STR. Spalowsky den Superior der Missionspriester fürsterzbischöflichen geistlichen ^{Lehrer} Nepomuk Legerer in Anerkennung seiner mehr als 40 jährigen verdienstvollen priesterlichen und charitativen Tätigkeit die grosse goldene Salvator-Medaille, nach einem Antrage des STR. Hötzel den Armenräten des Armeninstitutes Ottakring Ludwig Schmidt, Johann Artenja und Simon Pirker, nach einem Antrage des STR. Knoll dem Armenrate des Armeninstitutes Floridsdorf Josef Glaser, nach einem Antrage des STR. Frass dem Bezirks- und Armenrate des Bezirkes Neubau Josef Zuleger und den Armenräten dieses Bezirkes Anton Strauss und Hermann Szaszl, nach einem Antrage des STR. Grünbeck den Armenräten des 17. Bezirkes Johann Klein, Ferdinand Ledermann, Franz Riedler, Rudolf Thumser, Augustin Barczaga und August Riss und dem Armen-Bezirks-^{Orts}schulrate Anton Lindmaier in Anerkennung ihrer langjährigen verdienstvollen Tätigkeit auf dem Gebiete der öffentlichen Armenpflege die goldene Salvator-Medaille verliehen. Nach einem Antrage des STR. Zatzka wurde aus Anlass der Erbauung und Inbetriebsetzung des Kaiser Franz Josef-Bades dem Magistratsrate Karl Hanisch die vollste Anerkennung, dem Stadtbau-Direktor Dr. Ing.

Heinrich Goldemund der Dank und die vollste Anerkennung, dem Baurate Franz Wejmola die volle Anerkennung und dem Bauinspektor Friedrich Jäckel der Dank und die Anerkennung des Gemeinderates ausgesprochen, nach einem Antrage des VB. Hoß wurden dem Josef Wiesberger der Titel Kanzlei-Oberoffizial verliehen.

GR. Rudolf Müller + . Heute Nacht starb nach längerer Krankheit GR. Rudolf Müller, Rechnungsdirektor i. P. im 68. Lebensjahre. Er wurde zum erstenmale im Jahre 1900 vom zweiten Wahlkörper des 3. Bezirkes in den Gemeinderat gewählt, in welchem er eine verdienstvolle Tätigkeit entfaltete. Er war Mitglied des gemeinderätlichen Approvisionierungsausschusses und erstattete in dieser Eigenschaft mehrere wichtige Referate und auch als Mitglied der handelspolitischen Kommission vertrat er mit Tatkraft die Interessen der Konsumenten. Er war ein wahrer Freund der Lehrer und Beamten, welche in ihm einen beredten Anwalt im Gemeinderate fanden bei allen standes- und materiellen Fragen. Müller war ferner Verwaltungsrat der Viehverwertungsgesellschaft, Mitglied des Kohlenausschusses, Mitglied des Untergrundbahnkomitee, des Wohnungsfürsorgeausschusses und des Verwaltungsausschusses der Zentral-Sparkasse. Auch an den Arbeiten des Bezirksschulrates, dem er durch eine lange Reihe von Jahren angehörte, nahm er regen Anteil. Sein offener Charakter, sein entgegenkommendes Wesen und seine strengsachlichen Ausführungen bei gemeinderätlichen Debatten gewannen ihm zahlreiche Freunde.

Eine neue Kriegsküche. Die Kriegsküche Nr. 51 im 2. Bezirk, Kleine Pfarrgasse 33 wird im Laufe der vorletzten oder letzten Oktober-Woche ihren Betrieb aufnehmen. Anmeldungen zum Speisenbezug werden in dieser Küche am 20., 21. und 22. d. M. zwischen 8 und 12 Uhr vormittags und zwischen 3 und 6 Uhr nachmittags entgegengenommen. Der amtliche Einkaufsschein ist mitzubringen.

Der 60. Geburtstag der GRe. von Steiner und Grünbeck. Die GRe. von Steiner und Grünbeck, welche dieser Tage ihr 60. Lebensjahr vollenden, wurden in der heutigen Stadtratssitzung vom BM. Dr. Weiskirchner herzlichst beglückwünscht, wofür Stadtrat von Steiner in beider Namen seinen besten Dank aussprach.

Beteiligung der Gemeinde Wien an der Wäschesammlung. Ueber Verfügung des Bürgermeisters wurden aus den Vorräten der städtischen Waisenhäuser und Kinderpflegeanstalten, der städtischen Strassenbahnen, des Asyl- und Werkhauses und der städtischen Feuerwehr grössere Mengen gebrauchter Wäsche, Tuchabfälle und Abfälle von Kleidungsstücken für die Sammlung von Wäsche für das Militär angegeben.

361

Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Herausgeber und verantw. Redakteur Franz Michler,
Wien, I., Neues Rathaus.

27. Jahrgang. Wien, Freitag 19. Oktober 1917. Nr. 361.

Regelung des Kartoffelbezuges. Nach der Verordnung der niederösterreichischen Statthalterei vom 2. Oktober betreffend der Regelung des Verbrauches von Kartoffeln hat eine Zuteilung der Verbraucher von Kartoffeln an bestimmte Abgabestellen stattzufinden. Jeder Besitzer einer Kartoffelkarte ist bei dem Bezuge von Kartoffeln an den Bezirk des Wohnortes gebunden. Innerhalb des Wohnbezirkes ist die Wahl der Abgabestellen freigestellt. Die Adressen der städtischen Abgabestellen sind in den Kundmachungen ersichtlich. Für die Kreise der Bevölkerung, welche keiner Konsumentenorganisation angehören, wurden so viele städtische Abgabestellen errichtet, dass auf eine Stelle nicht mehr als 3000 Personen entfallen. Ähnlich ist das Verhältnis bei den Konsumentenorganisationen. Mitglieder jener Konsumentenorganisationen, welchen von Wiener Magistrate die Abgabe von Kartoffeln übertragen wurde, können sich bei ihrer Konsumentenorganisation zum Bezuge von Kartoffeln anmelden, ohne hiebei an den Wohnbezirk gebunden zu sein. Doch steht es Ihnen auch frei, sich unter Verzicht auf diese Anmeldung den Bezug der Kartoffeln bei einer der untenstehenden Abgabestellen des Wohnbezirkes zu sichern. Dagegen ist den Konsumentenorganisationen nicht gestattet, von Personen, welche nicht Mitglieder sind, Bezugsanmeldungen anzunehmen. Der Vorgang der Bezugsanmeldung ist folgender: Jeder Besitzer einer Kartoffelkarte hat die beiden gleichlautenden Rubriken der Karte: „Name, Wohnort des Kartenbesitzers“ entsprechend auszufüllen und die Karte der freigewählten Abgabestelle (oder Konsumentenorganisation) vorzuweisen. Die Abgabestelle (oder Konsumentenorganisation) hat die beiden gleichlautenden Rubriken: „Name, Wohnort der Verkaufsstelle“ auszufüllen, den äusseren Abschnitt der Karte abzutrennen und die Karte sodann der Partei sofort rückzustellen. Die abgetrennten Abschnitte bleiben in Verwahrung der Abgabestelle (oder Konsumentenorganisation), welche an der Hand dieser Abschnitte eine Kundenliste anzulegen hat. Jede Abgabestelle (mit Ausnahme der Konsumentenorganisationen) darf nur die Anmeldung von höchstens 3.000 Karten entgegennehmen. Falls der Besitzer einer Kartoffelkarte aus irgendeinem Grunde eine Kartoffelabgabestelle nicht ausfindig machen kann, hat er sich an die Marktamsabteilung des magistratischen Bezirksamtes seines Wohnbezirkes zu wenden, welche ihn einer Abgabestelle zuweisen wird. Die Anmeldung bei den Abgabestellen und Konsumentenorganisationen beginnt am 22. Oktober und schliesst am 27. Oktober. Der Tag, von welchem an die Besitzer von Kartoffelkarten beim Kartoffelbezuge an die einmahl gewählte Abgabestelle (oder Konsumentenorganisation) gebunden sind, wird abgesondert verlautbart werden. Bis zu diesem Tage sind die bereits bestehenden Kartoffelabgabestellen verpflichtet, an jedermann gegen Vorweisung der Kartoffelkarte und Abtrennung des Wochenabschnittes Kartoffeln abzugeben, auch wenn sich die betreffende Partei bei einer anderen Abgabestelle zum Kartoffelbezuge angemeldet hat. Diese Regelung setzt grössere Vorräte voraus, welche erst angesammelt werden können, wenn die Zufuhr (die im Anrollungsplan vorgesehene Höhe erreicht haben werden.

Humanitäts- und Wohltätigkeitsanstalten, Klöster- Lehr- und Erziehungsanstalten und dergleichen haben sich wegen Ausstellung von Kartoffelscheinen schriftlich mit einer Postkarte an das Bezirkswirtschaftsamt Wien, Kartoffelabgabestelle in Wien I. Rathaus, zu wenden; die Anmeldung hat zu enthalten: Name und Adresse der Anstalt, Zahl der dort zur Gänze verpflegten Personen, Flächenmass des allfälligen Lagerraumes.

Gänseverkauf. Morgen (Samstag) werden polnische Gänse zum Preise von 8,80 per kg an folgenden Ständen verkauft: Anton Dechant, 3. Bezirk, Grossmarkthalle; Anton Mentl, 4. Bezirk, Naschmarkt; Katharina Wlassaty, 8. Bezirk Markthalle - Stadiongasse; Katharina Holzinger, 10. Bezirk Markt- Eugenplatz; Antonia Stritzl, 15. Bezirk, Markt - Reithoferplatz; Katharina Bubitsch, 16. Bezirk Markt - Brunengasse; Barbara Filipitsch, 21. Bezirk Markt - am Spitzg.

Zentralverband von gewerblichen (und Wirtschafts-) Genossenschaften.

Unter dem Vorsitze des Landesauschusses Biehlohlawek fand gestern im Sitzungssaale des alten Rathauses eine Sitzung des Zentralverbandes von gewerblichen Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften Niederösterreichs statt, welcher auch Landmarschall Prinz Liechtenstein, Bezirkshauptmann von Pfersmann vom Ministerium für öffentliche Arbeiten und der Konsulent des Gewerbeförderungsamtes kaiserlicher Rat Stratzkaney sowie in Vertretung des Magistrates, Magistratssekretär Dr. Schwarz beiwohnten. In seiner Ansprache wies Landesauschuss Biehlohlawek auf die ausserordentliche Entwicklung des seit kaum einem Jahre bestehenden Verbandes hin. Das Ansuchen um Aufnahme neuer Genossenschaften habe es notwendig gemacht, eine ausserordentliche Generalversammlung einzuberufen und das Stammkapital zu erhöhen. Es sei mit Freude zu begrüssen, dass die Genossenschaften den Bestrebungen des Verbandes volles Verständnis entgegenbringen und durch den Anschluss an den Verband sich von dem Grosskapital unabhängig machen. - Namens des Ministerium für öffentliche Arbeiten gab Bezirkshauptmann von Pfersmann seiner Befriedigung darüber Ausdruck, dass der Verband nach so kurzer Tätigkeit derart glänzende Erfolge aufzuweisen habe, welche nur durch eine zielbewusste Leitung errungen werden konnten. Er gab der Erwartung Ausdruck, dass der Verband auch in der Zeit der Uebergangswirtschaft dem mittelständischen Gewerbe über die zweifellos grossen Schwierigkeiten hinweghelfen werde. - Direktor Zimmerl erstattete den Bericht der Geschäftsleitung, welchem zu entnehmen ist, dass die an die gewerblichen Genossenschaften bewilligten Kredite mehr als 3 Millionen betragen. Er erwähnte, dass trotz der Schwierigkeit der Warenbeschaffung und bei der Beschlagnahme aller Rohmaterialien es doch möglich war, einzelnen Genossenschaften dringend benötigte Waren zu verhältnismässig sehr günstigen Bedingungen abzugeben. Durch den Ankauf des Hauses 7. Bezirk, Zieglergasse 5 sei es möglich geworden, grosse Lagerräume für Rohmaterialien, deren Einkauf der Verband nach Beendigung des Krieges besondere Aufmerksamkeit zuwenden wird, zu sichern. Der Gesamtumsatz seit Beginn der Geschäftstätigkeit betrage rund 50 Millionen Kronen. Die den Genossenschaften gegebenen Darlehen wurden zu sehr günstigen Bedingungen gewährt, andererseits wurden für Kontokorrenteinlagen ein viertel bis einhalb Prozent mehr als von den Grossbanken geboten. Nach Erstattung des Berichtes

des Aufsichtsrates wurde der Antrag auf Erhöhung des Stammkapitales von 840.000 K auf 900.000 K genehmigt. - Nach einem Berichte des Landesinspektors Heinl wurde dem Gesellschaftsvertrag mit der Einkaufsstelle der Gemeinschafts- und Kriegeküchen die Zustimmung erteilt. - Der Präsident des deutsch-österreichischen Gewerbebundes GR. Breuer legte sodann eine Petition an die Regierung und an die beiden Häuser des Reichrates wegen endlicher Schaffung der Genossenschafts-Zentralkassa vor. Die Regierung habe bereits im Jahre 1906 eine diesbezügliche Vorlage eingebracht, welche hauptsächlich mit dem Hinweis darauf angefochten wurde, dass die notwendige Organisation der Genossenschaften fehle. Seitdem haben sich in fast allen Kronländern Landesverbände gebildet und die Staatsverwaltung sei an der weiteren Ausgestaltung der Lieferungsgenossenschaften besonders interessiert, damit sie nicht bei grossen Aufträgen auf die Industrie allein angewiesen ist; hierzu komme noch, dass der Einkauf von Rohstoffen auch nach Friedensschluss ungeheuren Schwierigkeiten begegnen wird und die Gewerbetreibenden für diesen Zweck den Kredit in ausserordentlicher Weise in Anspruch nehmen werden. Das seinerzeit in Aussicht genommene, vom Saate beizustellende Grundkapital von 6 Millionen Kronen müsse den heutigen Verhältnissen Rechnung tragend mit einem bedeutend höheren Betrage festgesetzt werden. Die Preussenkassa, die im Bruderreiche eine so ausserordentlich segensreiche Tätigkeit entfaltet und die auf einen Milliardenumsatz im Jahre verweisen kann, soll als Beispiel dienen. Nach einem Schlussworte des Landesauschusses Biehlohlawek, welcher darauf hinwies, dass die gesammte Aktion vom Landesauschusse Niederösterreichs ausgehe, welcher stets bemüht sei, das Gewerbe tatkräftig zu fördern, wurde die Versammlung geschlossen.

Bezirksvorsteher Blasel sprach beim Bürgermeister Dr. Weiskirchner vor und erörterte eine Reihe von Bezirksangelegenheiten. Insbesondere bat er den Bürgermeister um Übernahme der von Frau Anita Müller für die Flüchtlinge geschaffenen Fürsorgeeinrichtungen, welche nach Eintritt normaler Zeiten dauernd in den Betrieb der Stadt Wien, besonders für städtische Jugendfürsorge zu übernehmen wären. BM. Dr. Weiskirchner erwiderte, er werde in den nächsten Tagen diese Anstalten mit dem Magistratsreferenten besichtigen.

Gemeinderat Rudolf Müller + . Des Lächelnbegängnis des GR. Rudolf Müller findet am Sonntag 3 Uhr nachmittags vom Trauerhause--18-Bezirk Gertzgasse 40 aus statt. Die kirchliche Einsegnung erfolgt in der Pfarrkirche in Währing, Gertrudplatz.

27. Jahrgang. Wien, Samstag 20. Oktober 1917. Nr. 362.

Wohlfahrtsfleisch für die Mindestbemittelten. Infolge von Transport-schwierigkeiten kann das Wohlfahrtsfleisch an die Mindestbemittelten in der mit Montag den 22. Oktober beginnenden Woche erst von Donnerstag den 25. d.M. an wieder abgegeben werden. Mit Genehmigung des Amtes für Volksernährung werden die Fleischausgabe-Tage für die Besitzer der grünen, blauen und braunen amtlichen Einkaufsscheine in folgender Weise festgesetzt: Donnerstag, 25. Oktober die Buchstaben A - F, Samstag, 27. G - K, Montag 29. L - R, Mittwoch 31. d. M. S - Z ^{jedesmal gegen Abtrennung der Ziffer 29 des Einkaufsscheines} für die nächstfolgende Woche: Samstag, 3. November die Buchstaben A bis F, Montag 5. G bis K, Mittwoch 7. L bis R, Donnerstag 8. S bis Z, jedesmal gegen Abtrennung der Ziffer 28 des Einkaufsscheines.

Fettbezug für Mindestbemittelte. In der Zeit vom 21. Oktober bis 3. November l.J. werden bei den kundgewachten Verkaufsständen der Großschlächtereigegen Abtrennung des Abschnittes 29 des amtlichen Einkaufsscheines für alle Gruppen von Mindestbemittelten je 50 g Schweinespeck zum Preise von 48 h für jedes Mitglied des Haushaltes abgegeben.

Die Gänsepreise. In der letzten Gemeinderatssitzung hat Bürgermeister Dr. Weiskirchner eine Interpellation des GR. Ignatz Fischer über die Preistreiberei bezüglich Gänse und Gänsefett beantwortet und hat damals gesagt, dass für Gänse keine Höchstpreise, sondern nur vom Marktante gemäss § 15 der Preistreibereiverordnung festgesetzte Verkaufspreise bestehen. Diese Antwort hat auf verschiedenen Märkten die Auslegung gefunden, als ob eine Ueberschreitung der vom Marktante jeweilig festgesetzten Verkaufspreise ohne weiteres zulässig wäre. Dem gegenüber wird amtlich fest~~ge~~stellt, dass den vom Marktante fest~~ge~~setzten Preisen die Wirkung von Höchstpreisen im Sinne des § 16 Absatz 4 der kaiserlichen Verordnung vom 24. März 1917 R.G.Bl. Nr. 134 zukommt und dass daher Ueberschreitungen dieser vom Marktante kommissionell fest~~ge~~setzten Preise nach den Strafbestimmungen der zitierten Verordnung geahndet werden.

Ein Interview mit dem Bürgermeister. Die Vertreter zweier Budapester Blätter erschienen vor wenigen Tagen beim Bürgermeister Dr. Weiskirchner, um mit ihm Tagesfragen der Approvisionierung zu besprechen. Dr. Weiskirchner erteilte bereitwillig die gewünschten Auskünfte, ist jedoch sehr erstaunt über die Darstellung, welche diese Auskünfte in der Wiedergabe in den Budapester Blättern finden. Diese Darstellung ist teils entstellt, teils unrichtig aufgefasst, weshalb der Bürgermeister jede Verantwortung für diese Wiedergabe ablehnt.

MB. In den späten Abendstunden wird ein Bericht über die um 8 Uhr abends stattfindende Begrüssung der Teilnehmer an der Tagung des deutschen Museums ausgegeben.

Aus dem Rathause. Der Gemeinderat hält am Mittwoch eine Sitzung ab. Beginn 5 Uhr nachmittags. Auf der Tagesordnung stehen 22 Geschäftsstücke, darunter die Abstimmung über die in der letzten Sitzung zur Beratung gelangten Abgaben-Vorlagen.

Abgabe von Speiseessig. Ueber Einschreiten der Gemeinde Wien beim Aute für Volksernährung hat das Kriegsministerium eine grössere Menge reiner Essigsäure für den Zivilkonsum freigegeben, welche zu 2½%igem Speiseessig verarbeitet wurde. Das Amt für Volksernährung hat verfügt, dass der für Wien bestimmte Speiseessig in der Weise zu verteilen ist, dass jeder Haushalt vorläufig $\frac{1}{2}$ Liter bei jener Stelle zu erhalten hat, bei welcher er hinsichtlich seines Mehlbezuges rayoniert ist. Jene Haushaltungen, welche bei den städtischen Mehlabgabestellen das Mehl beziehen, können den ihnen zukommenden Essig vom Mittwoch, 24. Oktober an bei ihrer zuständigen Mehlabgabestelle gegen Vorweisung des amtlichen Einkaufsscheines und Abtrennung des Abschnittes 33 beziehen. Der Abgabepreis wurde mit 13 h für $\frac{1}{2}$ Liter festgesetzt.

Kartoffelabgabe. Morgen (Sonntag) werden auf den Märkten keine Kartoffeln abgegeben. Die auf den Kopf entfallende Wochenmenge von Kartoffeln wird für die nächste Woche wieder mit 1 kg festgesetzt. Die Kartoffeln werden in folgender Ordnung abgegeben: Montag Buchstaben A bis G, Dienstag H bis K, Mittwoch L bis P, Donnerstag Q, R, Sch, St, Freitag S bis Z, Samstag Nachzügler. Die Abgabe ist an den Wohnbezirk gebunden und erfolgt bei den üblichen Abgabestellen. Die Kartoffeln werden nur gegen Abtrennung des ganzen Wochenabschnittes C der Kartoffelkarte abgegeben. Es werden also alle 7 Tagesabschnitte C abgetrennt. Es wird aufmerksam gemacht, dass im Laufe dieser Woche die Anmeldung der Kartoffelverbraucher bei den städtischen Kartoffelabgabestellen und Konsumentenorganisationen zu erfolgen hat. (Kartoffelrayonierung.) Die in jedem Bezirke errichteten städtischen Abgabestellen sind in den angeschlagenen Kundmachungen ersichtlich. Diese Stellen sind durch eine rosafarbige Tafel mit der Aufschrift „Abgabestelle für städtische Kartoffeln“ gekennzeichnet.

Verkehrsunterbrechung der Linie 16. Wegen Gleisarbeiten in der Wagramerstrasse wird die Linie 16 vom Montag, 22. d.M. angefangen bis auf Weiteres auch in jenen Stunden, in welchen sie sonst von der Endstation Stadlau bis zum Praterstern weitergeführt wird, als Pendellinie nur zwischen Endstation Stadlau und Anschluss Wagramerstrasse betrieben werden.

Todesfall. Am 18. d.M. ist der Veterinär-amts-Inspektor Karl Liebl, einer der bekanntesten und beliebtesten Tierärzte des städtischen Veterinär-amtes im 57. Lebensjahre plötzlich gestorben. Liebl war seit Einbeziehung der Vororte Leiter der Veterinär-amtsabteilung für den 16. Bezirk. Das Leichenbegängnis findet morgen (Sonntag) 3 Uhr nachmittags vom Trauerhause 3. Bezirk, Sophienbrückengasse 31 aus statt. Die Einsegnung erfolgt in der Pfarrkirche zu St. Rochus und Sebastian (Landstrasse).

Abgabe der Kaffeemischung. Anlässlich der neuen Ausgabe der Kaffeemischung werden die Verbraucher neuerlich aufmerksam gemacht, dass die Kaffeemischung nur gegen Abtrennung der Kaffeekartenabschnitte und Durchlochung eines Buchstaben des am unteren Rande der Mehlbezugskarte aufgedruckten Alphabetes verkauft werden darf. In dieser Kaffeekartenperiode vom 30.9. bis 24. 11. wird der Buchstabe Z durchlocht. Auf Mehlbezugskarten, bei welchen der Buchstabe Z durchlocht ist, darf, selbst wenn der Käufer gültige Kaffeekarten vorweist, keine Kaffeemischung abgegeben werden.

Todesfall. Gestern starb der Tapezierer und Dekorateur Wilhelm Hippauf, Besitzer des goldenen Verdienstkreuzes. Das Leichenbegängnis findet Montag nachmittags vom Zentral-Friedhofe aus statt.

27. Jahrgang. Wien, Samstag 20. Oktober 1917. Nr. 363.

Tagung des deutschen Museums. Bürgermeister Dr. Weiskirchner begrüßte heute abends in seinem Empfangssalon die Teilnehmer an der Tagung des Vorstandsrates des deutschen Museums zu München, die Herren kön. bayrischen Staatsminister Dr. Ritter von Knilling (München), Gesandten Dr. Gustav von Krupp (Essen), Staatsrat Dr. von Kahr, geheimen Hofrat Professor Dr. von Wien (Würzburg), geheimen Rat Professor Dr. von Linde (München), geh. Regierungsrat Professor Dr. Duisberg (Leverkusen), Geh. Rat Professor Dr. von Dyk, Major bei der Zivilverordnung Belgiens, Dr. Blohm, Inhaber der Schiffswerfte (Hamburg), Reichs-Rat Dr. von Miller (München), geh. Beirat Dr. Ehrenberger (Traunstein), geh. Regierungs-Rat Professor Dr. Hagen (Charlottenburg), Direktor der Zeilwerke Professor Dr. Straubl (Jena), Professor von Seidl (München), Professor Matschoss (Berlin) und Ingenieur Schönberg (München).

Zur Begrüssung hatten sich eingefunden: Gesandter Freiherr von Tucher, Finanzminister Dr. Freiherr von Wimmer, Handelsminister Dr. Freiherr von Wieser, Minister für Kultus und Unterricht Dr. Cwiklinski, Statthalter Freiherr von Bleyleben, Polizeipräsident Gayer, Vizebürgermeister Hoss, Rain, Präsident des technischen Versuchsamtes Geh. Rat Dr. Exner, Herrenhausmitglieder Dr. Arthur Krupp, Präsident der Handels- und Gewerbekammer Ritter von Schüller und von Noot, Sektionschef a. D. Dr. Brosche, Rektor der Universität Hofrat Dr. Horst Meyer, Rektor der technischen Hochschule Kirsch, Rektor der Hochschule für Bodenkultur Hofrat Micklitz, Stadtrat Schneider, die Mitglieder des Kuratoriums Reg. Rat Schmid, StR. Zatzka, StR. von Steiner, Direktor Menzel, Direktor Karel, Direktor Ingenieur Spängler, Mag. Rat Dr. Loderer, die Schriftführer des Gemeinderates Leitner, Obrist, Philp, Stanglberger, Obmann der deutsch-freihheitlichen Partei StR. Dr. Hein, Mag. Direktor Dr. Fuchtern, Stadtbau Direktor Dr. Goldewund, Vorstand des Präsidialbüro Mag. Rat Formanek, Hofrat Professor Schlenk, General Direktor Dr. Günther, General Direktor Dr. Schick, Direktor des technischen Museums Oberbaurat Erhard und General Sekretär des technischen Museums Reg. Rat Dr. Klima.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner begrüßt mit vieler Herzlichkeit die hochangesehenen Gäste aus dem stammverwandten und eng verbündeten Nachbarreiche und dankt den Mitgliedern der Regierung für die ausgezeichnete Anwesenheit beim Empfange der deutschen Gäste.

Dr. Weiskirchner fährt fort: Gerade vor 10 Jahren hat ein vornehmer Kreis angesehenen Bürger unserer Stadt meinem Vorgänger Dr. Lueger den Plan zur Erbauung eines technischen Museums zur Förderung durch die Gemeinde überreicht.

Dr. Lueger, ein Mann grosser Konzeption und weiter Voraussicht erfasste voll die Bedeutung dieses Planes und über seine Veranlassung widmete der Gemeinderat den Baugrund für das Museum und einen Beitrag von 1 Million Kronen zu den Baukosten. Der Gemeinderat war sich bewusst, dass er mit diesem Beschlusse nicht nur seinen Pflichten gegenüber der Wissenschaft und Technik, der Industrie und dem Gewerbe gefehlt werde, sondern an einem Werke teilnehme, das geradezu eine vaterländische Kulturtat genannt werden muss. Und so sehr war die Gemeinde Wien davon überzeugt, dass der Bau eines technischen Museums nicht etwa nur das Interesse eines Standes, eines Teile

der Bevölkerung betreffe, sondern im Interesse der Wohlfahrt des ganzen Landes und der gesamten Bevölkerung gelegen sei, dass sie die Förderung und Unterstützung des Projektes als eine im hohen Masse patriotische Unternehmung ansah und in jenes Programm aufnahm, das zur Feier des 60 jährigen Regierungsjubiläums Seiner Majestät des Kaisers Franz Josef I. von Seite der Gemeinde Wien durchgeführt wurde.

Der Weltenbrand, der uns im 4. Jahre schon heimsucht, schien alle Kultur zu vernichten und den Bau von Friedenswerken zu hindern. Aber hochaufragend und mächtig erhebt sich nun, nicht unwert des deutschen grossen Vorbildes draussen, in der Nähe des Schlosses Schönbrunn, in dem Franz Josef von seinen Völkern geschieden ist, der vaterländische Bau, das Technische Museum, ein Wahrzeichen für die Erkenntnis, dass der Kulturgedanke unvergänglich ist.

Sie, meine sehr geehrten Herren, darf ich heute im Wiener Rathause als berufene Apostel dieses Kulturgedankens begrüßen. Das Deutsche Museum in München war ein glänzendes Vorbild für unser Technisches Museum und beide Werke werden in ihrem harmonischen Miteinanderwirken unserer Zeit ein beredtes Zeichen dafür sein, dass die verbündeten Länder nicht nur mit den Waffen, die der Krieg verlangt, sondern auch mit den Waffen des Geistes in dauernder Gemeinschaft zu einander stehen. Sie werden morgen unser Technisches Museum besichtigen und werden finden, dass auch hier eine erhabene und erhebende Heimstätte unserer Industrie und eine vorzügliche Bildungsstätte für unser Volk geschaffen worden ist. Und ich möchte es nicht unterlassen, auf ein Merkmal hinzuweisen, dass mit bei der Besichtigung des Museums so wohlthuend aufgefallen ist und das auch das Deutsche Museum in München auszeichnet: es ist die Vermeidung des trockenen Lehrganges in der Auswahl und Aufstellung der Gegenstände und die Verbindung deutschen Empfindens mit dem Ernste der Forschung. Darin liegt der Beweis der stammverwandten Art und des Kunstsinnes, welcher München und Wien in gleicher Weise auszeichnet und alles Denken und Fühlen durchwebt; sicher aber ist das Museum ein Beweis dafür, dass die technische Wissenschaft volkstümlich geworden ist: sie lebt und arbeitet mit dem Volke und durch das Volk.

So dürfen Sie mit Ihren Bestrebungen, meine sehr geehrten Herren, getrost in die Zukunft blicken; getragen von dem Verständnisse und der Mitwirkung des Volkes, werden Ihre Bestrebungen gefördert von der väterlichen Fürsorge unserer Monarchen. Wie die Ziele des Deutschen Museums von Ihren Majestäten, dem deutschen Kaiser und dem König von Bayern unter ihren Schutz genommen sind, so ist unser erlauchter Kaiser und Herr Karl I., in dem wir mit Recht den Hort unserer Zukunft erblicken, den Bestrebungen, die sich im Technischen Museum verkörpern, der hochherzigste Schutzherr.

Seien Sie uns herzlich willkommen, meine sehr geehrten Herren, im Hause der Wiener Bürgerschaft, die mit warmem und tatkräftigem Interesse an Ihren Zielen mitzuarbeiten bestrebt ist, seien Sie uns gegrüßt als die Pioniere deutschen Geistes und deutscher Kraft und als die Verkünder einer schönen, arbeitsfrohen Zukunft!

Kgl. Bayerischer Staatsminister Dr. Eugen Ritter von Knilling erwiderte auf die Rede des Bürgermeisters. Er gedachte der vergangenen Tagungen in Leverkusen und in Berlin und fuhr dann fort: Als es heuer hiess auf nach Wien, da begegnete diese Einladung bei uns allen einem freudigen Widerhall. Die Kaiserstadt an der Donau hat für uns Reichsdeutsche eine ganz besondere Anziehungskraft, es ist uns immer ein Genuss ganz eigener Art in Wien, dem Herzen Oesterreichs, zu weilen. Mit doppelter Genugtuung erfüllte es uns mitten in den Schrecknissen des furchtbarsten Krieges aller Zeiten nach Wien zu kommen. Wird uns doch

Gelegenheit gegeben, mit hervorragenden Personen der engverbündeten Donaumonarchie in Fühlung zu treten und unsern Dank für die in uner-schütterlicher ~~xx~~ Treue geleistete Waffenbrüderschaft Ausdruck zu verleihen. Nie wird im Deutschen Reiche vergessen werden, mit welchem Mute die Heldenöhne Oesterreich-Ungarns im Jahre 1914 sich der über-mächtigen russischen Flut entgegenwarfen und trotz ihrer Minderheit die Grenzen vor der Ueberschwemmung durch die damals kriegsgewaltigen Gegner bewahrten. Auch das heldenmütige Verhalten der österreichisch-un-garischen Soldaten an der Isonzofront wird ein ewiges Ruhmesblatt ihnen in der Kriegsgeschichte aller Zeiten sichern. Der Treubund, der mit Blut und Tod besiegelt wurde, wird auch über den Krieg hinaus ^{an-}halten. Die gegenseitige Ueberzeugung, was dem einen Teile frommt, kommt auch dem anderen zugute, wird in uns stets wach erhalten bleiben. Ausser diesem lebendigen Gefühl dankbarer Freundschaft und abgesehen von dem grossen Reize, den Ihre schöne Stadt auf die westlichen Nachbarn und Freunde ausübt, verbündet uns Leute vom Deutschen Museum noch manches Andere. Unter den Schätzen unserer Sammlungen im Deutschen Museum befinden sich die Modelle der weltberühmten Wienflussregulierung und der vorbildlichen Hochquellenleitung, welche ein beredtes Zeugnis von der bahnbrechenden Leistung des Wiener Gemeinwesens auf technischem Gebiete ablegen. Von dem tiefen Verständnis, das in der Gemeinde Wien für die Errungenschaft der Technik herrscht, zeugen auch die grossen Opfer, welche die Stadt Wien für das Technische Museum für Industrie und Gewerbe gebracht hat. Dieses Museum ist ebenso wie jenes in München nicht bloss eine Bildungs- und Lehranstalt für das Volk, beide sind auch Ruhmeshallen, in denen der Technik unvergängliche Denkmäler gesetzt werden. Die Technik hat uns im Kriege die Stegfriedswaffen geschmiedet, die Erfindungsgabe der Techniker hat die schändlichen Pläne unserer Feinde zu nichte gemacht. Ein Gelehrter des feindlichen Italien hat erklärt, dass, wenn wir aus dem Kriege siegreich hervorgin-gen, dies in erster Linie der Technik zu danken sei. Wir fürchten nicht, dass das Wort von der Ausschaltung unserer wirtschaftlichen Wettbewer-bes zur Tat werden wird, die Welt wird deutsches Schaffen und deutsche Arbeit nie entbehren können.

Rodner erinnert an seine Eindrücke anlässlich der Jahrhundertfeier im Jahre 1913, als die deutschen Reichsfürsten mit glänzendem Gefolge unter dem Donner des Geschützes, unter dem Rauschen der Fahnen und unter dem Geläute der Festglocken mit der „Wacht am Rhein“ empfangen wurden. Als in jener feierlichen Stunde das „Lieb Vaterland magst ruhig sein“ erklang, konnte mancher gereifte Mann, von der Grösse des Augenblicks überwältigt, sich kaum der Tränen erwehren. So wollen auch wir, wenn hie und da Baghaftigkeit und Kleinmütigkeit sich regen sollten, im festen Vertrauen auf unsere Kraft und Ausdauer das Gelöbnis steten Zu-sammenhaltens ablegen.

Der Redner dankt schliesslich für den herzlichen Empfang im Rathause und für die ausserordentlich gütigen Worte des Bürgermeisters und schliesst mit dem Rufe: Die liebe, die einzige Stadt Wien, sie lebe hoch, welcher Ruf von den deutschen Gästen mit lauter Zustimmung begleitet wurde.

364

Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Herausgeber und verantwortl. Redakteur Franz Michler,
Wien, I., Neues Rathaus.

27. Jahrgang. Wien, Montag 22. Oktober 1917. Nr. 364.

Evidenzstelle für Pferde und Fuhrwerk. Über Auftrag der niederösterreichischen Statthalterei wurde vom Bürgermeister bei der Direktion der städtischen Stellwagenunternehmung 1. Bezirk, Jasomirgottstrasse 2, eine Zentralevidenzstelle des Wiener Magistrates für Pferde und Fuhrwerke errichtet. Dort werden Anmeldungen von Pferden, welche wegen Nichtzuweisung von Futter aus Wien abgegeben werden, sowie von hiedurch entbehrlich gewordenen Fuhrwerken entgegengenommen und Auskünfte an Parteien, welche solche Pferde oder Fuhrwerke übernehmen wollen, erteilt werden. Die bezeichnate Stelle wird sich demnach in den in Rede stehenden Fällen mit der Vermittlung der Pferde bzw. Fuhrwerksabgabe und Übernahme befassen. Mit der Leitung wurde der Direktor der städtischen Stellwagenunternehmung Kaiser Rat Liffka betraut. Die Stelle hat ihre Tätigkeit am 18. d. M. aufgenommen. Die Dienststunden sind: an Werktagen von 8 Uhr früh bis 2 Uhr nachmittags, an Sonn- und Feiertagen von 9 Uhr früh bis 12 Uhr mittags. Für Anfragen sind Fernsprechverbindungen der städtischen Stellwagenunternehmung Nr. 19535 und 19540 zu benutzen.

Lebensmittelstelle der Wiener städtischen Angestellten. Die Mitglieder können den Kartoffelbezug für so viele Personen als ihr eigener Haushalt Kartoffelkarten zugewiesen erhält, bei folgenden Bezugsstellen anmelden: Die im 1., 8. Bezirk und ausserhalb Wiens wohnenden, im Warenlager 1. Bezirk Bartensteingasse 13, die im 4., 5., 6., und 10. Bezirk rechts von der Laxenburgerstrasse wohnenden im städtischen Fuhrwerksdepot (Kanzlei) 5. Bezirk, Siebenbrunnfeldgasse 3, die im 3., 11. und 10. Bezirk links von der Laxenburgerstrasse wohnenden im städtischen Fuhrwerksdepot (Kanzlei) 11. Bezirk, Simmeringerhauptstrasse 30, die im 12., 13. und 14. Bezirk wohnenden im städtischen Fuhrwerksdepot (Kanzlei) 12. Bezirk, Tivoligasse 8, die im 7., 15. und 16. Bezirk wohnenden im städtischen Fuhrwerksdepot (Kanzlei) 16. Bezirk, Arneithgasse 26/28, die im 17., 18. und 9. Bezirk links von der Währingerstrasse wohnenden im städtischen Fuhrwerksdepot (Kanzlei) 17. Bezirk, Johann Nepomuk Bergerplatz 12, die im 19. und 9. Bezirk, rechts von der Währingerstrasse wohnenden im städtischen Fuhrwerksdepot (Kanzlei) 19. Bezirk, Grinzingerstrasse 99, die im 2., 20. und 21. Bezirk wohnenden im städtischen Fuhrwerksdepot (Kanzlei) 20. Bezirk, Traisengasse 8. Anmeldungen werden an diesen Stellen in der Zeit von 8 bis 12 und 2 bis 5 Uhr am 23. d. für die Buchstaben A bis G, 24. H bis K, 25. L bis R, 26. S, Sch, St und 27. T bis Z entgegengenommen. Vorzuweisen sind: die Lebensmittelbezugskarte der obigen Lebensmittelstelle und die Kartoffelkarten, in deren beiden gleichlautenden Rubriken Name und Wohnort des Kartenbesitzers von diesen auszufüllen sind. Es wird ausdrücklich aufmerksam gemacht, dass die Kartoffelkarten nach Abtrennung des Abschnittes durch die Anmeldestelle von der Partei rückzuverlangen sind. Der Beginn, die Menge und Art des Kartoffelverkaufes werden nach den Weisungen des Bezirkswirtschaftsamtes Wien durch die Zeitungen bekanntgegeben werden.

Die Tätigkeit des Bundes der deutschen Städte Oesterreichs. Der zweite Jahresbericht des Bundes der deutschen Städte Oesterreichs ist soeben anlässlich des am 25. Oktober d. J. stattfindenden Deutsch-oesterreichischen Städtetages erschienen und beweist, dass der Bund auch im zweiten Jahr seines Bestandes eine umfangreiche Tätigkeit im Interesse der deutsch-österreichischen Städte und Märkte entfaltet hat. In drei Sitzungen des grossen Ausschusses und zahlreichen Sitzungen der engeren Geschäftsleitung wurden die Ernährungsfragen, die Fragen der Städtefinanzen, der Kriegsauslagen, des Städtekredites, der Holz- und Kohlenversorgung und zahlreiche laufende Angelegenheiten teils allgemeiner Natur, teils einzelne Mitglieder betreffend, beraten. Ein besonderer Ausschuss befasste sich mit der Frage der Reform der Gemeindeverfassung. Dem Städtebund gehören 155 Städte und Märkte, darunter sämtliche deutsch-österreichische Städte mit mehr als 10.000 Einwohnern an. Die Sammlung für das Kriegshilfswerk Ortelsburg wurde fortgesetzt und eine Sammlung für die vom Erdbeben schwer heimgesuchte deutsche Stadt Rann mit ansehnlichem Erfolg geleitet. Auf dem Städtetag, der am 25. d. M. unter dem Vorsitze des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner stattfindet, werden hauptsächlich Fragen der Gemeinde-Finanzen (Berichterstatte Obermagistratsrat Dr. August Mayr und Vizebürgermeister Rain) und Fragen der Volksernährung (Berichterstatte StR. Spalowsky und Abgeordneter Kraft) zur Beratung gelangen.

Das Leichenbegängnis des GR. Rudolf Müller. Unter äusserst zahlreicher Beteiligung fand Sonntag nachmittags das Leichenbegängnis des verdienstvollen GR. Rudolf Müller, Rechnungsdirektor i. P. statt. GR. Monsignore Wolny nahm im Trauerhause 18. Bezirk, Gentsgasse 40 die feierliche Einssegnung vor, worauf sich der Trauerzug zur Pfarrkirche St. Gertrud bewegte. Unter den Trauergästen konnte man bemerken: Bürgermeister Dr. Weiskirchner, mit den VB. Hierhammer, Hoss und Rain, Landesauschuss Kunschak, Oberkurator von Steiner, den Präsidenten der Wiener Bürgervereinigung StR. Brauneis, B. V. Baumann mit vielen Bezirksräten, die Stadt- bzw. Gemeinderäte Jung, Dr. Klotzberg, Kronek, Kerner, Komrovsky, Paulitschke, Philp, Fichler, Roth, Solterer, Schwarz, Stanglberger, Tomola, Wettengel, Altbürgermeister Dr. Neumayer, die Obermagistratsräte Dr. Mayr, Pawelka und Arzt, von der städtischen Leichenbestattung Direktor Dr. Rauscher, Regierungsrat Mayer, Gymnasialdirektor Johann de Mathe-Westl, zahlreiche Korporationen und Vereine des Bezirkes. Nach dem Trauergottesdienste hielt BM. Dr. Weiskirchner vor dem Kirchenportale eine Ansprache, in der er die alte Parteitreu des Verewigten in den anerkanntesten Worten würdigte, ferner dessen zahlreiche Verdienste um das Wohl seiner Vaterstadt, sowie seiner Berufskollegen besonders hervorhob und mit den Worten schloss: „Bürgermeister und Gemeinderat stehen trauernd vor dem Sarge des teuren Freundes, sie werden ihm stets ein dankbares Angedenken bewahren.“ Die Beisetzung der Leiche erfolgte am Döblinger Friedhofe.

Zunahme der Steuereingänge. Im ersten Vierteljahr des Verwaltungsjahres 1917/18 (Juli, August, September) sind bei den städtischen Steueramtsabteilungen sämtlicher Bezirke an direkten Staatssteuern samt Umlagen und Nebengebühren 149.241.882 K gegenüber 65.779.573 K im selben Zeitraume des Vorjahres eine Zunahme beträgt daher 83.462.309 K. Diese ausserordentlich starke Steigerung ist insbesondere durch die Einführung der Kriegsgewinnsteuer und der Kriegszuschläge, des Rentabilitätszuschlages, ferner durch die Exkontingentierung der Erwerbsteuer und die Erhöhung der Umlagen verursacht. An Kriegsgewinnsteuer wurden 25.726.713 K, an Kriegszuschlägen 33.197.490 K eingezahlt. Die Erwerbsteuer samt Zuschlägen ist von

3.735.256 K im Vorjahre auf 5.989.846 K, die Erwerbsteuer von den der öffentlichen Rechnungslegung unterworfenen Unternehmungen samt Zuschlägen von 11.725.351 K im Vorjahre auf 18.498.016 K, die Einkommensteuer von 9.512.614 K auf 16.292.577 K, die Besoldungssteuer von 800.541 K auf 2.361.404 K gestiegen.

Luegermesse. Das Präsidium der Wiener Bürgervereinigung ersucht die Mitglieder sich an der Gedächtnismesse für den Bürgermeister Dr. Lueger am 24. d. 10 Uhr vormittags in der Zentral-Friedhofskirche zahlreich zu beteiligen.

Strassenbahnverkehr zu Allerheiligen. Für den Strassenbahnverkehr zu Allerseeelen gelten folgende Bestimmungen: direkte Züge zum Zentralfriedhof verkehren a) vom 25. Oktober bis einschliesslich 4. November l. J. an schönen Nachmittagen vom Schottentor über Ring- Rennweg und von der ehemaligen Mariahilferlinie über Reinprechtsdorferstrasse - Geiselbergstrasse; b) am 28. und 31. Oktober, ferner am 1., 2. und 4. November auch von anderen Stellen. Die Linie F wird am 1. November eingestellt, die Linie 42 wird dafür als Friedhofslinie über den Kai geführt. Die Zonengrenze 4/5 wird verschoben von der Haltestelle Friedrich & Haaga (Neugebäude) zum Bahnhof Simmering am 28. Oktober, 1. und 4. November von 1/2 Uhr früh bis 8 Uhr abends, ferner am 31. Oktober und 2. November von 1 Uhr mittags bis 8 Uhr abends. Der Verkehr nach Schwechat wird eingestellt am 28. und 31. Oktober, dann am 1., 2. und 4. November in der Zeit von 2 Uhr bis 6 Uhr nachmittags. Der billigere 22 h Tarif gilt am 1. November für die Rückfahrt vom Zentral-Friedhof aussergewöhnlich bis 2 Uhr nachmittags. Zu den Zeiten des starken Verkehrs wird die End- und Anfangsstation zum II. Tor verlegt; die Züge werden dann beim I. und III. Tor weder zum Ein- noch Aussteigen anhalten. Die Einsteigstelle für die Züge über Landstrasse und Kai wird zwischen dem II. und III. Tor, für alle übrigen Züge vor dem II. Tor eingerichtet. Um möglichst bequem zu fahren empfiehlt es sich, die Hinfahrt zwischen 11 Uhr und 1 Uhr mittags, die Rückfahrt zwischen 1 Uhr und 3 Uhr 30' nachmittags anzutreten.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner muss infolge eines leichten Unwohlseins über ärztliche Anordnung das Bett hüten und voraussichtlich einige Tage seinem Büro fernbleiben.

365

Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Herausgeber und verantw. Redakteur Franz Michew,
Wien, I., Neues Rathaus.

27. Jahrgang. Wien, Dienstag 23. Oktober 1917. Nr. 365.

Butterabgabe. Die Buttermenge für die abgelaufene Woche, die infolge Zufuhrstockungen bisher nur teilweise ausgegeben werden konnte, gelangt in der laufenden Woche zur Verteilung. Die für die laufende Woche bestimmte Butter wird, wenn sie rechtzeitig einlangt, noch Ende dieser Woche, andernfalls in den ersten Tagen der nächsten Woche ausgegeben werden.

Einschränkung des Gasverbrauches. Jeden Dienstag, Donnerstag und Samstag um 3, 4 und 5 Uhr nachmittags finden im Vortragssaale der städtischen Gaswerke frei zugängliche Anschauungsvorträge statt, in denen gezeigt wird, wie durch eine zweckentsprechende Benützung der Gasverbrauchsgeräte Gas gespart und wie der Gasverbrauch von jedem Gasverbraucher täglich selbst überprüft werden kann. Der Besuch dieser Anschauungsvorträge wird empfohlen, da schriftlich einlangende Fragen über die Einschränkung der Gasverwendung von den städtischen Gaswerken wegen Personalmangel nicht beantwortet werden können.

Die Ausgestaltung des Gesundheitswesens. In der letzten Sitzung des Stadtrates berichtete StR. von Steiner über die Stellungnahme zu den vom Herrenhause am 21. Juli l.J. beschlossenen Resolutionen, welche betreffen 1.) die eheste Aufnahme der Amtswirksamkeit des neugeschaffenen Ministeriums für Volksgesundheit und soziale Fürsorge, 2.) die Inanspruchnahme der während der Kriegszeit errichteten Baraken für die öffentliche Gesundheitspflege, 3.) die bauliche Ausgestaltung der Einrichtung der Universitätskliniken und Institute. Der Referent erwähnte, dass der Wiener Gemeinderat zu diesen Fragen Stellung nehmen müsse, um vorzuzusorgen, dass bei ihrer Lösung die Bedürfnisse der Stadt Wien voll zur Geltung gebracht werden. Nach eingehender Begründung stellte er folgende Anträge:

Siehe Beilage.

An das Referat knüpfte sich eine längere Wechselrede, nach welcher die Anträge zum Beschlusse erhoben wurden.

Bezirksratsitzungen. Die Vertretung des Bezirkes Mariahilf hält am 29. d. um 5 Uhr, jene des Bezirkes Josefsstadt am 24. d. um 4 Uhr und die Vertretung des Bezirkes Währing am 26. d. um 5 Uhr nachmittags eine öffentliche Sitzung ab.

Gleiseinbauten. Der Stadtrat beschloss nach einem Antrage des StRs. Schneider die Erneuerung der Einbindung der Geleiseschleife bei der Stadtbahnhaltestelle Breitensee in die Hütteldorferstrasse im 13. Bezirk mit den Kosten von 12.000 K und die Erneuerung von 3 Gleisstrecken auf der Linie Floridsdorf-Gross Enzersdorf und zwar: in Kagran, in Hirschstetten und in Aspern mit den Kosten von 55.500 K.

316 Wiener Rathaus-Korrespondenz.
Herausgeber und verantw. Redakteur Franz Michalek,
Wien. I., Neues Rathaus.

27. Jahrg. Wien, Mittwoch 24. Oktober 1917. Nr. 366.

Kriegsküchen-Eröffnung. Die Kaiserin Zita-Kriegsküche Nr. 52 an der Gablentzgasse im 15. Bezirk gegenüber der Radetzkykaserne wird Ende Oktober oder in den ersten Novembertagen ihren Betrieb aufnehmen und zwar ausschliesslich für Bewohner des 15. und 16. Bezirkes. Anmeldungen zum Speisenbezug werden in der Kanzlei des 15. Bezirkes (Gasgasse 8/10) und im Frauenarbeitskomitee für den 16. Bezirk (Richard Wagnerplatz, Amtshaus) vom 25. bis 27. Oktober l. J. von 9 bis 12 Uhr vormittags und 3 bis 6 Uhr nachmittags gegen Vorweisung des amtlichen Einkaufsscheines und des polizeilichen Meldezettels entgegengenommen.

Höchstpreise für ausländische Butter. Die Höchstpreise für ausländische Butter stellen sich im Kleinverkauf bis auf weiteres für ausgeschnittene Ware auf K 15,80 per kg, für pakettierte Ware auf K 16.-- per kg, es dürfen demnach für 12 dkg nicht mehr als K 1,90 für ausgeschnittene Ware und K 1,92 für pakettierte Ware berechnet werden.

Silberne Hochzeit. Steueramtskontrollor Josef Stanglberger, Vorstand der Steueramtsabteilung für den 8. Bezirk, begeht am 1. November das Fest der silbernen Hochzeit der Zeit entsprechend im engsten Familienkreise. Er ist auch Schriftführer des Armeninstitutes Ottakring und Obmann-Stellvertreter des Vereines der Steueramtsbeamten der Stadt Wien.

Lueger Gedenkmesse. Heute alsoam Geburtstage des verstorbenen Bürgermeisters Dr. Lueger fand in der Zentralfriedhofskirche die jährliche Gedächtnismesse statt. Hiezu hatten sich eingefunden die Vize-Bürgermeister Hierhammer, Hoß und Rain, der Obmann des Bürgerklubs Oberkurator von Steiner, der Präsident der Bürgervereinigung St. Braunneiß, weiters die Stadt- und Gemeinderäte Braun, Breuer, Effenberger, Findenigg, Fraß, Heindl, Hermann, Huschauer, Klotzberg, Kurz, Langer, Laubek, Lux, Mayer, Josef Müller, Nemetz, Oberleuthner, Partik, Rykl, Heinrich Schmid, Schwarz, Siegmeth, Solterer, Stich, Ullreich, Wessely, Wimberger, Wippel, Wolny, Zatzka, die Bezirksvorsteher Baumann, Ohrfandl, Thomas Porzer und Hruza, die Landtagsabgeordneten Dr. Nepustil und Anderle, Landesinspektor Heindl, Bezirksschulinspektor Kundy, weiters M. Dior Dr. Nüchtern, Stadtbau Dior. Dr. Goldemund, Ober M. R. Dr. Winkler, die M. Rte. Formanek, Hanisch und Dr. Ebermann, M. Sekretär Jiresch, Buchhaltungs-Dior. Hillinger, Archivs-Dior. Hango, die Direktoren der städtischen Unternehmungen Menzel, Karel und Liffka, Direktor Dworzak von Steuerkataster, Vz. Dior. Bausenwein vom Veterinär-Amt, Stadtgarten Dior. Hybler, Oberrechnungsrat Löffler, Kanzlei Dior kaiserlicher Rat Mayer, Oberinspektor Wagner, Vize Dior. Groh und Vorstandsmitglied Luley vom Klub der Hauptkassenbeamten, Friedhofsverwalter Frank und andere.

Während der vom Professor Wolny celebrierten Messe sang die Mariahilfer Männergesangsverein „Arminius“ unter Leitung seines Chormeisters Professor Rudolf Mañke die „Deutsche Messe“ von Franz Schubert. (Orgel) Chordirektor Weinwurm. Mit der Kranzniederlegung am Sarge Dr. Luegers schloss die Gedenkfesier.

Bei den Heldengräbern.

Nunmehr begaben sich die Versammelten zu den Heldengräbern am Zentral-Friedhofe und hier hielt V. B. Hierhammer, nachdem er namens der Gemeinde am Heldendenkmal einen Kranz niedergelegt, eine tiefergreifende Ansprache, in welcher er ausführte: „Zum viertennmale jährt sich heute der Tag, an dem die Gemeindevertretung an diesem Denkmale erschien, das den hier ruhenden Helden errichtet wurde. Als wir, ein Jahr nach diesem schrecklichen Kriege, uns hier versammelten, waren unsere Herzen tief-ergriffen über die Grösse des Leichenfeldes, das sich damals hier ausbreitete. Wie aber hat sich im weiteren Verlaufe dieses Krieges die Zahl der hier Ruhenden vergrössert. Weit über 9.000 liegen hier bestattet und über 4.000 ruhen in anderen Teilen dieses Friedhofes, alle Heldensöhne, die den Tod für das Vaterland erlitten. Unsagbar aber ist unser Empfinden, wenn wir an die Schlachtfelder Galiziens denken. An Stelle der Wälder, die einst dort gestanden und vom Eisenhagei zerschmettert wurden, sind Wälder von Kreuzen auferstanden, um die Gräber derjenigen zu kennzeichnen, die der Krieg dahingemäht. Ueber 4 Millionen Gefallener liegen in Galiziens Erde und noch immer häuft sich die Zahl derjenigen, die im Blutmeere, das über Europa sich ergießt, untergegangen sind. Kein Kreuz und kein Hügel aber zeichnet die letzte Ruhestätte all der Tausende und Abertausende, die namenlos dahingesunken oder in den Tiefen der Meere ihr Grab gefunden. Diejenigen, die den Krieg entfacht haben und die noch immer hetzen, damit er weiter dauert, sollte man hinführen an die Gräberstätten Europas, sollte ihnen die Mütter, Kinder und Frauen der Gefallenen zeigen, die im unendlichen Schmerze vergehen ~~und~~ diejenigen, die nicht mehr wiederkommen, vielleicht, dass dies ihr Gewissen erweichen und sie zum Bewusstsein des Verbrechens bringen wird, das sie über die Menschheit heraufbeschworen. Dem gegenüber steht das hehre Friedenswerk des Papstes, möge Gott es geben, dass sein Werk gelinge und möge wieder die Zeit kommen, wo die Völker Europas versöhnt einander die Hände reichen.“

Schliesslich wurde das über dem Ehrengrabe Dr. Psenners errichtete Grabdenkmal besichtigt, wo der Sohn des Verstorbenen Hauptmann Psenners namens der Familie den Dank aussprach.

367

Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Derausgeber und verantw. Redakteur *Franz Mischeu,*
Dien. l. Neues Rathaus.

Wiener Gemeinderats-Sitzung vom 24. Oktober 1917.

Vorsitzender Vize-Bürgermeister Hierhammer entschuldigt das Fernbleiben des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner wegen leichten Unwohlseins und hält dann dem verstorbenen Gemeinderate Rudolf Müller einen tiefempfundenen Nachruf, welchen die Gemeinderäte stehend anhören.

Seine Majestät der Kaiser hat für die Wiener Armenlotterie im Jahre 1918 ein Silbernes Tafelservice als Gewinnst gespendet.

Für das Uhrenmuseum der Stadt Wien haben gespendet: Uhrmacher Hugo Tirmann, Direktor der Minenzünderfabrik in Villach das Modell der Stefans-Dom-Springuhr, Hausbesitzer Eduard Beer ein Bilderrahmenuhr und eine Stöckuhr, Hofrat Prof. Dr. Heinrich Obersteiner eine Viertelrepetieruhr und die Wiener Uhrmachergenossenschaft den Schaukasten der Uhrensammlung der verstorbenen Baronin von Ebner-Eschenbach.

Vize-Bgm.: Hierhammer macht hierauf unter gespanntester Aufmerksamkeit aller Gemeinderäte folgende Mitteilungen:

Der in der letzten Gemeinderats-Sitzung erhobene laute Protest gegen das Vorgehen der Organe bei Revision des Reisegepäcks auf den Bahnen (Hört-Hört-Rufe) hat zu einer raschen Stellungnahme der Regierung zu dieser Angelegenheit geführt. Gelegentlich einer Unterredung des Bürgermeisters mit dem Ministerpräsidenten erklärte letzterer, dass Weisungen an die Kontrollorgane ergangen seien, diejenigen Personen, welche Lebensmittel offenkundig nur zu eigenen und ihrer Angehörigen Bedarf in geringen Mengen nach Wien bringen mit möglicher Schonung zu behandeln und auf diese Weise die Schärfe der betreffenden Verordnung abzuschwächen. (Hört!) Dem gegenüber liefen jedoch Montag Nachrichten im Rathause ein, dass die Gendarmerie auf verschiedenen Bahnhöfen des Korneuburgerbezirkes mit derselben Strenge, wie früher, ja sogar in verschärfter Weise (hört, hört! das ist die Antwort!) die Lebensmittel ausnahmslos konfiszieren und dass sich überall die bekannten Szenen wiederholen. Da der Bürgermeister wegen seines Unwohlsein verhindert war, persönlich beim Ministerpräsidenten vorzusprechen, begab ich mich mit meinen beiden andren Kollegen zu ihm, um ihn ernste Vorstellungen über die neuen Vorfälle zu machen. Der Ministerpräsident erklärte uns seinen Standpunkt, wie er ihn bereits den Bürgermeister gegenüber eingenommen hat und versprach uns, seine Ansicht in einem Schriftstück mitzuteilen. Ich habe kurz vor der Sitzung dieses Schriftstück erhalten es lautet: (hört!)

„Ich stehe selbstverständlich auf dem Standpunkte, dass das geltende kriegswirtschaftliche Regime mit aller zweckdienlichen Strenge durchzuführen ist. Es muss demnach- und die Statthalterei in Niederösterreich geht in dieser Beziehung ganz nach den Weisungen der Regierung vor- mit allen Mitteln verhindert werden, dass in illegaler Weise Lebensmittel in Massen auf dem Lande angekauft und mit Umgehung der bestehenden Vorschriften in den Konsum gebracht werden. Besonders verwerflich ist es, wenn diese Aufbringung von Lebensmitteln mit der Absicht erfolgt, sie mit Gewinn wieder zu zu veräußern. (Rufe: Natürlich!) Jeder Versorgungsplan wird ja hinfällig, wenn grosse Quantitäten aller möglichen Produkte auf dem Lande gekauft und dann - zu Wucherpreisen! - wieder abgesetzt werden. (Rufe: Sehr richtig!) Gerade die Marktversorgung grosser Städte müsste hiedurch schweren Schaden erleiden. Eine ganz andere Haltung (Rufe: Hört, Hört!) nehme ich aber gegenüber jenen kleinen Leuten ein, die - oft mit schwerer Mühe - geringfügige Mengen von Lebensmitteln irgendwo auftreiben und nun diese zur

Deckung ihrer eigenen und ihrer Familie Notdurft nach Hause bringen. Wenn hier mit rücksichtsloser Strenge vorgegangen wird, so wird eine Verbitte-rung hervorgerufen, die mit dem der Allgemeinheit verschafften Nutzen in gar keinem Verhältnis steht. Selbstverständlich muss der Wirtschaftsplan mit strenger Konsequenz durchgeführt werden, aber - wie immer und überall - so darf auch hier die Konsequenz nicht in zwecklose Härte ausarten. (Rufe: So ist es!) Es darf aber der Zweck einer Massnahme bei ihrer Durchführung nicht ausser Acht gelassen werden. Wiederholt ist mir über Jammerszenen berichtet worden, die sich namentlich auf Bahnhöfen abgespielt haben; angeblich sollen sogar Lebensmittel konfisziert und an Ort und Stelle vernichtet worden sein. (Lebhafte Rufe: So ist es! Vize-Bgm. Hierhammer einfügend: Das ist schon nicht mehr angeblich, das ist Tatsache! Rufe: Er soll es sich einmal selbst anschauen!) Derartige Vorgänge, insoweit sie sich wirklich zugetragen haben, verurteile ich auf das Entschiedenste und ganz derselben Auffassung ist auch der Herr Minister und Leiter des Amtes für Volksernährung (Der Statthalter sieht das aber nicht ein!) Auf Grund einer kürzlich zwischen uns abgehaltenen Besprechung hat Herr Exzellenz Hüfer veranlasst, dass die Exekutivorgane behufs ihrer Aufklärung mit Merkblättern beteiligt werden, durch die sie die erforderlichen Instruktionen erhalten. Hierüber hat Herr Minister Hüfer auch Mitteilungen im Ernährungsrate gemacht; sie sind im gestrigen Tagblatt veröffentlicht worden. Was speziell die Vorfälle der letzten Tage anbelangt, so hat bereits der Herr Statthalter in Nieder-Oesterreich telegrafische Erhebungen eingeleitet. Es ist nicht daran zu zweifeln, dass es dem Taktgefühl der mit der Ueberwachung des Lebensmittelverkehrs betrauten Organe gelingen wird, den absolut verwerflichen Schleichhandel von jenen Fällen zu sondern, die unter dem Gesichtspunkte eines von armen Leuten angewendeten Notbehelfes aufgefasst werden müssen. Sollte etwa auch in Zukunft noch ab und zu Uebertriebener Dienstleister zu Schikanen der besprochenen Art Anlass geben, so wäre es zweckmässig, entweder Exzellenz Hüfer oder mich direkt zu verständigen; es wird sofort die Sache geprüft werden und Ab-stellung erfahren. (Rufe: Na also!)

Vize-Bürgermeister Hierhammer fügt zu diesen Mitteilungen noch hinzu: Ich will nur der Hoffnung Ausdruck geben, dass es den Organen, die die Ueberwachung durchzuführen haben, wirklich nicht an der nötigen Einsicht fehlen wird. (Rufe: Und an dem Takt!) Bis jetzt haben sie es an der Einsicht fehlen lassen (so ist es!) denn ich glaube, es ist keine Kunst, für ein Organ, sei es einen Gendarmen oder einen Finanzwachmann, einen Unterschied zwischen dem zu machen, was nach Wien gebracht wird, um hier mit Gewinn abgesetzt zu werden, und dem was ein armes Weiblein, die zwei oder drei Eier oder ein Stückchen Butter oder ein Stück Fleisch hereinbringt. Die Bevölkerung fragt sich da auch mit Recht, ist es denn überhaupt möglich, dass solche kleine Mengen von Lebensmitteln, die ja dem Verderben sehr leicht ausgesetzt sind, auch der allgemeinen Bewirtschaftung zugeführt werden können. Es gehen über die Verwendung dieser Dinge ganz merkwürdige Gerüchte (lebhaftes Zwischenrufe: So ist es!) und diese Gerüchte müssen auch schon an das Ohr derjenigen gedrungen sein, die jetzt Abhilfe versprechen. Hoffen wir, dass es besser wird, jedenfalls wird die Gemeindevertretung scharf darüber wachen, dass diese Versprechungen auch eingehalten werden. (Lebhafte Zustimmung).

GR. David: Die Botschaft hören wir wohl, allein es fehlt und der Glaube!

GR. Philp verliest den Einlauf.

Gemeinderat Huschauer stellt folgende Anfrage: Die Beraubung von Stückgütern und Frachtsendungen auf den Bahnen vermehren sich in jüngster Zeit in geradezu erschreckender Weise und es spielen sich bei den Frachtenabgaben auf den Wiener Bahnhöfen bei der Uebernahme der erwähnten Güter tagtäglich eregte Szenen ab. Auf einzelnen Strecken scheinen organisierte Diebsgesellschaften zu bestehen, welche bei ihren Manipulationen in der ungeniertesten Weise vorgehen und dabei allem Anscheine noch nicht im geringsten gestört werden. So wurde zum Beispiel aus einer Kiste mit ein-deklarierten Inhalte von 16 Flaschen Wein, die in Wels aufgegeben wurde, 10 Flaschen gestohlen, wobei der Dieb sich die besten Marken aussuchte, von den gestohlenen Flaschen die Etiketten ablöste und sie samt den Strohhüllen der entwendeten Flaschen in der auf solche Art beraubten Kiste hinterliess. Der Kiste war bei der Uebernahme in der Frachtenabgabe am Westbahnhofe nicht das geringste Merkmal einer Oeffnung anzusehen, im Gegenteil sie befand sich kusserlich in vollständig tassellosem Zustande. Der oder die Diebe hatten demnach Zeit und Muße sich des grössten Teiles des Inhaltes zu bemächtigen und die Kiste in den ursprünglichen Zustand wieder herzustellen. Ein ebenfalls dort eingelangter Korb, der mit Kleidungsstücken gefüllt aufgegeben war, langte seines Inhaltes vollständig beraubt in Wien an. Sendungen mit Lebensmitteln werden fast ausnahmslos teilweise oder gänzlich ihres Inhaltes beraubt und es ereignet sich nicht selten der Fall, daß Kisten oder Gefässe statt ihres ursprünglichen Inhaltes beim Oeffnen eine Füllung mit Sand oder auch Steinen u.dgl. aufweisen. Anlässlich einer Reklamation über eine beraubte Sendung erfuhr der Reklamant an der Frachtenabgabe am Westbahnhofe, dass sich in der dortigen Frachtenabgabekanzlei bei 4000 Reklamationen über beraubte Sendungen befanden und auf die Bemerkung des Reklamanten, daß unter solchen Umständen es niemand mehr wagen dürfe, irgendwelche Sendungen dem Bahntransporte anzuvertrauen, antwortete der dort amtierende Beamte, daß es wohl am besten sei, Waren und Lebensmittel sich von Abgaborten persönlich abzuholen und auf diese Weise an deren Bestimmungsort zu bringen. Wie dies mit den seitens des Eisenbahnministeriums fortgesetzt an das Publikum ergangenen Mahnungen - so wenig als möglich zu reisen - im Einklang zu bringen ist, ist wohl eine Frage, deren Beantwortung den maßgebenden Faktoren der Eisenbahnverwaltungen überlassen werden muß. Im Uebrigen besteht doch für jeden, der sich Lebensmittel, selbst wenn diese der Kategorie der staatlich bewirtschafteten nicht angehören, zu beschaffen vermag, die Gefahr, daß ihm das, was er nach Wien bringt und was dadurch den Händen der Bahngüterdiebe entgeht, durch amtliche Organe weggenommen wird. Es würde sich empfehlen, wenn man jenes Heer von Gendarmen und Finanzwachorganen, welches auf den einzelnen Bahnsationen verteilt nur Augen für jene Passagiere hat, die sich durch ihre Beziehungen mit der ländlichen Bevölkerung ein armseliges Quantum Lebensmittel heimbringen, dazu verwenden würde, ihr Augenmerk auf die, wie es scheint zur Legion gewordenen organisierten Bahngüterdiebe zu richten. Es gehört zu den vielen Unbegreiflichkeiten der gegenwärtigen Zeit, daß die Behörden, die hier in Betracht kommen, nicht in der Lage sein sollten, diesem unerhörten Treiben ein Ziel zu setzen.

Es wird gefragt, ob der Bürgermeister geneigt ist, beim Eisenbahnminister vorstellig zu werden und ihn zu ersuchen, mit allem Nachdrucke gegen diese Beraubung der Bevölkerung einzuschreiten und diesem ungeheuerlichen Treiben ein Ende zu bereiten?

Vorsitzender V.B.G.M. Hierhammer: Die in der Anfrage beklagten Uebelstände sind tatsächlich im vollen Umfange vorhanden, Der Gemeinde stehen gegen sie keine Mittel zur Verfügung, ich werde aber gerne beim Eisenbahnminister vorstellig werden und ihn ersuchen, mit allen Kräften dahin zu wirken, dass eine Besserung erzielt wird.

367 II.

Bürgerklub. Der gemeinderätliche Bürgerklub hielt heute eine Sitzung ab, zu deren Beginn der Vorsitzende Oberkurator von Steiner dem verstorbenen Gemeinderat Rudolf Müller einen warm empfundenen Nachruf hielt, welcher stehend angehört wurde. Der Vorsitzende beglückwünschte sodann den GR. Professor Wolny, welcher vom Kaiser zum Domherrn von St. Stefan ernannt wurde. Professor Wolny dankte herzlich für diese ihm ausserordentlich ehrenden Glückwünsche. Es wurden sodann die auf der heutigen Sitzung des Gemeinderates stehenden Geschäftsstücke vorberaten.

GR. Rotter stellt folgende Anfrage: Vor etwa Monatsfrist hat in Wien ein Reichdelegiertentag sämtlicher Landesverbände der Kinobesitzer Oesterreichs stattgefunden, der gegen das unberechtigte Heizverbot in Kinos theatern Stellung nahm. In der Verordnung wurden die kinomatographischen den Nochtlokale gleichgestellt und jede Rücksicht auf die breiten Massen der Bevölkerung, denen das Kinotheater in dieser schweren Zeit als das einzige Vergnügen blieb, hintangesetzt. Die Differenzierung zwischen Theater und Kino in der Kohlenverordnung ist eine durchaus ungerichtfertigte, umso mehr, als sich das Kino gerade im Kriege als glänzend, der Vermittler zwischen Front und Hinterland erwiesen hat. Die Aufrechterhaltung des Heizverbotes ist aber nicht nur im Interesse der Bevölkerung zu beklagen, der die einzige, noch erschwingliche Zerstreuung geraubt wird, sondern sie bedeutet auch vom gewerblichen Standpunkt aus eine schwere Schädigung der Besitzer der Kinomatographentheater. Mit lebhafter Befriedigung habe ich dem offiziellen Organ sämtlicher Landesverbände der Kinobesitzer Oesterreichs „Der neuen Kinorundschau“ entnommen, dass der Bürgermeister in Wahrung der gewerblichen Interessen der Kinobesitzer, welche mit denen des Mittelstandes und der Arbeiterbevölkerung identisch sind, die zu den Besuchern der Kinos gehören und über die Bitte des Landesverbandes Wien-Niederösterreichs der Kinobesitzer bei seiner Exzellenz dem Minister für öffentliche Arbeiten wegen Linderung des Heizverbotes vorgesprochen hat. Der Minister gab die Versicherung, dass er der Angelegenheit wohlwollend gegenüber stehe. Seit dem 15. d.M. ist nun das Heizverbot in Kraft, ohne dass eine Remetur geschaffen worden wäre. Es sei hier noch darauf hingewiesen, dass sowohl in Deutschland, als auch in Ungarn ein Heizverbot für Kinos entschieden abgelehnt wurde, da die militärischen Stellen auf die vollständige Aufrechterhaltung der kinomatographischen Betriebe den größten Wert legen. Auch bei der Wiener Delegiertentagung hat ein Vertreter des Oberkommandos den Kinobesitzern die Förderung ihrer Bestrebungen zugesagt. Bisher aber ist seitens der niederösterreichischen Statthalterei nichts geschehen, um den Wünschen der Bevölkerung wie des Gewerbes entgegen zu kommen. Er stellt folgende Anfrage: Ist der Vorsitzende geneigt, den Statthalter darauf aufmerksam zu machen, daß in den breiten Massen der Bevölkerung über das Heizverbot in den Kinos theatern lebhafter Unmut besteht? Ist er bereit, im Interesse des Gewerbestandes neuerlich an den Minister für öffentliche Arbeiten heranzutreten?

Vorsitzender Vize-Bürgermeister Hierhammer: Der Bürgermeister hat diese Angelegenheit dem Minister für öffentliche Arbeiten wärmstens empfohlen und wird diese Interpellation der Regierung vorgelegt werden.

Die Gemeinderäte Reumann, Skaret und Genossen stellen folgenden Antrag: In der letzten Sitzung des Ausschusses zur Aenderung des Gemeindestatutes, welche vor vielen Wochen stattfand, wurde beschlossen, zwei Unterausschüsse zu bilden, von welchem der eine die Aenderung des Gemeindestatutes, der andere die Aenderung der Gemeindevahlordnung zu beraten hätte. Die Sitzung wurde abgebrochen, ohne dass über die Zahl der Mitglieder der Unterausschüsse eine Bestimmung getroffen, ohne dass die Mitglieder des Ausschusses gewählt worden wären. Seit dieser Zeit ist eine Sitzung des Ausschusses nicht mehr einberufen worden. Im ganzen wurden überhaupt bisher bloß drei Sitzungen des Ausschusses abgehalten. Die Absicht, die Verhandlungen über die Demokratisierung des Gemeindevahlrechtes maßlos zu verzögern, geht aus diesem Vorgehen mit aller Deutlichkeit hervor. Es wird gefragt, ob der Bürgermeister der Meinung ist, dass die Forderung breiter Schichten der Bevölkerung Wiens, die ganz besonders auch von den Frauen Wiens, ohne Unterschied der politischen Richtung der sie angehören, erhoben wurde, eine Forderung, die zur Entscheidung längst reif geworden ist, noch länger verzögern zu können? Es wird gefragt, ob der Bürgermeister geneigt ist, ohne Verzug den Ausschuss zur Aenderung des Gemeindestatutes einzuberufen ohne Rücksicht auf Sonderwünsche, die einzelne Gemeinderäte der Majorität hegen?

Vorsitzender VB. Hierhammer: Die Beantwortung der Anfrage wird in der nächsten Sitzung des Gemeinderates vom Bürgermeister persönlich erfolgen.

GR. Stein stellt folgende Anfragen: Der Mangel an Nahrungsmitteln insbesondere an Fett und Fleisch ist in Wien ein notorischer. Um diesen Übelstand etwas abzuheben sollte das Geflügel besonders herangezogen werden, insbesondere die ungarischen Gänse. Nun sind durch die Großhändler S. Hungerleider und S. Fischer unhaltbare Zustände auf diesem wichtigen Gebiete der Provisionierung geschaffen worden, dadurch, dass die genannten durch den Vorsteher der Genossenschaft der Wildpret- und Geflügelhändler in die Preisprüfungskommission gebracht, die von den Großhändlern unabhängige Detaillisten des Karmelitermarktes aber entfernt wurden. Durch diesen Umstand beherrschen die Großhändler mit Bewilligung der Vorsteherung vollkommen den Markt und können nach Belieben das und nach ihrem Bedürfnis die Preise festsetzen und das Publikum brandschatzen, insbesondere jetzt, wo die Preise der Preisbestimmungskommission zugleich als Höchstpreise gelten. Es wird daher gefragt, ob der Bürgermeister geneigt ist, sich unparteiisch, nicht durch den Vorsteher der Genossenschaft und Stadtrat Dechant, sondern von erfahrenen Detaillisten informieren zu lassen? Ob der Bürgermeister Aufschluss geben kann, warum die Detaillisten des größten Gänsemarktes, am Karmeliterplatz die Herren Stahl und Hermann, aus der Preisbestimmungskommission entfernt wurden? Ob dem Bürgermeister bekannt ist, dass diese Kommission plötzlich Ende der Woche zusammengerufen wurde, um für den Samstag den Preis der Gänse auf Antrag Hungerleiders um K 1,50 zu erhöhen? Ob der Bürgermeister geneigt ist, zu veranlassen, dass nicht ungarisches Geflügel als steirisches deklariert wird, wie es umgekehrt mit dem Obst geschah, um höhere Preise zu erzielen? Ob der Bürgermeister geneigt ist, seinen Einfluss dahin geltend zu machen, dass für den Fall Höchstpreise festgelegt werden sollen, diese auch für österreichisches Geflügel festgesetzt werden? Ob der Bürgermeister es für notwendig hält, dass in die Preisbestimmungskommission auch die Detailhändler des Karmelitermarktes gelangen, als die hauptsächlichsten Verkäufer von Gänsen, sowie Vertreter der Konsumenten? Was der Bürgermeister zu tun gedenkt, um der unerhörten Preistreiberei durch die Großhändler ein Ende zu bereiten und den Markt von den Vampyren zu befreien die in gleicher Weise Detaillisten und Konsumenten ausaugen?

Vorsitzender Bürgermeister Hierhammer: Diese Anfrage ist knapp vor der Sitzung eingelangt die Antwort wird in der nächsten Sitzung erfolgen.

GR. Ignatz Fischer stellt folgende Anfragen: Ist der Bürgermeister geneigt, gegen die Beschlagnahme der aus Ungarn in Wien eingeführten Lebensmittel energisch Stellung zu nehmen? Ist der Bürgermeister geneigt, in geeigneter Weise zu veröffentlichen, dass die Verzehrungssteuer-Linienämter auf den Bahnhöfen weder beauftragt noch ermächtigt sind, Lebensmittel ungarischer Herkunft auf den Bahnhöfen zu beschlagnehmen? Gleichzeitig wären die Reisenden anzuweisen, etwa weiter vorrückende Uebergriffe, dem nächst gelegenen Magistratischen Bezirksamte anzuzeigen.

Vorsitzender Vize-Bürgermeister Hierhammer verweist auf die in der letzten Sitzung vom Bürgermeister abgegebene Erklärung und auf die zu Beginn der heutigen Sitzung verlesene Mitteilung des Ministerpräsidenten.

GR. Schimek interpelliert den Bürgermeister über die Rückstellungsart und Weise wie die der Militärverwaltung zur Verfügung gestellten Schulen hergerichtet wurden. Er verweist insbesondere auf die bei der Uebergabe der Schule XVI. Schinagl-gasse zu Tage getretenen Uebelstände.

Vorsitzender VBGM. Hierhammer: Das Schulgebäude XVI. Schinagl-gasse 3/5, ein alter Bestand, fand seit Kriegsbeginn bis zur endgiltigen Rückstellung am 20. September 1917 für militärische Einquartierung Verwendung.

In diesem Objekte, welches besonders unter dem häufigen Mannschaftswechsel zu leiden hatte, waren vorwiegend Ersatzformationen des I. R. 64 und I. R. 49 bequartiert.

Die ungewöhnlich starke Abnützung des Schulgebäudes war dem Magistratsrat bekannt und wurden wiederholt unter Zuziehung der Schulverwaltung und militärischer Vertreter beträchtliche Sachschäden festgestellt. Die für die Wiederherstellung aufgelaufenen Kosten wurden in jedem Falle der Militärverwaltung zum Ersatz vorgeschrieben. Der Ersatz wurde zum grossen Teile bereits geleistet, zum Teile ist er durch Verpflichtungserklärungen der militärischen Vertreter gesichert und die Abrechnung noch im Zuge. Der am 25. September 1916 aus unbekannter Ursache im Turnsaale des Schulgebäudes entstandene Brandschaden ist durch die von der n.ö. Landes-Brandschaden-Versicherungsgesellschaft geleistete Entschädigung von K 3202.90 gedeckt.

Die bei der endgiltigen Rückstellung des Schulgebäudes am 20. September 1917 kommissionell ermittelte Abflunngssumme von K 30.000 betrifft daher nur die noch verbliebenen Schäden, für welche die Militärverwaltung zu haften hat (Abgänge und Beschädigungen an Einrichtungsgegenständen und Beschädigungen des Gebäudebestandes mit Ausschluss der Schäden an Lehr- und Lernmittelinventare und an der Lehrer- und Schülerbibliothek, worüber noch eine gesonderte Amtshandlung gepflogen werden wird.

Nach den vom Magistratsrat anlässlich der Rückstellung von Schulgebäuden gemachten Wahrnehmungen sind übrigens Fälle von Sachbeschädigungen in so ungewöhnlichem Umfange wie in der Schule XVI., Schinagl-gasse nur ganz vereinzelt.

Die Magistratsabteilung XVI wird nach Beendigung der Verhandlungen über die Rückstellung der Schulen im geeigneten Zeitpunkte an den Gemeinderat einen eingehenden Bericht erstatten.

367

III

Gemeinderat Stein stellt folgende Anfrage: Der herannahende vierte Kriegswinter mit seinen manigfachen Beschwerden versetzt die meisten Bevölkerungsschichten in schwere Sorgen. Insbesondere ist es der Stand der Hausbesorger, welchem infolge der Katenwirtschaft viele neue Agenden zuge wachsen sind, der darüber Beschwerde erhebt, dass ungeachtet des vollkommen verschobenen Geldwertes seine Einnahmen unverändert sind, seine Lasten aber ins Maßlose gestiegen sind, so dass er das Gleichgewicht seines Haushaltes nicht mehr aufrecht erhalten kann, zumal die da und dort etwa vorhandenen Ersparnisse längst aufgezehrt sind. Da die 40.000 Hausbesorger Wiens unzweifelhaft ein Element der bürgerlichen Ordnung darstellen und in vielen Belangen den kommunalen und staatlichen Behörden Dienste leisten, ohne bisher irgendwie belohnt zu werden, wäre in sozialer Hinsicht eine Hilfeleistung zu Gunsten dieser bedrängten Klasse von Staatsbürgern ins Auge zu fassen. Insbesondere richten sich die Beschwerden der Hausbesorger gegen den Magistratserslass, welcher ihnen die Reinhaltung der Trottoire und der Rinnsale ohne Bezahlung zur Aufgabe macht und sie im Falle der Nichtfolgeleistung mit Arreststrafen bis zu sechs Monaten und überdies mit Geldstrafen bedroht. Dieser Zustand, von einem bestimmten Berufe Dienst ohne Bezahlung zu verlangen, die obendrein mit Barauslagen verbunden sind, wobei noch überdies auf die eingetretene übermäßige Verteuerung der Putz.equisiten hinzuweisen ist, muss als antisozial und anachronistisch bezeichnet werden. Wir leben doch nicht in der Zeit der Robot, dass einer Kategorie von Mitbürgern eine unbzahlte Arbeit unter entehrender Strafdrohung aufgebürdet werden darf. Gegen diesen Zustand muss sich das Gefühl eines jeden rechtlich Denkenden aufbäumen und es ist Pflicht des Gemeinderates, hierin Ordnung zu schaffen. Es wird gefragt, ob der Bürgermeister geneigt ist, die Lage des Hausbesorgerstandes einer Prüfung unterziehen zu lassen und dem Gemeinderate möglichst bald eine Vorlage im Sinne ausreichender Hilfeleistung zu unterbreiten? Ob der Bürgermeister bereit ist, die den Angelpunkt der Beschwerden bildende Magistrats-Verordnung aufzuheben und an deren Stelle ein Regulativ zu setzen, das den Hausbesorgern vollen Ersatz ihrer im Dienste der Kommune gemachten Barauslagen und entsprechende Bezahlung ihres Dienstes Gewähr leistet?

Vorsitzender Vize-Bürgermeister Hierhammer: Die vom Herrn Interpellanten angeregte Frage hängt mit der Reform der Strassenreinigung und Kehrichtabfuhr zusammen. Diese Reform ist weitgehendst vorbereitet, konnte jedoch infolge der Kriegsergebnisse nicht zum Anschlusse gebracht werden.

Die Herren wissen übrigens, dass der Bürgermeister bei der Reform des Magistrates eine eigene technische Abteilung für diese Zwecke geschaffen hat und erwarte ich geeignete Vorschläge dieser Abteilung und Ausführung der Reformprojekte, sobald es die Zeitverhältnisse zulassen. Dabei wird auch die Regelung der Hausbesorgerfrage erfolgen.

Es wird hierauf die Erledigung der Tagesordnung geschnitten.

V.B. Hoß erstattet nun ein kurzes Schlusswort über die von der Gemeinde beantragten neuen Steuern und führt aus, dass er sich entschlossen hat, aus Zweckmäßigkeitsgründen den Antrag auf Rückverweisung der Automobilsteuer selbst zu stellen. Im Bezug auf die Wertzuwachssteuer beantrage er einige Abänderungen, welche den in der letzten Sitzung geäußerten Wünschen Rechnung tragen. Diese Abänderung ^{an} beziehen sich ausser auf die stilistischen Änderungen insbesondere auf den § 8 der Wertzuwachssteuer. Nach der neuen Fassung können ausser den reinen Baukosten auch die Kosten „für wesentliche, über die kurrente Erhaltung hinausgehende Verbesserungen des Bauzustandes, dann der für die Baumeister und Architekten entfallende Verdienstbetrag“ in Anrechnung gebracht werden, weiters werden dem Verkäufer für die Kosten der Uebertragung etc. 8% statt der beantragten 7% und endlich 12% von den reinen Baukosten für Neu - Zu - Auf- und Umbauten als Ersatz für die Kosten der Kreditbeschaffung etc. in Anrechnung gebracht.

Bei der Abstimmung werden die Erhöhung der Zuschläge zu den direkten Steuern und zum Gebührenäquivalente sowie der Gemeindegzuschlag zum staatlichen Spielkartenstempel unverändert, die neue Fassung der Wertzuwachssteuer mit den vom Referenten beantragten Abänderungen zum Beschlusse erhoben.

StR. Knoll beantragt Gründe in Hirschstetten im 21. Bezirk im Ausmasse von 3.135 m² um 40.000 k zu veräussern.

StR. Wippl beantragt einen Gnd im 10. Bezirk im Ausmasse von 367 m² um 23.000 K zu verkaufen. Beide Anträge werden genehmigt.

StR. von Steiner berichtet über die Stellungnahme der Gemeinde Wien zu den Beschlüssen des Herrenhauses über die Ausgestaltung des Gesundheitswesens und führt aus: Das Herrenhaus des österreichischen Reichsrates hat sich in seiner Sitzung vom 21. Juli l.J. über Antrag seines Mitgliedes Professor Dr. von Hohenegg mit der Frage des Neubaus der medizinischen Universitätskliniken befasst und auf die Notwendigkeit der ehesten Fortsetzung und Beendigung des Neubaus des allgemeinen Krankenhauses hingewiesen. So überaus notwendig und wünschenswert die zeitgemässe Ausgestaltung der medizinischen Unterrichtsstätten auch bezeichnet werden muß, so steht doch in gleicher Linie damit die Frage der Sanierung unseres seit Jahrzehnten notleidenden Krankenanstaltenwesens überhaupt, die jetzt dringender geworden ist als sie je war. Der Reichsrat, der niederösterreichische Landtag und der Gemeinderat der Stadt Wien, die Krankenkassen, ärztliche Korporationen und die Presse haben in den letzten 20 Jahren in unzähligen Kundgebungen an die Regierung die dringendste Aufforderung gerichtet, endlich einmal die Krankenhausfrage in Wien der gesetzlichen Regelung zu unterziehen und die erforderlichen Voraussetzungen für die zeitgemässe Entwicklung des Spitalwesens zu schaffen. Die Regierung hat auch dazu einen Anlauf genommen, indem sie im Jahre 1902 eine interministerielle Kommission zur Beratung der Sanierungsfragen eingesetzt hat. Dank der Tätigkeit dieser Kommission ist der Ankauf der Irrenhausrealität in Wien durch den Staat, der Neubau der geburtshilflichen- und einiger anderer Kliniken zustande gekommen, doch ist die Sache mangels der Bereitstellung der erforderlichen Mittel stecken geblieben. Es hatte eben die Gemeinde Wien den Bau des Kaiser Franz Josefs-Jubiläumspitales beschlossen und durchgeführt, wodurch der augenblicklich dringendste Bedarf befriedigt war und der Druck nach dauernder Beseitigung der unleidlichen Verhältnisse sich vermindert hat. Leider ist dadurch aber auch eine Gelegenheit zur endgiltigen Regelung des Wiener Spitalwesens, wie sie sich gleich günstig nie wieder bieten kann, endgiltig versäumt worden. Der unheilvolle Weltkrieg hat die Spitalmisere aus dem Grunde nicht fühlbar gemacht, weil einerseits durch die Einberufung eines grossen Teiles der Bevölkerung die spitalbedürftige Zivilbevölkerung eine erhebliche Verminderung erfahren hat, andererseits grosszügige provisorische Einrichtungen der Heeresverwaltung, der niederösterreichischen Landesverwaltung, der Stadt Wien und der privaten Wohltätigkeit der Ausfall an Spitalbetten auf Kriegsdauer wettgemacht haben. Der Krieg hat uns aber gerade in der Spitalfrage vor eine Reihe von neuen Problemen gestellt, welche mit Ablauf des Eingreifens der Heeresverwaltung den ganzen Jammer unseres ungeordneten Spitalwesens in dem hoffentlich bald kommenden Frieden nicht nur wieder aufrollen, sondern noch ins Ungeheure vergrössern müssen. Man denke nur an die Ausbreitung der Tuberkulose und der Geschlechtskrankheiten, an die enorme Zahl Erholungsbedürftiger nach im Kriege überstandenen Krankheiten und an die durch die Unterernährung der Kinder gesteigerte Skrophulose. Der Krieg hat weiteren Kreisen der Bevölkerung auch das Verständnis für die Verbesserung sonstiger mangelhafter Sanitätseinrichtungen, wie das Pflegerinnenwesen und die Krankenbeförderung, gebracht. Alle diese brennenden Fragen treten mit zwingender Gewalt nach ihrer Lösung an uns heran und es

wird die ernstesten und nachdrücklichsten Anstrengungen bedürfen, um diese Lösung herbeizuführen. Das Sanitätswesen ist kein Politikum und darf auch zu einem solchen nicht werden. Es ist ein Gemeingut aller Kreise der Bevölkerung und es müssen daher auch alle Parteien einvernehmlich zusammenwirken, um dem in ihm verkörperten kulturellen Elementarbedürfnissen gerecht zu werden. Der Krieg hat uns zwei neue Ministerien gebracht; das Ministerium für Volksgesundheit und ein zweites für soziale Wohlfahrt. In erster Linie wird es das Ministerium für Volksgesundheit sein, das sich mit diesen unabweislichen Bedürfnissen zu beschäftigen haben wird. Dem Wunsche der Fachkreise nach Leitung der Sanitätsangelegenheiten durch ein vom Arzte geleitetes Sanitätsministerium ist an Allerhöchster Stelle Rechnung getragen worden. Die Bevölkerung richtet aber die ernste Mahnung an dieses Ministerium, ja nicht etwas sein ausschliessliches Augenmerk auf die Wahrnehmung von Standesinteressen und ärztliche Personalfragen zu richten, sondern sich gegenwärtig zu halten, dass seine wichtigste Aufgabe in der Schaffung von Vorkehrungen zur Förderung der Volksgesundheit besteht und daher sein erstes Augenmerk auf die wichtigsten Volksbedürfnisse zu richten ist. Das bisherige Sanitätsdepartement des Ministeriums des Innern hat speziell für Tuberkulosefrage die erwartete weitwagreichende Auffassung nicht bewiesen. Hoffen wir, dass die neuen Ministerien ohne sich in Kompetenzabgrenzungen zu erschöpfen, in dieser Hinsicht den Erwartungen der Bevölkerung besser entsprechen werden.

Der Referent bespricht eingehend die zu treffenden Maßnahmen der Geschlechtskrankheiten und der Tuberkulose und setzt dann fort:

Sollte wider Erwarten ressortmäßige bürokratische Winkelszüge einsetzen, um die Lösung dieser hochwichtigen Fragen zu hintertreiben, dann müsste der Gemeinderat diese Frage pflichtgemäß mit schärferem Nachdrucke neuerdings in Verhandlung ziehen. Wir stehen am Anbruche einer neuen Zeit und es muss in die Führung der Staatsgeschäfte auch ein neuer Geist eingeführt werden. Die Bevölkerung verlangt einen offenen Blick und eine offene Hand bei Verwaltung des, nach dem historischen Aussprüche unseres einstigen Kronfolgers Kronprinz Rudolf, „kostbarsten Kapital des Staates,“ des Menschen und ihre Vertretung wird sorgsam darüber wachen, daß die im Kriege in so ungeheurer Masse eingetretene Vergeudung dieses Kapitals, im Frieden nicht fortgesetzt werde. Wenn seitens der Regierung dieser berechtigten Forderung nicht im vollsten Maße Rechnung getragen wird, so wird die Bevölkerung Mittel und Wege finden, um sich die Rücksichtnahme auf ihre Bedürfnisse zu erzwingen. Möge die Regierung sich diesen Wink zur Warnung gereichen und es ihrerseits nicht darauf ankommen lassen, eine Kraftprobe der Bevölkerung herauszufordern. Die Anträge, welche ich dem Gemeinderate unterbreite, sind Richtlinien ohne Details, welche erst am Verhandlungstische eingehend erörtert werden müssen und zeigen den Weg, wehr beschriftet werden kann, um unser Spitalwesen in Ordnung zu bringen. Ich bitte Sie, meine Herren, durch einmütige Annahme den Entschlusse der Wiener Gemeindeverwaltung zum Ausdruck zu bringen, unentwegt im Interesse der Bevölkerung auf die Erfüllung ihres Begehrens nach zeitgemässer Regelung des Spitalwesens zu dringen.

367
4

STR. von Steiner : legt schliesslich die bekannten Anträge vor, welchen ein Punkt 5 infolgender Fassung anzufügen sei:

„ Diese Entschliessung ist mit eingehender Begründung beiden Häusern des Reichsrates, dem k.k. Ministerpräsidenten, dem Minister des Innern, dem Finanzminister, dem Minister für Kultus und Unterricht, dem Statthalter für Nieder-Oesterreich, dem n.ö. Landes-Ausschusse und dem obersten Sanitätsrate vorzulegen. “

GR. Biellohlawek verweist auf den Gesetzentwurf des Landtages der unter seiner Initiative bereits vor 10 Jahren zustande gekommen sei und all das enthalten habe, was heute vom Referenten gefordert wurde. Dieser Entwurf sei nicht zum Gesetze geworden, weil man es mit solchen Augen angesehen habe, dass die christlich soziale Partei die Landesvertretung bilde. Durch die damals in Aussicht genommene Kommission wäre die Wiener Spitalschande endgiltig beseitigt worden, und es wären auch die Krankenkassen vor schweren Schaden bewahrt worden. Es sei unsinnig, dass alle fremden in den Wiener Krankenanstalten Aufnahme finden können, dass aber wir für alle anderen Kronländer die Anstalten errichten sollen. Der Redner wendet sich dagegen, dass man einfach mit dem § 14 für Wien einen 8 fügen Zuschlag zu den Steuern dekretieren wollte, welchem Vorhaben die Parteien mutlos gegenüber gestanden seien. Es habe gewirkt, dass Redner im Gemeinderate mit dem Verwaltungsgerichtshofe in dieser Hinsicht drohte, denn bis jetzt habe die Regierung ihren Plan nicht ausgeführt. Der Redner weist auf Frankreich hin, das mit der Assistenz-publik, deren Anfänge auf Jahrhunderte zurückzuführen seien, bereits das geschaffen habe, was nun in Oesterreich geschehen soll. In Oesterreich werden leider nur immer Kongresse und Enquetten und Vorträge abgehalten, geschehen sei aber bis jetzt nichts - es werde nur immer darauf gesehen, dass man in der Zeitung genannt werde. Es ist Zeit, sagt Redner, dass man endlich einmal die Parteiunterschiede fallen lässt, denn in der Frage der Krankenpflege, darf es keine Parteien geben und es dürfe nicht die Furcht und der Meid gegenüber der herrschenden Partei die Entschliessungen leiten. Wenn gegenwärtig gegen die Landesautonomie zu Felde gezogen werde, so komme das offenbar daher, dass man es nicht wolle, dass einfache Männer aus dem Volke im Landesausschusse das Referat führen über Dinge, in welchen man nur Aerzte und Juristen gelten lassen will. Redner erklärt bei Durchführung der gestellten Anträge lasse sich nicht nur die Spitalnot beseitigen, sondern es könnten auch alle Dinge, die dazu gehören geschaffen werden, so Lungenheilstätten, Rekonvaleszenten häuser und was vor allen notwendig sei, Kinderanstalten nicht nur für Findlinge sondern auch für unglückliche Kinder armer Eltern, weil die laufenden Einnahmen für alle diese Schöpfungen vorhanden wären. Die Spitalschande darf in Oesterreich nicht weiter prolongiert werden nur wegen des Meides gegen eine Partei. Auf diesem Gebiete sei Gelegenheit gegeben, wahre Unparteilichkeit zu zeigen, denn hier könne tatsächlich erspriesliches gekistet werden, wenn auch endlich einmal die Regierung dazu den Mut aufbringt, und sie soll auch diesen Mut aufbringen, denn zurückweisen, kann jeder Amtsdienner, dazu braucht man keinen Ministerpräsidenten. Es muss endlich zurückgegriffen werden auf dieses Material der Assistenzpublik, die sich seit 3 bis 400 Jahren bewährt. (lebhafter Beifall).

VEGM. Hoss übernimmt den Vorsitz.

Gr. Dr. Loewenstein gibt seiner Freude darüber Ausdruck, dass diese Angelegenheit fern von jedem politischen Betriebe nur vom Standpunkte der Humanität durchgeführt werden soll.

Er müsse Landes-Ausschuss Biellohlawek doch daran erinnern, an den Kampf der gegen die medizinische Wissenschaft, gegen die Impfung u.s.w. im Landtage geführt wurde und der es erklärlich erscheinen liess, wenn in die Objektivität der Mehrheit nicht das richtige Zutrauen herrschte. Der Krieg habe vieles gut gemacht und auch Landes-Ausschuss Biellohlawek habe sich in der letzten Zeit wiederholt sehr gebessert. (Heiterkeit) Als Landes-Ausschuss-Referent habe er seine Angelegenheiten gewisse gut geführt und die Aerzteschaft habe durchaus nicht Anlass gegen ihn Klage zu erheben. Als sein Projekt vorgelegt wurde, habe die Aerzteschaft durchaus nicht die Gewähr der freien Forschung gehabt. Sie habe sich auch nicht gegen das Projekt als solches gewendet, denn auch ihr Wunsch war die Spitalschande aus der Welt zu schaffen. Die Aerzteschaft habe sich auch dagegen verwahrt, dass bei der Anstellung der Aerzte Unterschiede in konfessioneller Hinsicht gemacht werden und sie habe es erleben müssen, dass bei der Errichtung des Jubiläumspitals tatsächlich der Grundsatz aufgestellt wurde, keine jüdischen Aerzte zuzulassen. Ich nehme mit Freuden zur Kenntnis, dass dieser Unterschied heute nicht mehr gemacht werden soll, denn es ist richtig, dass die Pflege der Kranken absolut keinen Parteiunterschied kennen darf. Es ist selbstverständlich, dass das vorliegende Projekt eine unbedingte Notwendigkeit für die gesamte Bevölkerung ist und ich werde deshalb auch unbedingt für die Entschliessung stimmen. Die Ausgestaltung unserer Kliniken ist dringendst notwendig, denn während früher die Wiener Universität das medizinische Mekka war, herrschen heute an unserem allgemeinen Krankenhaus, wo die Leuchten unserer Wissenschaft wirken, gewisse Zustände, die den Verhältnissen absolut nicht mehr entsprechen. Wie mangelhaft dasselbe ist, geht daraus hervor, dass nach der letzten Statistik von nahezu 9000 aufnahmesuchenden Personen mehr als die Hälfte abgewiesen werden musste.

Als Beweis des Mangels an Spitalern und Betten könne angeführt werden, dass während in Deutschland ein Bett auf 270 Einwohner entfällt, in Oesterreich erst auf 490 Personen ein Bett kommt.

Der Redner hält die Errichtung eines Tuberkulospitals *in Wien* für unbedingt notwendig, insbesondere müssen dort solche Kranke Aufnahme finden, deren Wohnungsverhältnisse eine Behandlung in ihrem Heim nicht gestattet. Die Errichtung des Ministeriums für Volksgesundheit habe allgemeine Befriedigung hervorgerufen. Zu beklagen sei der Umstand, dass eine Einteilung des Ministeriums in ein solches für Volksgesundheit und in ein zweites für soziale Fürsorge erfolgt sei. Aus dem Ministerium für Volksgesundheit dürfe kein Politikum gemacht werden, es darf nicht experimentiert werden, sondern opferwillige und schaffensfreudige Arbeit muss geleistet werden. Wenn wir nicht die Sicherheit haben, dass in den gegenwärtigen Verhältnissen Wandel geschaffen wird, so ist es besser, wenn Gemeinde und Land in ihrem eigenen Wirkungskreis an das Reformwerk schreitet. Redner schliesst: Ich stimme voll und ganz den einzelnen Punkten der Entschliessung zu. Wir würden einen grossen Fehler begehen, wenn wir nicht für jeden einzelnen Menschen die grösste Sorgfalt aufwenden würden. Wir müssen gemeinsam arbeiten, denn es gilt für die Gesamtheit, für den Wiederaufbau unseres Vaterlandes und für unser Oesterreich. (Lebhafter Beifall.)

GR. Rummelhardt bemerkt gegenüber den Vorredner, dass die Gemeinde Wien und das Land Niederösterreich den christlichen Aerzten in ihren Abhalten eine Existenzmöglichkeit bieten musste, da die nicht-christlichen Aerzte gegenüber den christlichen stark bevorzugt wurden und ihnen es bei der Bewerbung in der akademischen Laufbahn unmöglich war, einen höheren Grad, als den eines Dozenten zu erlangen, obwohl es auch unter den christlichen Aerzten ausgezeichnete Fachleute gab. Auch während des Krieges hatten die jüdischen Aerzte keinen Nachteil, denn sie waren weitaus zum Grossteil im Hinterland und christliche Aerzte waren erst zu finden, je weiter es nach Vorne ging.

Redner gibt die Anregung, dass bei Errichtung von Genesungsheimen auch in entsprechender Weise auf solche Heime für jugendliche Arbeiter in gewerblichen Lehrverhältnissen Rücksicht genommen werden soll, da derartige, unbedingt notwendige Anstalten derzeit noch nicht bestehen. Ferner stellt er den Antrag, dass durch die Errichtung sogenannter Schulzahnkliniken und anderer unentgeltlicher Zahnpflege- und Zahnbehandlungsstätten für Arme eine Entlastung der Spitäler herbeigeführt werden soll.

GR. Kunschak : Es ist vom Herrn Medizinalrat in einer wenig ehrfurchtsvollen Weise vom den sogenannten Dürkräutlern gesprochen worden, für die ich nicht umhin kann, hier eine Lanze einzulegen. Ich möchte dem Herrn Dr. Lützenstein gegenüber konstatieren, dass ich weiss, dass viele graduierte Aerzte viele Leute ins Grab gebracht und aus eigener Erfahrung weiss, dass die Dürkräutler Todeskandidaten dem Leben wiedergegeben haben. Es fehlt mir selbstverständlich nicht ein, ein Urteil überhaupt über die medizinische Wissenschaft ihre Bedeutung und ihre Fortschritte hier abzugeben, aber ebensowenig ist es berechtigt und klug in so abfälliger Weise von der Naturheilmovement zu sprechen, wie es der Herr Medizinalrat getan hat. Ich bedauere, dass die Anträge des Referenten auf die Naturheilmovement gar keinen Bezug genommen haben, weil ihr eine Kraft innewohnt, die bei einer rationellen Gesundheitspflege nicht vermisst werden soll und kann. Der Gemeinderat hat ja seinerzeit seine Zustimmung gegeben, dass ein Naturheilapostel, Priessnitz, in Wien ein sehr hübsches und ehrendes Denkmal errichtet wurde. Mit dieser Handlung hat die Gemeinde ihre Anerkennung dafür ausgesprochen, dass auf dem Gebiete des Naturheilverfahrens für die leidende Menschheit grosse Erfolge erzielt werden können. Vor der Tätigkeit eines Priessnitz muss auch jeder graduierte Arzt den Hut abnehmen. Mag man aber darüber, welcher Meinung immer sein, so darf man doch das eine nicht vergessen, dass es auch unter den akademisch gebildeten Mediziner sehr Viele gibt, welche mit voller Begeisterung zu den Methoden der Naturheilmovement sich bekannt haben.

GR. Dr. Loewenstein : Wie würden Sie Schussverletzungen heilen ?

GR. Kunschak : Alles schon dagewesen. Er hätte nicht geschadet, wenn neben den graduierten Aerzten unter denen sicher auch graduierte Kurpfuscher sich befunden haben, auch Naturheilärzte hinausgeschickt worden wären.

GR. Dr. Loewenstein : Und auf dem Gebiete der Infektionskrankheiten ?

GR. Kunschak : Gerade in der Bekämpfung der Infektionskrankheiten hat die medizinische Wissenschaft das allerwenigste gekistet. Wenn wir in diesem Kriege von einer Reihe von Seuchen verschont geblieben sind, ist es weniger auf die Impfung zurückzuführen, sondern darauf, dass man in militärischen Verbänden und Anstalten auf hygienische und sanitäre Massnahmen gedrungen hat. Trotz der Impfung sind auf Kriegsschauplätzen, auf denen diese Massnahmen nicht voll durchgeführt waren, wie im Orient, die verheerendsten Seuchen aufgetreten. Ich will nicht behaupten, dass die Naturheilmovement ein allheilendes Mittel ist, ebenso wenig wie ich mich gegen die Medizin als solche wende, aber ich behaupte, dass sie eine sehr wichtige Ergänzung aller medizinischen Errungenschaften ist.

Der Redner erhebt schliesslich in einem Zusatzantrage die Forderung auf Errichtung einer physikalisch-diätetischen Lehrkanzel an der Wiener Universität, tatkräftige Unterstützung aller der Volksgesundheit dienenden Einrichtungen und Bildung von Gesundheitskommissionen, in welchen auch Anhänger der Naturheilmovement Sitz und Stimme haben sollen.

367
5

GR. Bretschneider stimmt allen Ausführungen zu, dass der Krieg ungeheure Verwüstungen auch in der Volksgesundheit angerichtet habe und es nur dem Zusammenwirken aller möglich sein werde, halbwegs bessernd und reformierend zu wirken. Was die Sozialdemokratie anbelange, habe sie von Anfang an darauf gesehen überall dort vorzubauen, wo sie Einfluss besitze z.B. auf dem Gebiete der Krankenkassen. Es müsse aber immer wieder betont werden, dass die Arbeiterschaft allein durch ihre Beiträge nicht im Stande sein werde zu leisten, was von den Krankenkassen verlangt werde. Wenn weiters davon gesprochen wurde, dass sich schon jetzt Anzeichen dafür bemerkbar machen, dass das Militär nicht allein das Uebel heilen werde, das es verbrochen hat sondern die Tendenz besteht, die Kranken nach Möglichkeit abzuschieben, so können die Krankenkassen bereits jetzt konstatieren, dass sie für eine ganze Reihe von Personen zu sorgen haben, die als Kriegsinvalide zurückgeschickt den Kassen zur Last fallen. Man müsse nicht nur Krankheiten heilen, sondern auch dafür sorgen, dass die Bevölkerung so stark werde, dass sie den Krankheitskeimen besser widerstehen könne, als bisher. Gerade auf diesem Gebiete habe man in Oesterreich fast gar nichts getan und das wenige Vorhandene ist durch die Privatwohlthätigkeit oder die Krankenkassentätigkeit geschaffen worden, denen natürlich nur unzulängliche Mittel zur Verfügung stehen.

GR. Bretschneider versichert zum Schlusse, die Sozialdemokratie werde was in ihrer Macht liegt tun, um Mithelferin an dem grossen Werke zu sein. Sie werde aber auch stets eine Mahnerin dafür sein, was die Gesellschaft auf dem Gebiete der Volksgesundung zu leisten habe und werde darüber wachen, dass das was in Resolutionen und Konkressen festgelegt wurde, auch durchgeführt werde im Interesse der leidenden Menschheit

GR. Dr. Hein weist die Behauptung des GR. Rummelhardt zurück, dass die Nichtanstellung von jüdischen Aerzten nur eine Art Nötwehr dagegen gewesen sei, weil an der Unisversität die jüdischen Ärzte bevorzugt werden. Er erklärt aus dem niederösterreichischen Amtskalender gehe hervor, dass die 25 ordentlichen Professoren ein einziger ungetaufter und zwei getaufte Juden seien.

GR. Rummelhardt. Die Zahl stimmt nicht mit jener aus der Zeit von welcher ich gesprochen habe.

GR. Rotter. Ja im Amtskalender steht natürlich die Konfession nicht drin.

GR. Dr. Hein Es ist bedauerlich, dass hier solche unrichtige Behauptungen aufgestellt werden und ich muss es auf das Entschiedenste zurückweisen, dass die jüdischen Aerzte nur im Hinterland zu finden seien. Ich kenne eine ganze Reihe von jüdischen Aerzten an der Front (Rufe bei der Mehrheit: aber, aber!) die sich aufgeopfert haben, die zu Grunde gegangen sind und eine grosse Menge ist ja auch gefangen in Russland. In solchen Dingen eine Ausrede dafür zu suchen, dass mit Missachtung der Staatsgrundgesetze die jüdischen Aerzte prinzipiell ausgeschlossen werden sollen, das muss ich tief bedauern und ich kann nur die Hoffnung aussprechen, dass dies im Sinne der heute gehaltenen Reden in Zukunft anders sein wird. Wir stämmen der Entschliessung gerne zu, wir sind durchaus geneigt Sie bei derartigen Aktionen zu unterstützen, aber wir müssen im Sinne derjenigen Grundsätze, die wir vertreten verlangen, dass die Staatsgrundgesetze auch bei jeder Anstalt beobachtet werden und dass man sich nicht mit Witzen über dieselben hinwegsetzt.

Nach dem Schlussworte des Berichterstatters werden dessen Anträge, sowie die Zusatzanträge einstimmig angenommen.

Nach einem Antrage des StR. Braun werden Gründe in Sinnering im Ausmasse von 5272 m² um K 24.500 für den Wiener Bürgerspitalfond angekauft.

Nach einem Antrage des StR. Dachant soll der Entwurf über die Umgestaltung des Währinger -Ortsfriedhofes an der Währingerstrasse, Ecke Karl-Beckgasse im 18. Bezirke in eine Gartenanlage genehmigt werden.

Nach einem Antrage des StR. Grünbeck wird das Haus, 17. Bezirk, Lorenz Bayer -Platz 7 bis Taubergasse 7 im Ausmasse von 396 m² um 72.000 K angekauft.

StR. Hermann beantragt, zur Wiederherstellung des durch den Brand zerstörten, historisch wertvollen und denkwürdigen Bauwerkes der Serviten-Kirche aus Gemeindemitteln einen Betrag von 10.000 K zu bewilligen.

STR. Knoll berichtet über eine Grundeinlösung anlässlich der Unterfahrung der-Geläise der ehemaligen Staatseisenbahngesellschaft im Zuge der Erzherzog Karlstrasse im XXI. Bezirk. Das Ausmass beträgt, 2221 Quadratmeter, der Preis K 31.39 per Quadratmeter.

GR. Bretschneider wünscht die rascheste Durchführung dieser Angelegenheit.

GR. Melcher findet den Preis für ein Grundstück in Stadlau zu hoch. Er fragt warum man nicht an die Expropriierung des Grundes geschritten ist. Er beantragt schliesslich die Rückverweisung an den Stadtrat.

Der Magistratsreferent Sekretär Reutterer bemerkt, dass es sich hier um einen teuren Baugrund handle.

Der Rückverweisungsantrag wird abgelehnt, der Antrag des Referenten angenommen.

Nach einem Antrage des Stadtrates Müller wird eine Liegenschaft in Hetzendorf im Ausmasse von 4841 Quadratmeter um 50.000 Kronen angekauft.

STR. Pover beantragt die Bestellung eines Baurechtes an einer Baustelle in Oberbaumgarten im 13. Bezirk. (Genehmigt.)

Nach einem Berichte des Stadtrates Wippel wird die Bauliniënbestimmung für das Gebiet zwischen Laxenburgerstrasse - Küsserer Gürtel Grenzackergasse und verlängerte Windtenstrasse im 10. Bezirke genehmigt.

STR. Zatzka berichtet über die Bestellung eines Baurechtes auf einer Baustelle in Breitensee. (genehmigt.)

VBGM. Hierhammer schliesst sodann die Sitzung.

Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Herausgeber und verantw. Redakteur Franz Michler,
Wien, I., Neues Rathaus.

27. Jahrg. Wien, Donnerstag 25. Oktober 1917. Nr. 368

Butterabgabe. Die Ausgabe der für die laufende Woche das ist vom 21. bis 28. Oktober bestimmten Fettquote und zwar 3 dkg Butter und 3 dkg Margarine findet in den städtischen Abgabestellen am Samstag 27. und Montag 29. d.M. statt.

Der Wohnungsmarkt in Wien. Das Wohnungsamt der Stadt Wien erstattet folgenden Wohnungsbericht für den Monat September: Die Zahl der leerstehenden Wohnungen hat auch im September 1917 abgenommen. Die Abnahme erstreckt sich auf alle Wohnungsgattungen, sie ist nicht so gross wie im August, aber noch immer sehr erheblich. (Rund 11% gegen 15½%). Die Gesamtzahl der leerstehenden Wohnungen ist auf 2933 oder 0.53% des gesamten Wohnungsbestandes zurückgegangen. Bei den leerstehenden Geschäftslokalitäten ist auch in diesem Monate ein geringer Rückgang der Leerstellungen (von 6362 auf 6243) zu verzeichnen. Die Zahl der Wohnungssuchenden hat etwas abgenommen und betrug 1563 gegenüber 1951 im Vormonate. Allgemeine Lage des Wochenmarktes: Der fortdauernde Rückgang der Leerstellungen zeigt, dass bisher eine erhebliche Abwanderung, wie sie infolge der Freigabe von Teilen des Kriegsgebietes erwartet worden ist, nicht stattgefunden hat. Wenn der Wohnungsbedarf trotzdem ohne allzugrosse Schwierigkeiten befriedigt werden konnte, so ist dies vor allem der ausserordentlichen Ständigkeit der Wohnungsverhältnisse zu verdanken, wie sie in den Berichten des wirtschaftlichen Hilfsbüros zum Ausdruck kommt.

Heranziehung der Dorfteiche für Karpfenzucht. Das Ackerbauministerium ersucht um Verbreitung folgender Mitteilung: In zahlreichen Landgebieten finden sich ungenutzte oder wenig ausgenutzte kleinere Wasserflächen, Dorfteiche, Pferdeschwemen, Eisteiche u.s.w. Die reichen, sich ständig erneuernden Bestände an niederen Pflanzen und Tieren in diesen Gewässern sind die geeignetste Nahrung für viele unserer nützlichen Fische, namentlich für den Karpfen und die Schleie. Es ist gar nicht schwer, sich diesen Reichtum der Dorfteiche an Fischnahrung zu Nutzen zu machen und wo es in sachgemässer Weise versucht wurde, hat sich stets gezeigt, dass die Produktionskraft der Dorfteiche jene erstklassiger Karpfteiche übertrifft. Es muss nur dafür gesorgt werden, dass die Teiche mit der richtigen Menge von Karpfen besetzt werden, die die vorhandene Nahrung ausnutzen, dass nicht durch Uebervölkerung des Teiches unter den Fischen Hungersnot entstehe. Dies ist zu bewirken durch rechtzeitige Ausfischung der Dorfteiche, damit nicht Fische in ihnen zurückbleiben die laichen und durch ihre allzu zahlreiche Nachkommenschaft die Nahrungsmenge auf gar zu viele hungrige Mäuler verteilen, so dass schliesslich keiner genug zu fressen findet, um zu dem uns erwünschten Schlachtgewicht heranzuwachsen. Es muss ferner dafür gesorgt werden, dass Fische von guter, schnellwüchsiger Rasse eingesetzt werden, die schon nach kurzer Zeit als konsumfähige Ware ausgefischt werden können. Kurz, es sollte in Dorfteichen eine geregelte Fischwirtschaft mit sachgemässer Besetzung und Abschiffung eingeführt werden, die Teiche sollten mit geeigneten Ablassvorrichtungen versehen werden - dann werden auch sehr kleine Objekte noch Erträge an Fischfleisch liefern, die die aufgewen-

dete geringe Mühe reichlich lohnen. Aber nicht nur bereits vorhandene Dorfteiche können und sollen in dieser Weise ausgenützt werden, sondern es lassen sich in sehr vielen Fällen auf einfache Weise neue derartige Anlagen schaffen. Das Ackerbauministerium fordert alle Landgemeinden, in oder bei denen Dorfteiche bestehen oder geeignete Grundflächen sich in derartige Teiche umwandeln lassen, zur Mitarbeit an dem Approvisionnementwerk auf. Das Ackerbauministerium ist bereit, durch Sachverständige die nötigen Anweisungen zur richtigen Herstellung der Teiche zu erteilen, in geeigneten Fällen gutes Besatzmaterial an Fischen zu beschaffen und in jeder Weise für entsprechende Belehrung und Unterstützung zu sorgen.

Auszeichnung. In der vertraulichen Sitzung des Gemeinderates wurde nach einem Referate des StR. von Steiner beschlossen, dem Bezirks- und Armenrate des 19. Bezirkes Alois Musil in Anerkennung seiner mehr als 15 jährigen verdienstvollen Tätigkeit auf dem Gebiete der öffentlichen Armenpflege, sowie in Würdigung seiner langjährigen Tätigkeit als Bezirksrat, die goldene Savator-Medaille zu verleihen.

Bau einer neuen Leichenkammer. Der Stadtrat beschloss nach einem Antrage des StR. Dr. Haas die Leichenkammer 3. Bezirk, Rennweg 91, welche in dem einstöckigen an das Pfarrgebäude anschliessenden Hoftrakt untergebracht ist und sich in einem schlechten Bauzustande befindet, aufzulassen. An ihrer Stelle wird eine neue Leichenkammer im St. Marxer Friedhofe gebaut werden. Bis zu deren Fertigstellung ist die bisherige Leichenkammer weiter zu benutzen und instandzusetzen. Die Kosten hierfür betragen annähernd 1000 K.

Friedhofserweiterung. Der Stadtrat beschloss nach einem Antrage des StRs. Hötzel die Erweiterung des Ottakringerfriedhofes grundsätzlich zu genehmigen. Die eigenen Gräber sind mit einer Länge von 3 Meter, die Schachtgräber in Doppelreihen auszuführen.

Wasserversorgung. Der Stadtrat hat nach einem Antrage des StRs. Knoll die Kosten der Verlegung des 250 millimetrischen Wasserleitungsrohrstranges in der Seheydgasse im 21. Bezirk behufs Wasserversorgung des Kraftfahrtruppenlagers im Betrage von rund 9.200 K genehmigt. - Nach einem Antrage des StRs. Schneider wurde die Verlegung eines Wasserleitungsrohrstranges zwischen Handelsplatz und der Engerthstrasse samt Aufstellung der Spritzhydranten mit den Kosten von 18.000 K genehmigt.

Ankauf von Grillparzerbriefen. Der Stadtrat beschloss nach einem Antrage des StRs. Schwer, drei Briefe Grillparzers im Besitze der Frau Meta Beyermann-Paepeke anzukaufen.

Vorrückungen von Lehrpersonen. Der Stadtrat hat nach einem Antrage des StRs. Tomola Alois Hertenberger und Karl Alexander zum Volksschullehrer II. Klasse, Hedwig Leo von Löwanmuth und Wilhelmine Schäfer zu Volksschullehrerinnen II. Klasse ernannt.

369
Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Herausgeber und verantw. Redakteur Franz Michew,
Wien, I., Neues Rathaus.

27. Jahrgang. Wien, Freitag 26. Oktober 1917. Nr. 369.

Städtische Pferdeeinkaufskommission. Der Bürgermeister hat mit der Leitung der städtischen Pferdeeinkaufskommission, welche bisher einem rechtskundigen Beamten übertragen war, den städtischen Veterinäramts-Inspektor Dr. Moriz Lederer betraut und ihm auch das Referat über den Pferdean- und-verkauf übertragen.

Trauer-gottesdienst der Wiener Männer für die Kriegsgefallenen. Am Feste Allerheiligen 1. November 8 Uhr abends veranstaltet die „Eucharistische Männerwacht“ in der Kirche Maria am Gestade, 1. Bezirk Salvatorgasse einen Trauer-gottesdienst für die gefallenen Helden, zu welchem die christliche Männerwelt herzlichst eingeladen wird. Die Predigt hält Geistlicher-Rat Mörzinger.

Gänseverkauf. Morgen (Samstag) gelangen polnische Gänse zum Preise von K 8,30 per kg an folgenden Ständen zum Verkaufe: Heinrich Pessl, 1. Bezirk Hoher Markt; Magdalena Endyca, 3. Bezirk, Großmarkthalle; Marie Brunner, 4. Bezirk, Naschmarkt; Stefan Simatovitch, 5. Bezirk, Schönbrunnerstraße; Heinrich Schweifer, 6. Bezirk, Markthalle-Damböckgasse; Franz Meagolitsch, Halle Burggasse; Anton Mřskorsch, 9. Bezirk, Nussdorferstrasse-Halle; Katharina Hellis, 10. Bezirk, Markt-Eugenplatz; Josef Gugitscher, 11. Bezirk Markt-Eockplatz; Antonia Greil, 12. Bezirk, Markt-Meidling; H. Moser, 16. Bezirk, Markt-Brunnengasse; Katharina Schmalzbauer, 18. Bezirk, Gentzgasse 33; Marie Basteiner, 20. Bezirk, Markt-Hanoverplatz; Andreas Grimm, 21. Bezirk, Markt am Spitz.

Die Lagerhäuser im Freudenauer Winterhafen. Ueber die Entwicklung des Verkehrs in den von der Donau-Regulierungs-Kommission errichteten und vom Lagerhause der Stadt Wien betriebenen Lagerhäusern und Umschlagseinrichtungen im Freudenauer Winterhafen wurde dem Stadtrat vom Vize-Bürgermeister Hoß nachfolgender Bericht vorgelegt: Vom Besinne des Betriebes (1. April 1916) bis 30. Juni 1917 wurden im Winterhafen 1,522.515 q (15225 Waggons) Güter aller Art umgesetzt. Hievon langten 690.581 q (6906 Waggons) mit der Bahn und 79.223 q (792 Waggons) mit Schiffen an, während 434.608 q (4346 Waggons) mit der Bahn und 318.103 q (3181 Waggons) mit Schiffen austraten. Von Schiffen zur Bahn wurden 27.403 q (274 Waggons), von Bahn zur Bahn 246.520 q (2465 Waggons) und von der Bahn auf Schiff 316.092 q (3160 Waggons) umgeschlagen. Die Speicher waren ständig belegt und der Raum reichte für die andringenden Güter oft bei weitem nicht aus. Im ganzen wurden 179.789 q (1798 Waggons) Güter im Werte von K 26,696.970.-- eingelagert und 162.696 q (1627 Waggons) im Werte von K 21,326.590.-- ausgelagert. Der höchste Lagerstand betrug 823 Waggons im Werte von K 8,816.600. Aus diesen Ziffern ergibt sich, dass in den Winterhafen seit der Errichtung der Speicher ein reger Verkehr eingezogen ist und die Umgestaltung des Freudenauerhafens aus einem Bohrtzafen zu einem Handelshafen in aussichtsvoller Weise angebahnt ist. Der Bericht wurde zur Kenntnis genommen.

Benützung von Schullokalitäten. Der Stadtrat hat nach einem Antrage des StR. Tomola folgenden Beschluss gefasst: Die an verschiedene schulfremde Personen und Vereine erteilte Bewilligung zur Mitbenützung von Schulräumlich-

keiten wird mit Rücksicht auf die gebotene Sparsamkeit mit Kohlen, insofern für die Mitbenützung eine besondere Beheizung erforderlich ist, bis auf weiteres widerrufen. Ausgenommen von diesem Widerrufe sind die Vereine, die sich mit Jugendfürsorge befassen.

Die Gesundheitsverhältnisse Wiens. In der letzten unter dem Vorsitze des Oberstadtphysikus Dr. Böhm abgehaltenen Sitzung wurde der Bericht über die Gesundheitsverhältnisse der Stadt Wien im Monate September erstattet. Die Gesundheitsverhältnisse der Stadt haben sich im Berichtsmo-nate etwas günstiger gestaltet als im August. Der Krankenstand hat einen Rückgang erfahren. In die armenärztliche Behandlung sind 9689 Fälle gegen 11278 im Vormonat und 8075 im September des Vorjahres zugewachsen. Auf die entzündlichen Krankheiten der Atmungsorgane entfielen 1199 Fälle, auf die entzündlichen ~~Krankheiten~~ der Verdauungsorgane 3116, auf Lungentuberkulose und Skrophulose 644 Fälle. Die Infektionskrankheiten haben durch die starke Ausbreitung der Ruhr sowie infolge des wie alljährlich zu Schulbeginn beobachteten Anstieges des Scharlachs und der Diphtherie eine hohe Ziffer erreicht. Aus der Zivilbevölkerung liefen 1328 Anzeigen ein, hievon entfielen 225 auf Scharlach, 228 auf Diphtherie, 118 auf Abd. Typhus, 701 auf Ruhr, 41 auf Varizellen. Ueber Infektionskrankheiten bei Militärpersonen wurden 150 Anzeigen erstattet. Die Sterblichkeit hat sich gegen den Vormonat um weniges erniedrigt. Insgesamt starben 2939 Zivil- und 504 Militärpersonen, zusammen 3443 Personen gegen 3638 im Vormonat und 2512 im September des Vorjahres. Die grösste Zahl der Todesfälle entfiel auf die Tuberkulose und Skrophulose mit 533 Fällen. An der Sterblichkeit war das männliche Geschlecht mit 54.49%, das weibliche mit 45.51% beteiligt. Im Berichtsmo-nate wurden 30 gerichtliche und 102 sanitätspolizeiliche Obduktionen vorgenommen. Von den städtischen Sanitätsstationen wurden 4198 Transporte, darunter 643 Leichentransporte durchgeführt.

370

Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Herausgeber und verantwortl. Redakteur *Franz Michler*,
Wien, I., Neues Rathaus.

27. Jahrgang - Wien, 27. Oktober 1917. Nr. 370.

Kartoffelabgabe. Morgen (Sonntag) werden auf den Märkten keine Kartoffeln abgegeben. Die auf den Kopf entfallende Wochenmenge von Kartoffeln wird für nächste Woche wieder mit 1 kg festgesetzt. Die Abgabe erfolgt gegen Abtrennung des ganzen Wochenabschnittes D der Kartoffelkarte. Es werden also alle 7 Tagesabschnitte „D“ abgetrennt. Die Kartoffeln werden in folgender Ordnung abgegeben: Montag Buchstabe A bis G, Dienstag H bis K, Mittwoch L bis P, Donnerstag Q, R, Sch, St, Freitag S bis Z, Samstag Nachzügler. Die Abgabe ist an den Wohnbezirk gebunden und erfolgt bei den üblichen Abgabestellen. Es wurde beobachtet, daß noch viele Haushaltungen zwar die Kartoffelkarten behoben, die Anmeldung bei einer städtischen Kartoffelabgabestelle oder Konsumentenorganisation jedoch noch nicht durchgeführt haben. Die Frist zu dieser Kartoffelrayonierung kann nur bis Mittwoch den 31. Oktober l. J. verlängert werden und werden die betreffenden Haushaltungen aufgefordert, die Anmeldungen bis zu diesem Zeitpunkte durchzuführen. Die in jedem Bezirke errichteten städtischen Abgabestellen sind in den auf den Amtstafeln und sonstigen Stellen angeschlagenen Kundmachungen ersichtlich. Die Stellen sind durch eine rosafarbige Tafel mit der Aufschrift „Abgabestelle für städtische Kartoffeln“ gekennzeichnet.

Kleinhandelspreise für Zucker ab 1. November. Auf Grund der Statthaltereiverordnung vom 16. Oktober 1917 hat der Magistrat mit der Kundmachung vom 27. Oktober die im Kleinhandel ab 1. November l. J. zulässigen Höchstpreise für jenen Verbrauchszucker verlaublich, dessen Verpackung durch Verschlussmarken mit rotem Aufdrucke gekennzeichnet ist; der neue Verkaufstarif enthält wieder besondere Höchstpreise für den Kleinverkauf von Zucker in Originalpackung und in losen Stücken. Nach dem neuen Tarife stellen sich die Preise für die einzelnen Sorten beim Verkaufe in losen Stücken um 30 bis 34 h höher als bisher und zwar von den gangbarsten Sorten: Großbrode (Hutzucker auf K 1,47 für 1 kg gegen K 1,17 bisher, Würfelzucker Ia auf K 1,56 für 1 kg gegen K 1,22 bisher, Staubzucker auf K 1,56 für 1 kg gegen K 1,22 bisher und Grießzucker auf K 1,54 für 1 kg gegen K 1,20 bisher. Die allgemeine Erhöhung der neuen Kleinhandelspreise ist hauptsächlich auf die bekannte, durch die Ministerialverordnung vom 25. September vorgenommene Erhöhung der Fabrikspreise für Verbrauchszucker der neuen Ernte um 28 K für 1 q zurückzuführen, ferner auf die Erhöhung der Preise für die Verpackungen (Kisten, Säcke, Kartons), die gegenüber den bisherigen Preisen K 1,50 bis 5 K für 1 q beträgt. Dermalen und noch einige Zeit ist in Wien neben dem Zucker der neuen Ernte noch solcher der alten in Verkehr. Es wird ausdrücklich darauf aufmerksam gemacht, dass der Zucker der alten Ernte, dessen Verpackungen durch Verschlussmarken mit grünem Aufdruck gekennzeichnet sind, auch nach dem 1. November nur zu den bisherigen, mit der Magistratskündigung vom 12. April 1916 festgesetzten Preisen verkauft werden darf. Das Marktamt hat strenge Weisungen hinsichtlich der Ueberwachung des Zuckerhandels insbesondere in der Richtung erhalten, dass nicht Zucker der alten Ernte zu den für Zucker der neuen Ernte festgesetzten höheren Preisen verkauft wird. Nach dem Statthaltereiverlasse vom 16. d. M. ist übrigen die Bevölkerung, um sich gegen etwaige Benachteiligungen zu schützen, berechtigt, von Kleinhändler das Vorzeigen der Originalpackung zu verlangen.

gen, wobei die Farbe der amtlichen Verschlussmarke zu beachten sein wird. Die Kleinhändler sind verpflichtet, den neuen Verkaufstarif sofort in den Verschleisslokalen an einer jedermann leicht ersichtlichen Stelle anzuschlagen; solange sie Zucker alter Ernte noch vertreiben, muss nebstdem auch der alte Verkaufstarif noch angeschlagen sein.

Kriegerwirtschaftsheimstätten in Wien. St. R. von Seiner legte in der letzten Stadtratsitzung eine Zuschrift der Statthaltereier über die Errichtung von Kriegerwirtschaftsheimstätten im Gebiete der Gemeinde Wien vor. Der Referent begrüßte mit Genugtuung, dass die Regierung auch an die Errichtung von Wirtschaftsheimstätten nunmehr ernstlich heranzutreten beabsichtige. Damit die von der Gemeinde Wien bereits eingeleitete Aktion zur Errichtung von Kriegerheimstätten weder durchkreuzt noch beeinträchtigt werde, habe auch die Errichtung von Wirtschaftsheimstätten ebenfalls durch den Wiener Kriegerheimstättenfond zu erfolgen. Die Gemeinde Wien werde bereit sein, freie, für gärtnerische Zwecke geeignete Grundflächen, die im Eigentum des Bürgerspital- und Versorgungsfonds sich befinden, zu überlassen. Es wurde beschlossen, die Zuschrift der Statthaltereier im Sinne der Ausführungen des Referenten zu beantworten.

Die Kartoffelversorgung Wiens. In der letzten Sitzung des Stadtrates stellte St. R. Dr. Hein den Antrag, abermals bei der Regierung wegen der mangelhaften Versorgung Wiens mit Kartoffeln vorstellig zu werden, insbesondere auf die gegenwärtig mangelhafte Zufuhr dieses wichtigen Volksnahrungsmittels hinzuweisen und energisch darauf zu dringen, dass das für Wien zugesagte Kontingent noch vor Eintritt des Frostes hereingebracht werde.

An diesen Antrag knüpfte sich eine lebhafte Debatte in der zunächst Vz. Bgm. Rain den heutigen Stand der Kartoffelversorgung Wiens eingehend besprach und den Ernst der gegenwärtigen Lage schilderte.

Vz. Bgm. Hoß bemerkte, er habe in der kürzlich abgehaltenen Tagung des Ernährungsrates in eindringlichen Worten die massgebenden Faktoren auf den ungenügenden Stand der Kartoffelversorgung Wiens aufmerksam gemacht und insbesondere erklärt, dass das seinerzeit zwischen dem Amte der Volksernährung und der Gemeinde Wien getroffene Uebereinkommen bezüglich der täglichen Zufuhren, soweit es sich jetzt schon überblicken lasse, keineswegs eingehalten werden könne.

St. R. Spalowsky wies auf sein in der letzten Hauptversammlung des deutsch-österreichischen Städtebundes erstattetes Referat hin, in welchem er die Regierung für alle aus der mangelhaften Versorgung Wiens mit Kartoffeln ergebenden Konsequenzen verantwortlich machte, daß die Gemeinde in dieser Beziehung restlos ihre Pflicht erfüllt habe und es nun an der Regierung liege, ihre Verpflichtungen gegenüber der Bevölkerung zu erfüllen. Er beantragte schliesslich, alles aufzubieten, damit eine Erhöhung der derzeitigen Kopfquote von 1 kg auf 1 1/2 kg ermöglicht werde.

St. R. Angermayer bemerkte, dass viele Kartoffeln infolge des zu lange währenden Bahntransportes jetzt schon in schlechtem Zustande ankämen und dass sich ob dieser Tatsache in der Bevölkerung grosse Mißstimmung bemerkbar mache. Die jetzt auf die Märkte gelangenden Kartoffeln werden schlechthin als Gemeindegartenerkartoffel bezeichnet und damit wird die Gemeindeverwaltung für die Versorgung an Kartoffeln verantwortlich gemacht. Der Stadtrat müsse hier laut seine Stimme erheben, um die daran Schuldtragenden aufzuzeigen.

St. R. Müller bestätigte die Mitteilung des Vorredners und regte an, auch private Lagerräume heranzuziehen.

St. R. Wippel wünschte einige Änderungen in Bezug auf die derzeit gehandhabten Verteilungsvorschriften.

Magistrats-Oberkommissär Schramm gab die im Laufe der Debatte gewünschten Aufklärungen und wies auf alle Vorkeruhungen des Magistrates bezüglich der klaglosen Versorgung Wiens mit Kartoffeln hin. Nach seinen Mitteilungen sind die täglichen Zufuhren in den letzten Tagen bedeutend gestiegen, so dass mit der Einlagerung und Einmietung der Kartoffeln bereits begonnen werden konnte.

Schliesslich wurde der Magistratsbericht zur Kenntnis genommen und der Antrag Dr. Hein einstimmig zum Beschlusse erhoben.

Bernhard Baumeister + Bürgermeister Dr. Weiskirchner hat an den Direktor des Hof-Burgtheaters folgende Zuschrift gerichtet: Die Nachricht von Bernhard Baumeisters Tode hat die Herzen der Wiener tief ergriffen. Als ein Wahrzeichen aus einer grossen ruhmreichen Epoche unseres Burgtheaters verehrt und liebten die Wiener den Heimgegangenen. Unser Burgtheater verliert in Baumeister einen der grössten seines Berufes, einen Künstler, dessen hohes Können in 60 jährigen, erfolgsgekrönten Wirken mitgeholfen hat, unsere Hofbühne zur ersten deutschen Bühne der Welt zu gestalten. Namens der Stadt Wien, sowie im eigenen Namen, spreche ich der Direktion zu diesem unersetzlichen Verluste das tiefste Beileid aus. Baumeisters Name wird stets ein Ruhmesblatt in der Geschichte unseres Burgtheaters bilden. - Auch an die Wittve Baumeisters wurde vom Bürgermeister ein Beileidsschreiben gerichtet.

Zuckerausgabe im November. Nachdem bekanntlich über behördliche Verfügung die Zuckerration vom November 1917 angefangen auf weiteres um 1/4 kg gekürzt werden muss und nur die mit Zuckerzusatzkarten beteiligten Personen die bisherige Menge zu erhalten haben, hat der Wiener Magistrat folgende Verfügung getroffen: Die Wiener Zuckerverkäufer haben vom 1. November 1917 angefangen in der Zeit bis 15. November die Zuckerkarten in der Weise zu honorieren, dass sie für die an der Zuckerkarte am äusseren Rande angebrachten 4 Abschnitte zu je 1/3 kg, welche mit einem vertikalen Schnitt abzutrennen sind, so dass die 4 übereinanderstehenden Abschnitte verbunden bleiben, eine Menge von 3/8 kg Zucker ausfolgen. In der Zeit vom 15. bis 30. November ist in gleicher Weise die zweite Reihe mit 4 Abschnitten vom Verkäufer vom Stamme abzutrennen und mit 3/8 kg zu honorieren. Um die Besitzer von Zuckerzusatzkarten in ihrem bisherigen Bezuge zu belassen, werden die Zuckerverkäufer hiemit beauftragt, jedem Käufer der sich im Besitze einer Zuckerzusatzkarte befindet, gegen Einziehung der Zuckerzusatzkarte mit dem Stamme, um 1/4 kg Zucker mehr auszufolgen, als die Menge der Zuckerzusatzkarte lautet. Nachdem in Wien die Zuckerzusatzkarte auf 4/8 kg lautet, hat daher der Verkäufer für jede Karte 3/8 kg Zucker auszufolgen. Sollte von einer Zuckerzusatzkarte, wie dies bei Kranken vorkommen kann, bereits von amtswegen bereits ein oder mehrere Abschnitte abgetrennt sein, so hat er die Zuckerzusatzkarte einzuziehen, mit soviel achtel Kilogramme zu honorieren, als die Zusatzkarte noch Abschnitte enthält und 2/3 kg darauf zu geben. Die Zuckerverkäufer werden ausdrücklich darauf aufmerksam gemacht, dass sie vor 1. November auf für den November lautenden Karten keinen Zucker abgeben dürfen, desgleichen auf solche Abschnitte, die sie nicht selbst vom Stamme in der hier vorgeschriebenen Form abschneiden. Die Zuckerabschnitte sind in der bisherigen Weise mit Kuvert an die Zuckerbezugsquelle abzuliefern. Die erhaltenen Zuckerzusatzkarten (Abschnitte nebst Stamm, die Abschnitte dürfen nicht abgetrennt sein) sind in einem besonderen Kuvert zur Abgabe zu bringen. Die näheren Bestimmungen über die Abgabe der Zuckerkartenabschnitte und der Zuckerzusatzkarten hat die Zuckerverteilungsstelle zu verfügen, der die genaueste Kontrolle über den ordnungsmässigen Vorgang bei der Zuckerabgabe obliegt. Jede Uebertretung dieser Vorschriften unterliegt den diesbezüglichen Strafbestimmungen.

371

WIESEN RATHAUS KORRESPONDENZ
29. Oktober vorm.

Ein Aufruf des Bürgermeisters

Bürgermeister Dr. Weiskirchner hat nachstehenden Aufruf erlassen:

Mitbürger! Unter der Führung unseres geliebten Kaisers haben die verbündeten Heere über den welschen Erbfeind gewältige Siege erfochten, Görz wiedergewonnen und Triadina in der italienischen Ebene erobert. Jubel und Begeisterung erfüllt uns bei der Kunde von den sich täglich erneuernden Heldentaten, die unsere Brüder und Söhne für den Schutz und die Freiheit unseres Vaterlandes vollbringen.

Mitbürger, gößen wir unserer Freude über diese großen Erfolge der verbündeten Ausdruck und schmücken wir die Häuser reichlich mit Fahnen und Flaggen!

+ + +

Ueber Verfügung des Bürgermeisters wurden schon gestern das Rathaus und die anderen städtischen Amts- und Anstaltsgebäude beflaggt.

372
Wiener Rathaus-Korrespondenz.
Herausgeber und verantwortl. Redakteur **Franz Michew,**
Wien, I., Neues Rathaus.

27. Jahrgang. Wien, Montag 29. Oktober 1917. Nr. 372.

Der österreichische Ingenieur- und Architekten-Verein über das Wohnungsproblem. Der österreichische Ingenieur- und Architekten-Verein eröffnet seine diesjährige Vortragsreihe am 3. November mit einem Vortrage des städtischen Baurates Ingenieur Hans Bartack über das Thema „Die Deckung des Wohnungsbedarfes nach dem Kriege“. Diesem Vortrage schliesst sich am 10. November ein zweiter an, den Magistratsrat Dr. Sagmeister über „Neue Aufgaben der Wohnungspolitik für den künftigen Frieden“ halten wird. An dem zweiten Abend folgt eine Diskussion über das Wohnungsproblem. Von Mitgliedern eingeführte Gäste sind willkommen.

150. Kriegsküche in Wien. Die Zentrallstelle hat kürzlich die 50. offene Kriegsküche dem Betrieb übergeben, die in Anwesenheit der Erzherzogin Isabella feierlich eröffnet wurde. Vor einigen Tagen hat das Kriegsküchenkommissariat die hundertste private Kriegsküche in Wien genehmigt. Von den bisher auf Grund des Erlasses des Amtes für Volksernährung vom Jänner 1917 errichteten Kriegsküchen sind 22 Gesellschaftsküchen, 26 Anstaltsküchen, 46 Betriebsküchen, 4 Erwerbsküchen und 2 Krankenküchen. Auf die einzelnen Bezirke entfallen: 1. Bezirk 23 Küchen, 2. Bezirk 5, 3. Bezirk 11, 4. Bezirk 2, 6. Bezirk 5, 7. Bezirk 5, 8. Bezirk 2, 9. Bezirk 7, 10. Bezirk 4, 11. Bezirk 4, 12. Bezirk 1, 13. Bezirk 4, 15. Bezirk 1, 16. Bezirk 3, 18. Bezirk 1, 19. Bezirk 7, 20. Bezirk 3 und 21. Bezirk 9 Küchen. Die höchste Teilnehmerzahl einer Küche beträgt 8.200, die niedrigste 50 Personen. Zur Belieferung dieser Küchen sind zwei Lebensmittelverbände bestimmt und zwar der Lebensmittelverband der Kriegsleistungsbetriebe Wiens, welcher 36 Küchen beliefert und der Zentralverband der Gemeinschafts- und Kriegsküchen für Wien und Niederösterreich, der für die Belieferung von 64 Küchen zu sorgen hat. Um die Errichtung der Kriegsküchen zu fördern, haben das Volksernährungsamt und die niederösterreichische Statthalterei das Kriegsküchenkommissariat ermächtigt, in berücksichtigungswürdigen Fällen von der genauen Einhaltung der Vorschriften des Kriegsküchenerlasses Umgang zu nehmen; auf der strengen Durchführung der Lebensmittelkartenkürzung muss jedoch bei allen Küchen bestanden werden.

Zum Siege an der italienischen Front. Bürgermeister Dr. Weiskirchner hat an den Generaladjutanten Zdenko Fürsten Lobkowitz nachstehendes Telegramm gerichtet: Mit Jubel und Begeisterung hat die Wiener Bevölkerung die Kunde von den gewaltigen Siegen vernommen, die von den verbündeten Herren über den weichen Erbfeind errungen worden sind. Die Wiener grüssen in tiefster Ehrfurcht Seine Majestät den obersten Kriegsherrn und Führer und fügen Ihm den ehrerbietigsten Dank für die mit so glänzendem Erfolge fortschreitende Befreiung des vaterländischen Bodens. Die im Flaggenschmuck prangende Reichshaupt- und Residenzstadt Wien grüsst das befreite Görz und die verbündeten Heere, die zum Teile schon auf italienischem Boden am Werk sind, den Uebermut des Feindes mit Heldenkraft zu brechen. Ich bitte Eure Durchlaucht, den Ausdruck dieser Gefühle der Freude und des Dankes, von denen die Wiener in diesen denkwürdigen Tagen besetzt sind, Seiner Majestät unterbreiten zu wollen.

Im Allerhöchsten Auftrage erwiderte Prinz Lobkowitz: Seine Majestät haben gerührt mit aufrichtiger Freude vom Inhalte des von Eurer Exzellenz namens der Wiener Bevölkerung aus Anlass der Befreiung Görz an mich gerichteten Telegrammes huldvollst Kenntnis zu nehmen. Gleichzeitig danken Seine Majestät herzlichst für diesen neuerlichen Beweis unwandelbarer Anhänglichkeit und senden allen Bewohnern der allzeit getreuen Reichshaupt- und Residenzstadt Wien Allerhöchst deren wärmsten Gruss.

Die Beglückwünschung des Armeekorps durch den deutsch-österreichischen Städtetag beantwortete G.d.I. Freiherr von Arz mit folgendem Telegramme an den Bürgermeister Dr. Weiskirchner: Ich bitte Eure Exzellenz, den Teilnehmern am deutsch-österreichischen Städtetag für die unseren Truppen zugedachte Huldigung meinen verbindlichsten Dank zu übermitteln. Die Söhne der deutschen Städte Oesterreichs haben wie an allen Crostaten der Wehrmacht auch an den jüngsten Erfolgen der verbündeten Waffen ruhmvollen Anteil.

Zum Leichenbegängnis Baumeisters. V.B. Hierhammer, der namens der Wiener Gemeindevertretung an dem Leichenbegängnisse teilnahm, hielt folgende Grabrede: Wie dieses sonnendurchglühte Jahr zur Neige geht und nun das zerfällt und zermorscht, was uns Freude und Wonne war, so hast Du uns verlassen, grosser Meister, und mit Dir genommen die Sonne und Wärme, die Du mit Deiner Kunst in unsere Herzen getragen hast. Hier in diesem Lande, in unserer Vaterstadt musste sich Deine hohe Sendung erfüllen und musste Dein Genius sich heimisch füllen: lebt hier doch ein Volk, dessen Sinnen und Denken nach dem Hohen und Edlen gerichtet ist, ein Volk, das nicht bestehen mag im düsteren Alltag einer kunstfremden Zeit und dessen Leben auf innigste verwoben ist mit jenen erhabenen, gottgewollten Zielen, deren Mittler Du warst. Und dieses ganze Volk steht heute an Deinem Grabe, um Dir mit schmerzlichem Abschiedsgruss zu danken für die meisterhafte Erfüllung der Sendung, zu der Dich die deutsche Kunst auferlesen hatte. Wir sehen Dich alle noch an der Stätte Deines Wirkens, wie Du uns die Seelen erhoben und die Herzen gestärkt hast und wie Deine Kunst uns gestählt hat im Ringen der Zeit. Und wir sehen Dich, wie so oft und oft sich Deine Kunst in den Dienst der reinsten Menschenliebe gestellt hat und Du mitgeholfen hast, Leiden zu mildern und Tränen zu stillen. Und ich darf diesen Augenblick, in dem wir von dem Abschied nehmen, was an Dir sterblich ist, wohl auch in tiefer Dankbarkeit der Erinnerung an die Freundschaft weihen, die Du dem im Tode Dir vorangegangenen grossen Freunde des Volkes Dr. Lueger, mit dem Dich die gleiche innige Liebe zu den Mitmenschen verband, entgegengebracht hast. Nun ist ein Frost gefallen und Dein Herz, das im Schaffen und Fühlen Deinem Volke gehört hat, steht stille. Die Wiener grüssen Dich, Bernhard Baumeister, zum letztenmale in diesem irdischen Leben; Du warst der ihre geworden und wirst es in dankbarer Erinnerung bleiben für alle Zeiten. In diesen letzten schweren Jahren hast Du erkennen dürfen, welchen Opfermutes dieses gute Volk der deutschen Wiener und Oesterreicher fähig ist und es wird Dir das Bewusstsein eine herrliche Genugtuung gewesen sein, dass ein Teil der überirdischen Kraft, deren Mittler im besonderen Masse die Kunst ist, in diesem Volke wurzelt und es alle Leiden überwinden lässt. Und das will unser Abschiedsgruss sein: trotz aller Stürme wird im Wandel der Zeiten die Liebe zur Kunst in unseren Herzen fortleben und wir werden mit diesem hehren Mittel weiter wirken zur Erhebung der Menschen, die Menschenliebe und Menschenwürde geachtet bleibt. Geleite uns, Bernhard Baumeister, in den lichteren Höhen, zu denen Du Dich nun erhoben hast, weiter zu diesem Ziele.

Die Lehrerbeseidigung. Sonntag Vormittag nahm Vizebürgermeister Hoß in Vertretung des Bürgermeisters im Beisein des St.R. Tomola und der beiden administrativen Referenten des Bezirksschulrates Ober Magistrate Artzt und Magistratssekretär Paul im Gemeinderats-Sitzungssaale die Beseidigung von 20 Schulleitern (Direktoren, Oberlehrer und Oberlehrerinnen) vor. V.B. Hoß hielt hierbei eine Ansprache, in der er unter anderem der Verdienste Erwähnung tat, die sich die Lehrerschaft in den Kriegstagen erworben hat und um derenwillen ihr volle unsingeschränkte Anerkennung gezollt werden müsse. Er bat die erschienenen Schulleiter und Schulleiterinnen, weiterhin ihre Kraft dem Wohle der Jugend und der Allgemeinheit zur Verfügung zu stellen, damit die Lehrerschaft jetzt und in Zukunft beweise, dass sie mehr als ihre Pflicht tut. Direktor Siebert dankte für die Beseidigung und gelobte in ergreifenden Worten im Namen der Erschienenen treue Pflichterfüllung für Kaiser, Vaterland und Vaterstadt. Mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf unseren Kaiser und mit der Absingung der Volkshymne, welche spontan von Oberlehrer Keldorfer intoniert wurde, schloss die erhebende Feier. Hierauf wurden im Festsalle 800 Lehrpersonen beseidet.

Butterabgabe. Da eine Besserung der Zufahren der ausländischen Butter erst für die nächste Woche erwartet wird, werden in dieser Woche das ist vom 30. Oktober bis 3. November in den städtischen Abgabestellen 6 dkg Margarine, bei den Konsumentenorganisationen 6 dkg Speck pro Kopf ausgegeben. Die Kleinpriese für ausländische Butter wurden neuerlich erhöht und stellen sich auf 2 K für 12 dkg ausgeschnittene Ware und auf 2 K 2 h für 12 dkg paketierte Ware.

Petroleumausgabe im Monat November. In der Zeit vom 4. November bis 1. Dezember werden auf Grund der Petroleumbezugskarten nachfolgende Mengen ausgefolgt: für Wohnungen wöchentlich $\frac{1}{2}$ Liter, für Aftermietungen wöchentlich $\frac{1}{4}$ Liter, für Heimarbeiter, Geschäftelocale und Waschküchen wöchentlich 1 Liter, für Flure, Stiegen und Gänge für jede Flamme $\frac{1}{2}$ Liter.

Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Herausgeber und verantw. Redakteur Franz Mischen,
Wien. I., Neues Rathaus.

27. Jahrgang . Wien, Dienstag 30. Oktober 1917. Nr. 373.

Städtische Bäder. Die städtischen Bäder sind in dieser Woche am Mittwoch, Freitag und Samstag geöffnet; am Donnerstag 1. November bleiben sie wegen Allerheiligen geschlossen.

Kerzenabgabe im Monat November. Im Monat November wird für jede Wohnung ohne Unterschied ihrer künstlichen Beleuchtung wie bisher eine Kerze im Gewichte von 1/32 kg verabfolgt werden. Für Wohnungen, die ausschliesslich auf Petroleumbeleuchtung angewiesen sind und für die Petroleumbezugskarten ausgefolgt worden sind, werden im November 4 Kerzen, für Aftermietungen werden, wenn die in Aftermiete gegebenen Wohnungen ausschliesslich auf Petroleumbeleuchtung angewiesen sind und hierfür eine Petroleumbezugskarte ausgefolgt wurde, gleichfalls 4 Kerzen verabfolgt werden. Das Gewicht der Kerzen hat je 1/32 kg zu betragen. Als Bezugskarten sind, wie im Vormat, zu verwenden: der amtliche Einkaufsschein, (Abtrennung der Ziffer 26); die Petroleumbezugskarte für Wohnungen und Aftervermietungen (Abtrennung des auf der linken Seite befindlichen und fälligen Abschnittes der Kerzenbezugskarte). Der Bezug der Kerzen hat in der Zeit vom 10. bis 24. November zu erfolgen.

Glückwünsche von Städten. Oberbürgermeister Wermuth (Berlin) hat an den Kriegshilfsverein Wien für Ortelsburg zu Händen des Bg. Dr. Weiskirchner namens des Bundeshilfs-Vereins Berlin für Görz und ungarische Karpathenortschaften nachstehendes Telegramm gerichtet: Einmütig in harter Schwertarbeit haben die waffenbrüderlich verbundenen Völker erneut am Isonzo herrliche Ruhmestaten vollbracht. Görz ist befreit, mit Begeisterung und Freude erfüllt uns diese hehre Siegesbotschaft, dem Schwester, unternehmen senden wir herzlichen Glückwunsch und treue Grüsse.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner erwiderte: Görz und Ortelsburg sind die traurigen Stätten feindlichen Uebermutes gewesen und werden uns nun für alle Zeiten die stolzen Wahrzeichen der nach Freiheit ringenden Kraft sein, die den Verbündeten innewohnt. Niemals wird die Erinnerung an die treue Waffenbrüderschaft bleichen, der das Befreiungswerk gelang, niemals wird Nord und Süd den gemeinsamen Pfad verlassen, der uns in diesen Jahren härtester Völkerprobe mit zwingender Macht gewiesen worden ist. In dieser festen Zuversicht sagt der Kriegshilfsverein Wien für Ortelsburg dem Berliner Schwestervereine für Görz und die ungarischen Karpathenschaften seinen herzlichsten Dank für die innigen Wünsche zur Befreiung von Görz.

Bürgermeister Radew (Sofia) sendete dem Bürgermeister folgendes Telegramm: Die Bürger der bulgarischen Hauptstadt strahlen voll Freude infolge der angenehmen Nachricht von den ruhmvollen Siegen der verbündeten Heere an der italienischen Front. Die Stadt ist mit Fahnen der Verbündeten geschmückt, wollen Sie, Herr Bürgermeister, gütigst die Sympathie-kundgebungen der Sofianer und deren heisse Begrüssungen den edlen Bürgern Ihrer blühenden Stadt übermitteln.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner beantwortete das Telegramm wie folgt: Herzlichen Dank für die Beweise der Freundschaft, die die Bürger der bulgarischen Hauptstadt anlässlich der ^{Siege} gegen den italienischen Feind

und neuerlich zum Ausdruck gebracht haben. Das edle Volk der Bulgaren hat gleich uns erfahren, was es heisst, gegen unersättliche Landgier feindlicher Nachbarn sich zu wehren und es wird, so Gott uns weiter hilft, mit uns den Triumph erleben, daß Recht und Freiheit siegen über alle Vernichtungspläne der Feinde. Wien grüsst in brüderlicher Freundschaft die Hauptstadt Sofia und das edle bulgarische Volk.

Kriegsauszeichnung. Leutnant Karl Philp, der Sohn des Gemeinderates kais. Rat Philp, wurde für tapferes Verhalten vor dem Feinde mit dem Signum laudis mit den Schwertern ausgezeichnet.

Kriegsgräbertag. Für die würdige Ausgestaltung der Ruhestätten der auf den Schlachtfeldern Gefallenen und für die immerwährende Pflege der Gräber wird zu Allerheiligen ein allgemeiner Kriegsgräbertag veranstaltet, dessen voller Ertrag dem Fond zur Erhaltung der Kriegsgräber zufließt. Am 1. und 2. November erfolgt die Sammlung durch Verkauf von Abzeichen, Ansichtskarten, Enthebungsadeln (Kreuz- und Kranzabzeichen), erstere um 20 h, letztere um 2 K per Stück in den errichtenden Verkaufsständen auf den Friedhöfen und vor den Kirchen. Spenden werden auch im Präsidialbüro des Rathauses entgegengenommen.

Pferdeverkauf. Das Militärkommando Wien beabsichtigt Pferde schweren und leichten Schlages durch freihändigen Ankauf zu erwerben. Pferdebesitzer, welche ihre Pferde freiwillig verkaufen wollen, mögen diese am Freitag, 2. November um 8 Uhr früh auf dem Pferdemarkte in Wien, 5. Bezirk, Siebenbrunnengasse 3 der daselbst antretenden militärischen Kommission vorführen. Es werden auch mit Evidenzblättern beteiligte Pferde gekauft. Evidenzblattpferde dürfen jedoch der Ankaufskommission nur innerhalb des Aushebungsbezirkes vorgestellt werden. Die Evidenzblätter sind unbedingt mitzubringen. Der mit dem Pferdebesitzer vereinbarte Kaufpreis wird sofort bar ausbezahlt.

Brunnen-Relief. Das vom Stadtrate eingesetzte Preisgericht für den Wettbewerb zur Erlangung von Entwürfen eines Reliefs für die Brunnenanlage im Hofe der Kronprinz Otto Bürgerschule, 20. Bezirk Vorgartenstrasse 42, Stromstrasse 78, nahm unter dem Vorsitze des Vize-Bürgermeisters Hierhammer und in Anwesenheit der Preisrichter Bourat Schneider, Magistratsrat Schaufler, Stadtbaudirektor Dr. Goldemund, Direktor der städtischen Sammlungen Probst, Prorektor Ritter von Helmer, Professor Müllner, Professor Breitner, Architekt Keller und Bildhauer Stemolek die Zuerkennung der für diesen Wettbewerb ausgesetzten vier Preise vor. Für den Wettbewerb waren 22 Entwürfe eingelangt, als Preisträger gingen hervor: Heinrich Zita, Karl Philipp, Franz Seifert und Fritz Zerritsch.

27. Jahrgang. Wien, Mittwoch 31. Oktober 1917. Nr. 374.

Kartoffelabfuhr. Die Kartoffelzufuhren sind in der letzten Zeit derart gestiegen, dass sie mit dem sonst zur Verfügung stehenden Fuhrwerke nicht abgeführt werden könnten. Zur raschen Abfuhr, welche mit Rücksicht auf die vorgeschrittene Jahreszeit unbedingt erforderlich ist, müssen die gesamten Gespanne des städtischen Fuhrwerksbetriebes vorübergehend verwendet werden und muss auch ein Teil des Personales der städtischen Strassenpflege zum Ausladegeschäfte herangezogen werden. Es muss daher die Strassen- und Hauskehrabfuhr vom Donnerstag, 1. November bis einschliesslich Sonntag, 4. November vorübergehend eingestellt werden.

Waffenbrüderliche Vereinigung. Botschafter Graf Wedel richtete folgendes Antworttelegramm an den Bürgermeister: Seine Majestät der Kaiser und König, welchem ich die Kundgebung der zum gemeinsamen Waffenbrüderstag im niederösterreichischen Landhause versammelten Oberbürgermeister, Bürgermeister und Vertreter zahlreicher österreichischer, ungarischer und reichsdeutscher Städte und Gemeinden unterbreitet habe, haben die freundliche Huldigung mit aufrichtiger Freude entgegengenommen und lassen Eurer Exzellenz und den Mitgliedern des Reichsbundes für erneutes Gelöbnis unwandelbaren Festhaltens an Waffenbrüderschaft, die soeben die treuverbündeten Armeen zu neuen glänzenden Erfolgen führt, huldvollst Allerhöchst Seinen besten Dank aussprechen.

Einkaufsscheine in Verbindung mit der Zucker- und Kaffeekarte. Von dem noch besonders zu verlautbarenden Tage an treten neue amtliche Einkaufsscheine in Kraft, auf welchen sich gleichzeitig die für die Monate Dezember 1917, Jänner, Februar und März 1918 geltenden Abschnitte zum Bezuge von Zucker und Kaffee befinden. Die amtlichen Einkaufsscheine für die Mindestbemittelten haben ausserdem Abschnitte für den verbilligten Fleischbezug. Die Zuckerzusatzkarten gelangen in der bisherigen Weise zur Ausgabe. Die Einkaufsscheine der Mindestbemittelten werden wie bisher in grüner, blauer und bräunlicher Farbe, die anderen Einkaufsscheine in weisser Farbe ausgegeben. Behufs Erhaltens der neuen Einkaufsscheine haben sich die Besitzer von Einkaufsscheinen

bei der zuständigen Brot- und Mehlkommission zu melden und zwar A bis E am 7., F bis H am 8., J bis L am 9., M bis Q am 10., R, S, Sch am 12. und St, T bis Z am 13. November in der Zeit von 8 Uhr früh bis 11 Uhr vormittags und 2 Uhr bis 5 Uhr nachmittags. Mitzubringen sind: Die derzeitigen Einkaufsscheine ^{und} die derzeitigen Mehlbezugskarten. Haushalte, welche mehrere Mehlbezugskarten besitzen, haben alle Mehlbezugskarten mitzubringen; sie erhalten ebensoviel Einkaufsscheine, als sie Mehlbezugskarten besitzen, lautend auf ebensoviel Personen, wie Letztere. Die Besitzer der neuen Einkaufsscheine sind verpflichtet, bei ihrem freigeählten Zucker- oder Kaffeeverkäufer sich innerhalb zweier Tage nach Erhalt des Einkaufsscheines in die Kundenliste, welche anzulegen hiemit die Verkäufer von Kaffee und Zucker verhalten werden, eintragen zu lassen. Bezüglich der Eintragung der Verkaufsstelle für Fleisch für Mindestbemittelte bleibt der bisher vorgeschriebene Vorgang aufrecht. Ein Ersatz für abhanden gekommene Einkaufsscheine findet in der Regel nicht statt. Wenn in besonders berücksichtigungswürdigen Fällen über schriftliches Einschreiten durch das zuständige magistratische Bezirksamt

ausnahmsweise ein Ersatz bewilligt wird, werden ausnahmslos in allen Fällen die Duplikat-Einkaufsscheine ohne Abschnitte für Zucker und Kaffee, die Einkaufsscheine für Mindestbemittelte ausserdem ohne Abschnitte für das Wohlfahrtsfleisch ausgegeben.

Herabsetzung des Preises für ungarisches Schweinefleisch. Von Samstag 3. November angefangen wird der Verkaufspreis für ungarisches Schweinefleisch statt 15 K 60 h nur 15 K betragen.

Filialen der Dienstvermittlungsstellen. Der Stadtrat hat nach einem Berichte des StR. Fraß zur Kenntnis genommen, dass auch in jenen Bezirken, in welchen bisher Filialen des städtischen Wohnungsnachweises nicht bestanden, die Dienstvermittlungsstellen des Arbeiterfürsorgeamtes als Filialen des Wohnungsnachweises eingerichtet werden. Es werden ~~sodann~~ für den städtischen Wohnungsnachweis neben der Zentrale beim Wohnungsamte der Stadt Wien Filialen in allen 21 Bezirken bestehen. Der Zeitpunkt für die Eröffnung der neuen Filialen ist vom Wohnungsamte festzusetzen und zu verlautbaren. Ferner wurde genehmigt, dass die Amtsstunden sowohl für die Dienstvermittlung als den Wohnungsnachweis in allen Filialen von 8 Uhr früh bis 4 Uhr nachmittags (statt wie bisher von 8 Uhr früh bis 6 Uhr abends) festgesetzt werden. Die Geschäftszeit in der Zentrale des Wohnungsnachweises (von 8 Uhr früh bis 6 Uhr abends) bleibt unverändert.

Entsendung von Lungenkranken nach Grafenhof. Der Stadtrat beschloss nach einem Antrage des StR. Dr. Haas dem Magistrat zu ermächtigen, unter den gleichen Bedingungen, die vom Stadtrate für die Pflege in der Heilanstalt in Alland genehmigt sind, nach Wien zuständige mittellose Männer und Frauen in die Lungenheilanstalt Grafenhof in St. Veit bei Schwarzach zu entsenden.